Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

Amtsgericht Velbert
Klage gegen
Bundesrepublik Deutschland

Nedderstraße 40
42549 Velbert

Velbert, 03.Okt.2024

Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den
Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den
Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 01)

Begründung:

AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),
mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)
Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)
75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:
> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Zu AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),
mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)
Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

Sieh **Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Grob-Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen

Sieh **Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott von Güteverfahren** in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Professionelles Wissensmanagement mit historischen Dokumenten über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche, Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm
Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,
mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . . **"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Praxis-Seminare, insgesamt
57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin mit Demo- und Beratungsständen
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8 &e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001.
Hohe Verluste mit Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Sieh **Anlage VE-03:**
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38 an das Landessozialgericht
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),
ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für

Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am (Ober-)Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024
Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)
BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024

(Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert,
mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren
in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit,
mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier
nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser

respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.
> **Anlage VB-2352 Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF, mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,

Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Zu AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)
75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:
> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Das Zerschlagungsopfer hat sich seine Täter nicht aussuchen können.
Täter mit persönlicher Verantwortung für die politisch motivierten Zerschlagungen Z1-Z5, mit erdrückender Beweislage längst geklärt:

Gerhard Schröder **(1998-2005 Bundeskanzler, Jahrgang 1944)**
heute sanktionierter „Lobbyist“eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes, Krieg verursachender Profiteur mit Riesenschaden für Deutschland, Europa und die freie Welt.
Schröder war als Ministerpräsident im Plenum seiner Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg, der Unterzeichner hat ihn persönlich eingeladen, in Abstimmung mit einem qualifizierten Congressleiter, und sein Thema vorgeschlagen:
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
(Scroll down after link to ONLINE'91)
Anlass der Einladung. Wahlkampf an der Basis
missbraucht für Verteufelung des Computers als „Jobkiller“, bis 1990

nach der Wiedervereinigung, Themenvorschlag für seinen ONLINE'91-Referatsbeitrages mit Congressleiter und mit „Fingerspitzen-Gefühl“ abgestimmt.

Dr. Angela Merkel **(2005-2021 Bundeskanzlerin, Jahrgang 1954,** Fortsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis 2021), Bundesministerin aus der ehemaligen DDR seit der Wende (1991), mit einem Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier seit 2005,
direkt persönlich involviert, mit Enteignung des Digitalgipfels seit 2006 (Zerstörung der Existenz-Grundlage), in herausgehobener Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg** **mit Russland/Putin-Nähe**, ohne Reue und Selbstkritik nicht nur für ihre Russland-Politik. Die Bundeskanzlerin hat intensive Bemühungen des Klägers um den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen unterbunden. Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in Verbindung mit demonstrativem Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler und der ARD-Vorsitzenden Monika Piel (nach mehreren Anschreiben und Verfassungsbeschwerde) nachgewiesen.

Frank-Walter Steinmeier **(1999-2005 Chef des Bundeskanzleramtes, Jahrgang 1956,** Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder, nach 2005 als Stellvertreter der Bundeskanzlerin in der GROKO, heute Bundespräsident), direkt persönlich involviert mit Zerschlagung seiner Existenzgrundlage,
wurde anlässlich der ONLINE'91 von Schröder als Medienreferent eingestellt, nach 2005 in führender politischer Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg** **(10 Tage nach seiner Wiederwahl) mit Russland/Putin-Nähe**

Dr. Markus Söder, CSU, Ministerpräsident Bayerns seit 2019 (Staatsminister seit 2007), Schirmherr des neu ernannten 4.Volksstamms in Bayern, der Sudetendeutschen, Jahrgang 1967, in politischer Kumpanei mit der Bundeskanzlerin einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung, mit gemeinsamer Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München,
persönlich verantwortlich für eine Treib-und Hetzjagd unter Beteiligung sudetendeutscher Kommunalpolitiker gegen seinen Bruder, bis in den wirtschaftlichen Ruin und **bis in den Tod in 2012**, mit Nachlass-Insolvenz am Geburtsort des Klägers, mit langjähriger Unterstützung durch das Verwaltungsgericht Regensburg.

Dr. Ole Schröder, heute im Vorstand der SCHUFA Holding AG, Schlüsselbedeutung für **Datenschutz-Skandal** mit „Hass“ im SCHUFA-Netz, bis März 2011 Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU, Chef des Bundeskanzleramts im Kabinett von Merkel I, hat zusammen mit der Bundeskanzlerin intensive Bemühungen des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen verhindert), danach unter Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), sowie seine Frau, **Kristina Schröder,** Bundesministerin im Kabinett Merkel II, Niederschlagung der Petition mit Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags in 2010/2011.

Siehe **Anlage VE-01:** Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024, Seite 11:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf

Judikativer Boykott aller Klagen zu über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 und mit Datenschutz-Skandal

Weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes: Sabotage der Klageverfahren und Güteverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland, mitverantwortlich für Datenschutz in Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers
> Unbestreitbar: Persönliche Verantwortung von Merkel / Söder zu politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin Eva-Maria Michel (1997-2022), mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF, mit Wissen aller Bundespräsidenten, mit Wissen aller Ministerpräsidenten aller Bundesländer, mit Wissen aller Staatsorgane.

75 Jahre Grundgesetz sollten endlich ausreichen, um die Respektierung von Grundrechten im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal zu erreichen. Bis heute werden Gerichtsverfahren und Güteverfahren wegen grundgesetzlichen Anspruch (Art.34 GG) auf Rehabilitierung und Schadenersatz verhindert, am Landgericht Wuppertal und am Verwaltungsgericht Berlin u.a. wie z.B.
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Sieh Gerichtsverfahren mit judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal:
2 O 70/15 Klage gegen die Deutsche Bundesregierung,
2 O 163/16 Klage gegen die Bayerische Staatsregierung.
Sieh Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin und am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg:

Der Verfasser wurde nach judikativen Boykott am Landgericht Wuppertal in 2017 gezwungen, beide Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin und Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (**Aktenzeichen: OVG 11 RM 3/23,** OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)
fortzusetzen, die erneut entschieden haben, die Gerichtsverfahren **nach judikativem Boykott eines Güteverfahrens in 2023** erneut an Zivilgerichte abzuschieben.
Sieh **Anlage LSG-37**
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352 (Boykott Güteverfahren)
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
nicht mehr nachvollziehbar, offensichtlich im Zusammenhang mit der **persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)

Weisungsgebundene Staatsanwälte erfinden in Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträger ständig neue Verfahren, um Rehabilitierung und Schadenersatz (Schadenersatz-Sabotage) abzuschieben und zu verhindern:
Soziale Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu sozialer Aussperrung, sozialer Spaltung, sozialer Diskreditierung mit Datenschutz-Skandal und Eskalation heuchlerischer Güteveranstaltungen zu entwürdigenden, verfassungswidrigen Schauprozessen.
Das sind die wahren Gründe für judikativem Boykott von Güterichter-Verfahren
Heuchelei und Oberflächlichkeit ist keine akzeptable Option für Güteveranstaltungen, selbstverständlich wird auch eine hinreichende Qualität von Unterlagen zur Durchführung benötigt, um die der Kläger sehr besorgt ist.

Zu klären ist, ob das angelieferte Beweismaterial der
Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal (Klagen mit judikativem Boykott am Landgericht) verfügbar ist:
2 O 70/15 Klage gegen die Deutsche Bundesregierung (Z1)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
2 O 163/16 Klage gegen die Bayerische Staatsregierung (Z2)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Das angelieferte Beweismaterial am Landgericht
umfasst 6 große ELBA-Ordner (Z1: 4 Ordner, Z2: 2 Ordner)

Weiteres Beweismaterial
zu den politisch motivierten Zerschlagungen Z3, Z4, Z5 mit durchgeführten Gerichtsverfahren verfügbar.

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des

Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Opfer verhöhnende Dreistigkeit der Forderungsaufstellung der RAe caspers mock des beklagten Sozialversicherungsträgers
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit 2011 mit abschließenden Verfassungsbeschwerden
Hier letzte Verfassungsbeschwerden seit 2022

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

> Neue Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert
gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

> Neue Verfassungsbeschwerde (hier) vom 01.01.2023 gegen 27.Kammer am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22
wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286/380)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 (judikativer Boykott von Güteverhandlungen)
weil Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz nicht nur im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 sabotiert werden,
sondern auch im (ober)verwaltungsgerichtlichen Verfahren OVG 11 M 21/21 (VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
weil weisungsgebundene Staatsanwälte mit sozialer Zerschlagung politisch motivierte Zerschlagung fortsetzen, jede Kausalität leugnen und selbst „Güteverhandlungen" verhindern
weil mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht / Sozialgericht zum Amtsgericht) nur noch Justiz-Versagen erzwungen wird

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 380)

Das Zerschlagungsopfer hat sich seine Täter nicht aussuchen können.
Täter mit persönlicher Verantwortung für die politisch motivierten Zerschlagungen Z1-Z5, mit erdrückender Beweislage längst geklärt:
In den politisch motivierten Zerschlagungen Z4 und Z5 (soziale Zerschlagung mit Datenschutz-Skandal sind auch Sozialgerichte involviert bzw. der Sozialversicherungsträger und weisungsgebundene Staatsanwälte mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto im Zuge der sozialen Zerschlagung involviert). Immunitätsschutz der Haupttäter ist der wesentliche Grund für Güteverfahren.
Güteverfahren sind legitime Verfahren, verfassungswidrige „Hybridverfahren" sind dafür nicht erforderlich.

Fortsetzung gemäß Anlage VB-2352:
OVG 11 RM 2/22 (judikativer Boykott von Güteverhandlungen)
Aktenzeichen: OVG 11 RM 3/23 (OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Brutal verfassungswidrig:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 82.Lebensjahr
> brutal verfassungswidrig
Staatsorgane übergreifend, **Gerichte und Verfahren übergreifend,** Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend, mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen

Hier: Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)

Albin L. Ockl, (Kläger und Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren) gegen
Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte und Beschwerdegegnerin, Täter mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte)

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Verfassungsbeschwerden seit 2010
Brutal verfassungswidrig: Wenn Grundrechte im Deutschen Bundestag und im Bayerischen Landtag (z.B. Petitionsgrundrecht) zur Verfestigung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 zusätzlich missbraucht werden, ohne Wissen der Petenten!
1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf

2010: Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München, niedergeschlagen von der CDU/CSU-Fraktion unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (Altbundeskanzlerin/Ministerpräsident von Bayern)
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit totalem Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen
2023: Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Fortsetzung unter Begründung zu **Güteverfahren >**
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, 2023 im 82.Lebensjahr,
erzwungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000, zerschlagen durch verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion (60.Lebensjahr), mit politischer Zielsetzung der Zerschlagung, ohne Antwort auf Hilferufe

mit qualifizierten Projektvorschlägen für digitales Innovationswachstum, mit extremistischer Ausuferung der Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin seit 2011 (70.Lebensjahr), zwischenzeitlich Klage am Landgericht Wuppertal mit Trennung nach Wohnort (2 O 70/15) und Geburtsort (2 O 163/16), danach Fortsetzung der Verfahren mit Schreiben des Verwaltungsgerichts Berlin vom 03.März 2017 (76.Lebensjahr), Zerschlagung mit Beteiligung von ARD und ZDF, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

(Fortsetzung des Güteverfahrens mit laufender Nummerierung)

164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF, mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert

Der Kläger und Beschwerdeführer hat mit Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Stellung genommen zum Schreiben (OVG 11 RM 3/23 vom 9.Juni 2023, eingegangen am 16.06.2023) mit
Antrag auf Durchführung des Güterichterverfahren ohne Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte des Beklagten, unterstützt durch Vollstreckungsgericht und Obergerichtsvollzieherin mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO:
Güterichterverfahren zu 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen.
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 12.05.2023 wegen Bescheidung

nach Zusendung termingerechter Verfassungsbeschwerden vom 10.April 2023 (1 BvR 149/23) und 31.März 2023 (2 BvR 538/23) mit Schriftsatz vom 22´04.2023
Die Stellungnahme in den Kapiteln 161 bis 163:
Kapitel 161. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
Totales Justiz-Versagen zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011
Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz
unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010
> Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3) mit Rückendeckung durch das Bundeskanzleramt
> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4) mit Weisungsbefugnis des Bundeskanzleramts
> Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,
mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten vom Kanzleramtsminister,

> mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation
Kapitel 162. Antrag auf Durchführung des Güterichterverfahren mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO
Güterichterverfahren zu 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen.
> Güterichterverfahren unter Respektierung von Grundrechten gegen beklagten Täter, der Güterichter-Verfahren mit weisungsgebundenen Staatsanwälten bekämpft.
> Güterichterverfahren gegen beklagten Täter, der mit weisungsgebundenen Staatsanwälten Schadenersatz-Sabotage betreibt, nach Polizei-Terror im Januar 2023 zum Psycho-Terror parallel zum Güterichter-Verfahren gegen Zerschlagungsopfer, dem vom Täter aufgezwungen:
> Pfändungsschutz-Konto mit niedrigen Pfändungsschutzgrenzen, ohne Kreditkarte, selbst ohne Dispo-Kredit
> verfassungswidrige Sozialversicherungen mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 gegen Rentner im 82.Lebensjahr
> Internet-Link zum Güteverfahren:
Konfliktlösungen ohne Gewinner und Verlierer? Täter und Opfer auf Augenhöhe? Erklärungsbedürftig!
Brutal verfassungswidrig: Opferverhöhnung im Güterichter-Verfahren
> Antrag auf direkte Kostenübernahme durch den Täter bei Anreise des Opfers zum Oberverwaltungsgericht
> Antrag auf Vorverfahren zum Güterichterverfahren wegen erdrückender Beweislage am Wohnort des Klägers
> zu über 25 Jahren Europäische Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution und danach
> zu 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Kapitel 163. (Wiederholung von 155.) Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage
>Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa **in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin** u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
Aktueller Zusatz: Nicht nur alle Intendanten von ARD und ZDF, **sondern auch alle Landesregierungen der Bundesländer waren über die politisch motivierte Zerschlagung informiert** (Anlage OVG2023-07)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 231)

Wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge hat der Kläger das Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerde angerufen. Die Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen
von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa **in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a**.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010**:
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004) auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
ONLINE und KOMMTECH:Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur **Vorbereitung der Wiedervereinigung**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, **erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000**, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite
im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter
persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)

2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. **Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert**. Sieh Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)
Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)
2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, unter **persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten**
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes Deutscher Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit **verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)**

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin

Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen.

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln der Verfassungsbeschwerde sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Mit den beiliegenden Verfassungsbeschwerde muss endlich eine Bescheidung zum Antrag auf Durchführung eines qualifizierten Güteverfahrens erreicht werden.

Der Beschwerdeführer hat eine erdrückende Beweislage vorgelegt:
Weltweit größtes Congressangebot mit professioneller Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Besonders diskriminierend: Aus einer Vielzahl qualifizierter **Anschreiben an die Alt-Bundeskanzlerin** kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: **Wie lange noch?**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
> Scroll down after link (> page 9 ff)

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 18)

Besonders frustrierend: Der Beschwerdeführer hat sich besonders darum bemüht, den
Alt-Bundeskanzler mit Unterstützung durch Congressleiter an den Computereinsatz heranzuführen, weil unter ihm an seiner Parteibasis der Computer als „Jobkiller“ verteufelt wurde. Der Altbundeskanzler hat mit politisch motivierter Zerschlagung, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, auf seine Weise „gedankt“: Sieh
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down to ONLINE 1991
> > > 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin,
unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
mit nachgewiesener Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF, mit sozialer Zerschlagung aus verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften u.v.a.m.
sind nicht hinnehmbar.

Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit verfassungswidriger Kranken- und Pflegeversicherung, gegen Sabotierung und Boykottierung von Rehabilitierung und Schadenersatz aus 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74)

Es ist brutal verfassungswidrig, dass der Beklagte, Täter politisch motivierter Zerschlagungen, mit Staatsanwälten, mit Vertragspartnern aus einem Staatsvertrag und mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Staatsgewalt missbraucht, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu sabotieren**: mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren zu verheerenden Folgewirkungen, die mit politisch motivierten Zerschlagungen in Gang gesetzt wurden, die vom Opfer im 82.Lebensjahr nicht mehr verhindert werden können, und **es ist brutal verfassungswidrig,** wenn Gerichte in Gerichtsverfahren, die seit 2011 andauern, Klagen unterdrücken, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu boykottieren.** Das ist totales Justiz-Versagen.

Der Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nach 26 Jahren Europäische Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in 2003
ist hinreichend begründet. Die Bescheidung dieses Antrags ist mehrfach mit Verfassungsbeschwerde eingefordert.
Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, jetzt im 83.Lebensjahr, erwartet, dass der Weg zu Rehabilitierung und Schadenersatz endlich freigegeben wird. Bis heute hat das das Opfer in seinem gesamten Leben keinen einzigen Pfennig Fördergelder und keinen einzigen Cent Schadenersatz erhalten.
Für Weltklasse-Höchstleistungen zur digitalen Evolution in Deutschland und Europa.

Velbert, 03.10.2024

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlagen der Klage:

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,
Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen" verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen

staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit
Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche
Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm
Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,

mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001
Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),

ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine
Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024
Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)

BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren
in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit,
mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier
nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)

NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF, mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des

Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:
Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)
als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vorgelegt
BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010**:
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)
Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt
2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)
2005:Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer

politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern(Z2, Beweise 2), unter
persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes.
Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen,
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer

verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin
Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351 und Anlage VB-2352

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07
Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die **Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.

Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:

Rückblick 26 Jahre ONLINE:

> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1
>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE
>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf
>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe
>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003 Die gesamte Congressmesse
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse

http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin zugesandt:

Anlage OVG2023-01: Erneute Zusendung der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)
Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher
Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen

> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Anlage OVG2023-01:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Neue Verfassungsbeschwerde
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,
Beweise und Klage unterdrückt werden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Anlagen im Schriftsatz vom 12.Dez.2022

Anlage OVG2022-01:
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal, am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage VB-2304:
27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR/WDR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
nach verfassungswidrigem Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler Schröder:
Altbundeskanzler, sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung am 08.12.2022 ohne Zugang des Zerschlagungsopfers zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept. 2021 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2021-31:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2018 (1BvR 1959/21) zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren am VG Berlin
OVG 11 M 21/21 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
(VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur bundesweiten Sippenzerschlagung,
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit **Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page 155)

Anlage OVG2021-01 (Anlage LG-00)
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Anlage OVG2021-02
Zweite Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 15.06.2014)
mit erdrückender Beweislage in 4 großen Beweis-Ordnern
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
'Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 24)
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter
Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 03)

Umfangreiche Beweisanlagen zur zweiten Klage in 4 Ordnern:

Anlagen im Beweis-Ordner 1

Von den in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit Nationalem IT-Gipfel und dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation:
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Beweis-Ordner 1
Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm
Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation
Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Beweis-Ordner 2
Europäische Congressmessen für digitale Evolution
mit Nationalem IT-Gipfel im jährlichen Turnus vor und nach der
Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …
Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf
ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Professioneller Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 3.00 im Beweis-Ordner 3: Übersicht Ordner 3

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, **Dr. Martin Weigele**
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf
Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, **Innovationsmarkt irreversibel vernichtet**
Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"
Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .**"
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz - ohne Chance für Verständnis
Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback
Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg
Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)
Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004
Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004
Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik
Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf
Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf
Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung

nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – ohne Chance gegen betonierte Umverteilungspolitik

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche – ohne Chance bei Bundesregierung und EU-Kommission

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf
Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf
Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Wand des Schweigens!

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf
Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf
Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf
Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf
Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf
Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf
Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf
Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher Missbrauch des Petitionsgrundrechtes
Deutscher Bundespräsident lässt „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf
Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf
Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) **an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlagen im Beweis-Ordner 4
Weiter führende Beweismittel über politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und durch staatliche Diskriminierung Anlagen zur Ermittlung des Schadenersatz-Anspruches für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
Erste Anzeichen für politisches Umdenken

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik
Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und

Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration
> > > 32 ganztägige Symposien + 5 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012) Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie
Bundesminister Alexander Dobrindt (2014) schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in **Ordner 3:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger (Feb.2015) & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlage OVG2021-03: 24 mal angemahnt
Ständige Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017

Anlage OVG2021-03a:
1. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
**Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)**
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen **mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als**
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des

Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17**, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17**, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), **erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.**
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens

mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Anlage OVG2021-03b:
2. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in

Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist **Rehabilitierungsanspruch**.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Anlage OVG2021-03c:
3. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)
nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage OVG2021-03d:
4. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: **Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld**
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlage OVG2021-03e:
5. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Anlage OVG2021-03f:
6. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage
86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller

Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit
Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut
(Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Anlage OVG2021-03g:
7. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden,

ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet:
Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Anlage OVG2021-03h:
8. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung
89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Anlage OVG2021-03i:
9. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)
Anlage OVG2021-03j:
10. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?
93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Anlage OVG2021-03k:
11. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage OVG2021-03l:
12. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Anlage OVG2021-03m:
13. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998,
20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018
mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als
Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa: Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03n:
14. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst,
nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft,
mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst

in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:
Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz
wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und **Heimat**
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden **und Zerschlagung der bayerischen Heimat**
Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Anlage OVG2021-03o:
15. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)
Anlage OVG2021-03p:
16. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Anlage OVG2021-03q:
17. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Anlage OVG2021-03r:
18. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!
121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmaßnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Anlage OVG2021-03s:
19. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeforder
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03t:
20. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Anlage OVG2021-03u:
21. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Anlage OVG2021-03v:
22. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
mit wiederholtem Antrag auf
Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998
(20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
130. Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und
wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz
131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft
gedeckt mit Mauer des Schweigens
unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland
zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung
öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller
Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden
hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen
Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen,
diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung
aus dem Bundeskanzleramt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

Anlage OVG2021-03w:
23. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.
132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019
mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheibchenweise bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !
Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann
Derart skandalös: Warum?
Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft
Politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter
Zerschlagungsopfer musste
scheibchenweise die ganze Wahrheit ausgraben
gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer
Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht
Staatliches Unrecht ist das Resultat einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998
mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter
134. > 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen

Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter
Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
> 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter
> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunksperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten
21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz
9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!
Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist
Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf

Anlage OVG2021-03x:
24. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer rechtsanwaltlichen Vertretung
über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn
136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung
Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)
mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und
wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)
mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen

und kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden
Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne
137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch Verwaltungsgericht Berlin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68)
Anlagen im Schriftsatz vom 16.Feb.2020
Anlage VGB2020-01 (Anlage Jura-01)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020
wegen Fortsetzung eines nicht mehr hinzunehmenden Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einem verfassungswidrigen Urteil ohne Wissen des verurteilten Opfers
(Kompaktversion mit Kapitelübersicht)
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 241)
Anlage VGB2020-02
Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten:
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität; Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln,
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg,
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
mit Anlage Jura-01 (s.o.), Jura-02, Jura-03
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-UNI01.pdf

Alle bisher an das Verwaltungsgericht Berlin zugesandten Anlagen und Legende aller Schriftsätze seit 15.06.2014:
Sieh Folgeseiten, in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS200 0-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68+17)

Anlage OVG2021-04: Beschlüsse und Gerichtsbescheide
Anlage OVG2021-04a: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017
Anlage OVG2021-04b: Gerichtsbescheid VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021
Anlage OVG2021-04c: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-05:
Aus Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 Anlage VB-29 (29a-29c) in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21: **Söder / Huml / Eck** direkt beteiligt an politisch motivierter Sippenzerschlagung
VB-29a) Sudetendeutscher Stammesverband, Vierter

Stammesverband in Bayern mit Schirmherrn **Dr. Markus Söder**
Direkte, persönliche Beteiligung an politisch motivierter Sippenzerschlagung zur Unterstützung krimineller Umverteilungspolitik der CSU in Bayern durch
Melanie Huml, CSU, seit 2003 im Bayerischen Landtag, seit 2007 Staatssekretärin der Bayerischen Staatsregierung, seit 2018 Staatsministerin für Gesundheit und Pflege
Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, danach Staatssekretär im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
VB-29b) Niederschlagung der Petition an den Bayerischen Landtag durch Melanie Huml mit Schreiben vom 16.08.2010, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern (Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern
> > > www.damwild-ockl.de/doku/innenstaatssekr.jpg)
VB-29c) Klageerhebung vom 06.Juli 2016 am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16 bis Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17)
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und
wegen kapitaler Vermögensschäden
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge:
Wendelin Josef Ockl, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth
Albin Ludwig Ockl, Dipl.-Ing., alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders
(Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch den Freistaat Bayern,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese vertreten von dem leitenden Staatsminister,
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Anlage OVG2021-06:
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018
Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. Anschreiben (a) und 2. Anschreiben (b)
> > > http://planning.euro-on line.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Bundespräsident antwortet nicht
trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden
trotz höflicher Bitte um Unterstützung als Brückenbauer gemäß der Sicht seiner Rolle als Bundespräsident

Anlage VB-10 im Schriftsatz vom 08.Aug.2019
Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung
nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).
Anlage VB-11
Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit
> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 77)
> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017
> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-0
Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Anlage VB-12
Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)
Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß
Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf
Scroll down after link (page 34)
Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren** mit beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage VB-0
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019
Anlage VG190102-01
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018
Anlage VG181126-01
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und
mit Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
Anlage VG181126-02
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018
und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018
Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter

Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018
Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:
Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018
Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)
Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1

ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens
(teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84
Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. "Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach

Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

Landgericht Wuppertal
Beschwerdegericht zu
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
Klage gegen
Bundesrepublik Deutschland

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 01.Nov.2024

Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
in Beschluss-gleicher Mitteilung vom 17.10.2024 (eingegangen am 24.10.2024) nach zwei Telefonaten mit zuständigem Bearbeiter
Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz (inkl. angemessene Entschädigung gemäß Ausführungen) und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 01 / 89)

Begründung mit Unterschrift Seite 12:

LGW-03. Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten und untauglichen Forderungen in Beschluss-gleicher Mitteilung vom 17.10.2024 (Anlage WU-06)
Von judikativem Boykott zu judikativer Manipulation in Gerichte übergreifenden Nonstop-Verfahren politischer motivierter Zerschlagungen mit anschließender sozialer Zerschlagung und mit Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubung und Psycho-Terror u.v.a.m.
Nach Telefonaten vom 28.10.2024 / 29.10.2024 mit zuständigem Bearbeiter am Amtsgericht Velbert sinngemäß: Richter hat die Seite mit der Unterschrift überschlagen, ordnungsgemäße Unterschrift ist vorhanden, Antrag auf Akteneinsicht so abgewehrt.
Zu bekämpfen: Fortsetzung der staatsanwaltlichen Sabotage der Klage mit Aktivierung sozialgerichtlicher Verfahren mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen, die dem Kläger mit politisch motivierter Zerschlagung nach dem 70.Lebensjahr aufgezwungen wurden.
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort, mit politischer Kumpanei sind die Fortsetzung von
lebenslanger Familienzerschlagung über mehr als 80 Jahre seit Hitler, die das Vorstellungsvermögen eines jungen Einzelrichters übersteigen, eines Einzelrichters, der die Respektlosigkeit der beklagten Bundesregierung vor Grundrechten nicht erkennen will, den Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal im letzten Verfahren ohne Stellungnahme hingenommen hat und offensichtlich längst nicht mehr unabhängig von der Beklagten entscheiden kann.
Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch von einem Deutschen Bundestag, egal mit welcher Mehrheit, nicht verändert werden können und bei Rechtsanwendungen zu respektieren sind. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland.
Zu erwarten: Erhöhter juristischer Druck durch Beklagte mit eigenen Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälten, beklagt wegen staatsanwaltlicher Sabotage der Klageverfahren seit Beginn der Klageverfahren, mit extremistischer Ausuferung zu mehrfacher Freiheitsberaubung, zu unbeschreiblichem Psycho-Terror mit sozialer Zerschlagung, mit einem Datenschutz-Skandal, mit einem Rentenplünderung-Skandal u.v.a.m.
Daher: Antrag auf Mehrrichter-Verfahren nicht verhandelbar.
Lebenslange Familienzerschlagung seit Hitler
mit extremistischer Fortsetzung von
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 gemäß AGV-01
unter persönlicher Verantwortung unter Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) gegen einen Staatsbürger im 84.Lebensjahr,
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001/2003
Zerschlagung 2 mit tödlichem Ausgang für seinen Vater (1945) und seinen Bruder (2012)

Corpus delicti 1940: Kunstmühle, bei der bayerische Großbauern (nahezu alle NSDAP-Mitglieder) ihr Getreide anliefern und in Warteschlangen warten mussten, um Mehl zu erhalten nach Warten in der Warteschlange (am Geburtsort, NSDAP-Großbauern haben sich gerächt mit Aufhebung der Kriegsdienstbefreiung)
Corpus delicti 1998: Künstliche Intelligenz (KI), Weiterentwicklung der Digitalisierung, in den Europäischen Congressmessen des Klägers bereits in den 1980er Jahren mit separaten Congressen bearbeitet, vorbereitet und seit 1998/2003 zerschlagen (am Wohnort: Firmensitz eines Inhaber-geführten Familienunternehmens mit Weltklasse-Höchstleistungen)
Heute deutsche Spitzenpolitiker auf dem von der Altbundeskanzlerin nach 2005 geraubten Digitalgipfel (aktuell 2024 in Frankfurt / Main):
Deutschland muss führende KI-Nation in Europa werden, deutsche Spitzenpolitiker wissen aber nicht, wie das geht, weil leistungsfähige Congresse in Verbindung mit einem qualifiziertem Innovationszentrum zur Umsetzung benötigt werden.
Auf dem Weg von der Kunstmühle zur Künstlichen Intelligenz mit lebenslanger Familien-Zerschlagung abgestraft!
Geraubter Digitalgipfel ist kein Wunschkonzert, sondern erfordert eine qualifizierte Unterstützung wie durch die Europäischen Congressmessen des Klägers in Verbindung mit einem qualifizierten Innovationszentrum, ohne Digitalisierungsnotstand, wie heute ohne fatale Auswirkungen für eine schrumpfende Wirtschaft.
Alle Familien-Mitglieder in Verbindung mit der Zerschlagung des Familien-Unternehmens mussten eigene Wege gehen, um zu überleben, um die hasserfüllte Zerschlagungswut einer katastrophalen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik über mehr als 25 Jahre und ihre Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 zu überleben, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von mehreren Klagen auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Entschädigung, trotz einer Vielzahl einer Beweisen und hochqualifizierter Zeugen : Sieh letztes Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 mit sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen das Urteil vom 26.06.2024, einer Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten und mit Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung.

Daher Antrag auf Fortsetzung der
Klage am Amtsgericht mit Mehr-Richter-Verfahren
mit dem Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde.
Güteverfahren haben nichts mit Lügen und Betrügen zu tun, geschweige denn mit Verfahrens-Manipulation.
Zu klären:
Warum über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit anschließender sozialer Zerschlagung?
Warum Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag gleichzeitig niedergeschlagen?
Von einer „blinden, taubstummen“ Altbundeskanzlerin mit einem skrupellosen „Trittbrettfahrer“ aus Bayern. Wie kann die Wahrheit in anderer Weise verbalisiert werden? Gerne, wie denn?
Bis heute war eine Aufarbeitung nicht möglich, wegen judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage!
In Güteverfahren: Nicht nur Schadenersatz, sondern auch Entschädigung für erlittenes Unrecht, lebenslang erlitten.

Nicht nur Schadenersatz für materielle Werte, sondern viel mehr Entschädigung für immaterielle Werte unter Respektierung von Ewigkeitsrechten.

Zu beantragen: Fortsetzung der
Klage am Amtsgericht mit Kapitel AGV-04.

AGV-04. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Ewigkeitsgarantie der unantastbaren Grundrechte
gemäß Art.79 Abs.3 GG:
Seit 1941, über 80 Jahre lebenslange Familienzerschlagung unter Hitler trotz Kriegsdienstbefreiung seines Vaters wegen Versorgung/Ernährung der Heimatbevölkerung (beerdigt in Kramatorsk, Ost-Ukraine, 1945), danach Zwangsabgabe des Mühlenbetriebs und Zwangsabgabe von Wohnraum an Flüchtige aus Sudetenland am Geburtsort, Fortsetzung der lebenslangen Familienzerschlagung mit über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (heute eines der weltweit wertvollsten Unternehmen), nach Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
> am Geburtsort: Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder (Anerbe) in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und Nachlass-Insolvenz,
> am Wohnort: Politisch motivierte Zerschlagungen
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, nach Aufbau und Entwicklung seiner herstellerneutralen ONLINE-Seminarreihe seit 1971, führend in Europa, u.a. auch mit einem mehrtägigen Seminar ONLINE III zur Ausbildung von Datenschutz-Beauftragten,
wegen professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement für Deutschland und Europa,
mit ersten KI-Congressen in den 1980er Jahren, mit einer Europäischen Congressmesse in der geteilten Hautstadt Berlin (1984) vor dem Mauerfall ohne Subventionen und
mit hochqualifizierten Zeugen aus aktiver Beteiligung auf den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und
mit hochqualifiziertem Nachweis durch historische Dokumente im Congressmesse-Archiv: über 1100 ISBN-nummerierte Congressbände, eine Vielzahl von Messe-Katalogen und detaillierten Programmbroschüren der Europäischen Congressmessen mit den weltweit größten Congressprogrammen in deutscher und englischer Sprache
2010: Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (parallel, zeitgleich), Antrag auf Rückgabe des Digitalgipfels wegen Zwangsenteignung durch politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort,
Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München in 2011, danach Zwangsversteigerung und Zwangsverkauf des Geschäftshauses am Wohnort
Antrag auf Rückgabe des Digitalgipfels wegen Enteignung durch politisch motivierte Zerschlagungen
Über 20 Jahre Zeit verloren zur Weiterentwicklung des Digitalgipfels auf den Europäischen Congressmessen

Nach Niederschlagung der Petitionen:
2012 am Geburtsort: Bruder nimmt sich das Leben nach einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin mit anschließender Nachlass-Insolvenz (Einziger Erbe: Kläger)
2013/2014 am Wohnort: Zwangsversteigerung / Zwangsverkauf des Geschäftshauses (repräsentative Gründerzeit-Villa als Firmensitz) zur Tilgung aller Bankschulden
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf
Nach Entschuldung: Einrichtung eines Pfändungsschutz-Konto.
Seit 2011: Nonstop-Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, aufgezwungen nach Niederschlagung der Petitionen
Judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage mehrfach wiederholter Klagen auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Entschädigung und mit Güteverfahren, weil ohne Unterstützung durch qualifizierte Rechtsanwälte, wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren,
bis heute sabotiert von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),
mit verfassungswidrigem Übermaß: Menschenrechte mit Füßen getreten mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Psycho-Terror bis zum Datenschutz-Skandal (Datenschutz nur für böse Leute?) und mit Rentenplünderung-Skandal ohne Skrupel auf Pfändungsschutz-Konto, dieses zum Schutz vor staatlichen Übergriffen.
Die Europäischen Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

AGV-05. Einzufordern mit der Klage:
Rückgabe des Digital-Gipfel als Schlüssel für eine Zeitenwende für ganz Deutschland und Europa,
Neustart mit Schadenersatz und Entschädigung für Weiterentwicklung eines Familien-Unternehmens (auch als Familien-Stiftung machbar) zu einem führenden Innovationszentrum für eine bessere Zukunft mit Künstlicher Intelligenz in Deutschland und Europa
Benutzerfreundliche Digitalisierung mit mehr Qualität und Effizienz für zukunftssichere Arbeitsplätze anstatt Digitalisierung-Notstand mit stornierten Chip-Fabriken und Milliarden-Subventionen ohne Perspektive in einer schrumpfenden Wirtschaft:
Beste Voraussetzung für erfolgreiches Deutschland als führende KI-Nation in Europa nach Beseitigung des Digitalisierung-Notstandes.
Einbringung in das Familien-Unternehmen durch Kläger:
Historische Originale des Congressmesse-Archivs in 1-Jahres-Abstand seit den 1970er Jahren: Über 1100 Congressbände (ISBN-nummeriert seit 1984) zu über 260 Congressen (4-tägig)
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 + Messekataloge + Programmbroschüren + Planungsunterlagen u.a.m.
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden und Petitionseingaben (Fortsetzung) notwendig, weil Amtsgericht und Beklagte ein Riesen-Problem haben und nicht erkennen wollen:
Verfassungswidrige Justiz zu politisch motivierten Zerschlagungen durch die Beklagte, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Täterin
Von Zerschlagungsorgien deutscher Parlamente zu Gerichte übergreifende Nonstop-Verfahren über 14 Jahre lang zu manipulierten Gerichtsverfahren am Amtsgericht.
Existenz vernichtende Niederschlagung der Petitionen (2010-2011) am Deutschen Bundestag in Berlin und am Bayerischen Landtag in München ohne Respektierung unantastbarer Grundrechte ist verfassungswidrig und Ursache für Gerichte übergreifende Nonstop-Verfahren seit 2011.

Petitionseingaben des Klägers am Deutschen Bundestag in Berlin bzw. Fortsetzung nach der Stellungnahme des BMWi vom 31.05.2010, nachlesbar mit Mausklick auf Internet-PDFs:

Im Schreiben vom 28.06.2010 folgende Punkte ausgeführt:
1. Die Stellungnahme des BMWi ist unqualifiziert.
2. Stellungnahme des BMWi ist irreführend
3. Stellungnahme des BMWi: Gipfel der Unwahrheit
4. Entgegen der Stellungnahme des BMWi: Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
5. Das BMWi hat Deutschland großen Schaden zugefügt
6. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
7. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb

8. Stellungnahme des BMWi zu Grundrechten betroffener Unternehmer: Fehlanzeige, Grundgesetz vor Telekommunikationsgesetz
9. Stellungnahme des BMWi ist nicht nur verantwortungslos, sie ist eine Unverschämtheit gegenüber dem Deutschen Bundestag
10. Punkte der parlamentarischen Prüfung
Ausführungen zu diesen Punkten nachlesbar mit Mausklick:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 12.07.2010:**
11. Wir klagen an: Verbrecherische Lüge des BMWi
12. Wir klagen an: Unternehmens-Genozid des innovationsorientierten ITK-Mittelstand
13. Stellungnahme des BMWi: Unerträgliche Infamie
14. Stellungnahme des BMWi: Diffamierung unserer Kooperationswilligkeit in Fortsetzung
15. Diffamierung unserer Anschreiben an das Bundeskanzleramt und das BMWi
16. Personelle Verantwortung der UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
17. Aufarbeitung der geschilderten Vorgänge seit der UMTS-Auktion 2000
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet1207.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 30.07.2010:**
18. Deutschland-Vision ohne UMTS-Auktion 2000 & ohne verheerende Folgewirkungen am Beispiel Estland & USA
19. Aufarbeitung und personeller Neuanfang: Voraussetzung für Trendwende
20. Erlöse aus der Mobilfunkversteigerung 2010: Priorität für Schadensbeseitigung aus UMTS-Auktion 2000
21. Was Deutschland und China gemeinsam haben: Menschenrechtsprobleme!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet3007.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 09.08.2010**
22. Unsere Petition zu unseren Grundrechten: Hilferuf wehrloser Bürger
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet0908.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 23.08.2010**
23. Beweis und Zeugnis für unglaubliche Vorgänge der UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen aus der Sicht eines führenden Großunternehmens
24. UMTS-Auktion 2000 mit transatlantischer Schadensdimension: Erkenntnisse und Konsequenzen nach 10 Jahren
25. Deutschland 2010: ITK-Innovationsfähigkeit verloren. Innovationsfähigkeit wiedererlangen?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet2308.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 18.10.2010**
26. Verfassungsbeschwerde zu unserem Petitionsverfahren
27. Gegenstand dieser Verfassungsbeschwerde
28. Hintergrund zu unserem Petitionsverfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet1810.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 02.12.2010**
29. Präsentation unseres Congressband-Archivs als sichtbarer Beweis (Antrag)
30. Zeugenbefragung als Mittel der Beweisführung (Antrag)
31. Besondere Befugnisse für den Petitionsausschuss gemäß Art 45c (2) des Grundgesetzes
32. Rehabilitierung unserer Congressmessen mit einem Centrum für Innovationstransfer und Innovationseffizienz

33. Petitionsausschuss muss jetzt handeln !
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet0212.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 15.12.2010**
34. IKT-Standort Deutschland 2009 mit weiterhin rückläufiger Marktbedeutung: Niedergang der ITK-Branche geht in das 11. Jahr!
35. Telekommunikationsgesetz: Kein Freibrief für ein Jahrhundert-Desaster
36. Eil-Antrag: Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels zur Wiedergewinnung der Innovationsfähigkeit in der ITK-Branche
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet1512.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 03.01.2011**
37. Massive Grundrechtsverletzungen ohne Abwehrmöglichkeit mit Negativ-Folgen für das System Deutschland
38. Nicht akzeptable Grundeinstellung: Unbequeme Probleme abwehren, Zuständigkeit ablehnen, Verantwortung abschieben
39. Ohne Wirkung definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundespräsidenten
40. Ohne Antwort definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundestagspräsidenten
41. Ohne Entscheidung nicht nachvollziehbar: Verfassungsbeschwerde zur Nutzung unseres Petition-Grundrechtes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 29.01.2011**
42. Informationsskandal: 10 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
43. Wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Aufgaben noch gerecht?
44. Unsere Petition beim Deutschen Bundestag: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?
45. Unsere Anträge beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags entsprechend dem Bundesgesetz gemäß Art 45c (2) GG
46. Unsere Anträge & Petition-Ziele: Warum sollten öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten Unterstützung geben?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Einspruch an den Petitionsausschuss **im Schreiben vom 19.12.2011**
47. Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses ist ein Skandal, weil dadurch nur seine Untätigkeit begründet und verdeckt werden soll
48. Abschlussprozedur im Deutschen Bundestag mit einer wahrheitswidrigen, unqualifizierten Beschlussempfehlung ist verabscheuungswürdig
49. Diffamierende Argumentation mit gravierenden Mängeln in der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses
50. Grundgesetzwidrig: Petitionsausschuss verweigert und verhindert Anerkennung der Grundrechte
51. Klageerhebung gegen die Bundesrepublik Deutschland mit einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren
52. Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerden im Oktober 2011
53. Handlungsbedarf für den Petitionsausschuss: Unterstützung der laufenden Gerichtsverfahren und Verfassungsbeschwerden
> > > Siehe oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf

Der Anspruch auf Rückgabe des Digital-Gipfels und auf Anerkennung eines auszubauenden Innovationszentrums wurde immer wieder eingefordert, z.B. unter Punkt 22, 28, 50 u.a..

Petitionseingaben des Klägers am Bayerischen Landtag in München:

Petitionseingaben vor der Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit (Staatsminister Markus Söder mit Staatssekretärin Melanie Huml), nachlesbar mit Mausklick auf Internet-PDFs:
Die Petition wurde mit Eingabe vom 16.05.2010 eingereicht und die Beschwerden gemäß dem vorgegebenen Online-Formular des Bayerischen Landtags aufgelistet. Petition-Text mit Mausklick:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf

Die Beschwerden sind ausführlich beschrieben in einem Brief vom 12. Mai 2010 an Herrn Wolfgang Lippert, Landrat von Tirschenreuth. Der Brief nimmt Stellung zu den Punkten:
1. Rechtswidrige Errichtung eines Pumphauses auf dem Hofgrundstück meines Bruders
2. Kriminell: Wichtige Dokumente der Flurbereinigung vorenthalten
3. Grenzfeststellung entlang des Mühlbaches: schnellstmöglich und rechtsverbindlich nach Anerkennung der Grundstücks- und Wasserrechte
4. Stützmauer der Uferbefestigung aus der Mitte des Mühlbachs sofort entfernen
5. Wasserrechte: Wehranlage mit Hammerweiher. Kriminell: Zugang zum Eichpfahl verweigert
6. Kriminell: Retentionsräume der Hammerweiher beseitigt, Vertiefungen der Weiher in dem angegebenen Volumen wiederherzustellen
7. Antrag auf Erstattung bisheriger und weiterer Rechtskosten
8. Gipfel krimineller Energie: Beseitigung eines kreativen und leistungsfähigen Handwerksbetriebs
9. Bürgermeister: Wiederwahl im Jahre 2008 manipuliert, volle Verantwortung für rechtswidrige und kriminelle Vorgänge, Mitverantwortung des Gemeinderates
Dieser Brief wurde am 25.05.2010 als PDF an die Petitionsstelle im Bayerischen Landtag zugesandt und per Post vom Petenten nachgereicht. Der Brief ist nachlesbar im Internet mit Mausklick:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/landrat-TIR1.pdf

Der Petent war verwundert, dass weder der angeschriebene Landrat noch eine der Gemeinde Leonberg übergeordnete Stelle der Bezirksregierung Bemühungen unternommen haben, die rechtswidrigen Zustände in der Gemeinde Leonberg im Zusammenhang mit den Beschuldigungen des Petenten zu überprüfen und aus den Erkenntnissen Maßnahmen zugunsten des Petenten einzuleiten. Aus diesem Grunde wurde die **Argumentation mit Schreiben vom 21.07.2010 erweitert:**
10. Flurbereinigung 1987: Kriminelle Grundlage andauernder Rechtswidrigkeiten
11. Rechtswidrig: Wasserrechte entgegen den Vorgaben der Flurbereinigung beseitigt (Fortsetzung von Punkt 5)
12. Grundgesetzwidrige Enteignung: Privater Mühlbach ist kein Anliegerbach (Fortsetzung von Punkt 3)
13. Gesetzwidrige und verbrecherische Kumpanei von Wirtschaft und Verwaltung in Gemeinde Leonberg
14. Grundrechte des Petenten und Konsequenzen
Die Ausführungen zu den Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausklick:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet2107-w-ockl.pdf

Fortsetzung der Argumentation mit Schreiben vom 12.08.2010
15.Grundrechte im Landkreis Tirschenreuth: Hilferuf eines wehrlosen Bürgers
16. Repressalien bayerischer Verwaltung contra Grundrechte

17. Lebensmittelkontrolle des Landratsamtes: Krimineller Amtsmissbrauch contra Grundrechte
18. Lebensmittelkontrolle des Landratsamtes: Sofortige Entfernung des Pumphauses
19. Repressalien contra Grundrechte: Unerhört und ohne Vergleich in Deutschland
20. Weitere Repressalien gegen Grundrechte des Petenten?
Die Ausführungen zu den Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausklick:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet1208-w-ockl.pdf

Markus Söder war bereits als Staatsminister Schirmherr des 4.Volksstamm in Bayern (Sudetendeutsche Flüchtige, Zerschlagung am Geburtsort mit maßgeblicher Beteiligung von sudetendeutschen Klassenkamarad und Klassenkameradin an der Volksschule in Leonberg (1947-1952), später Bürgermeister von Mitterteich/Leonberg bzw. Landrat von Tirschenreuth (Ehefrau), in Zusammenwirken mit der Nachfolgegeneration ehemaliger NSDAP-Großbauern, unter persönlicher Beteiligung des genannten Staatsministers und seiner Staatssekretärin).

AGV-06. Einzufordern mit der Klage, weil:
Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch nicht mit 2/3 Mehrheit im Deutschen Bundestag geändert werden können.
Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, das gilt auch für §253 Abs.2 Nr.2 und §130 Abs.4
Nicht mehr vorstellbar:
Amtsgericht manipuliert und verweigert Gerichtsverfahren mit wahrheitswidrigen Begründungen in einem Schreiben, das vom Urkundsbeamten beglaubigt ist
Wahrheitswidrig, weil Klageschrift entgegen der richterlichen Behauptung unterschrieben ist.
Wahrheitswidrigkeit ermittelt, weil Kläger auf Akteneinsicht bestanden hat und per Telefonat am 29.10.2024 seine Unterschrift bestätigt wurde und nicht unterlassen wurde.
Beklagte will nicht lesen, kann nicht lesen, seit 2010: Lesen heißt, Inhalte erfassen, Zusammenhänge erkennen, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen verhindern nach dem Lesen.
Nämlich: Anlagen werden nicht kommentarlos vorgelegt, sondern schon im Hinweis auf die Anlage eine erste Stellungnahme/Übersicht mit erkennbaren Zusammenhang vorgenommen: Sieh Anlage WU-06 a)
Beklagte verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen am Deutschen Bundestag, am Bayerischen Landtag, für Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort des Klägers, weil Petitionen zwar zugelassen, aber Grundrechte nicht respektiert werden.
Beklagte lässt Klagen durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2011 sabotieren,
Beklagte mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ist verantwortlich für Freiheitsberaubungen, Psychoterror, Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, Datenschutz-Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen
Kläger hat Mehrrichter-Verfahren beantragt, weil ein Einzelrichter nicht in der Lage ist, der Menschenrechte verachtenden Zerschlagung unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin, ihrer Helfer und Helfershelfer, unter Respektierung der Grundrechte gewachsen zu sein, ohne wahrheitswidrig zu werden.
Faktenlage:
Über 80 Jahre Familienzerschlagung, über 25 Jahre Zerschlagung eines Inhaber-geführten Familien-Unternehmens mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum der Digital-Branche seit 1998, dem Gründungsjahr von Google.
Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen!
Wert von Alphabet Inc. (Google) im Aug.2024: 1.972 Mrd US-Dollar, also ca. 2 Billionen US-Dollar, rund doppeltes Steueraufkommen von Deutschland.

Vorgelegtes Berechnungsmodell für Schadenersatz völlig ungenügend und ungeeignet für Güteverfahren
zu über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit Geburt des Klägers, mit der Vater und Bruder in den Tod gezwungen wurden, in dem hier nicht einmal die Auszahlung gewährleistet ist, auch wenn sofortige Anlieferung möglich wäre, aber nicht ist.
Güteverfahren zu Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, sind kein grundrechtsfreier Raum, müssen angemessen sein. Rechtsanwendungen zu Güteverfahren sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Es geht um Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes (schon in 2000 mit einem voll digitalisierten Unternehmen, ohne Zerschlagung heute garantiert mit KI), Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen,
am Wohnort (Z1), am Geburtsort (Z2), unter Mitwirkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3), extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen (Z4), mit verfassungswidrigen Übermaß (Z5), mit Datenschutz-Skandal, mit Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubungen, Psycho-Terror u.a.m.
Kläger hat sich intensiv gewehrt nach erzwungener Einstellung seiner Europäischen Congressmessen seit 2003, ohne jede Chance. Er war gezwungen, seine Familie zu schützen, seine Frau und seine Kinder.
Seine Kinder, nach erfolgreichem Abschluss der Universitätsausbildung zum Zeitpunkt der staatlichen UMTS-Auktion 2000 bereit, in das Familien-Unternehmen einzutreten, mussten gezwungener Maßen, entgegen aller Planungen, getrennte Wege gehen.
Kläger hat definitiv Anspruch auf ein Sonderverfahren, das angemessen ist und dieser Jahrhundert-Zerschlagung einigermaßen gerecht werden kann.

Situation: Nach Manipulation der Klage-Eröffnung durch Überschlagen (Überlesen) der Unterschrift durch Einzelrichter, und obwohl Mehrrichter-Verfahren mit Richtern ohne Befangenheit beantragt und unerlässlich in Anbetracht des Klageumfang gegen weisungsgebundene Staatsanwälte und zusätzliche Anwälte der Beklagten, sowie mit Antrag auf ein angemessenes Sonderverfahren, darüber hinaus die sofortige Einstellung von Kontopfändungen unverändert auf Pfändungsschutz-Konto bis zu abgeschlossenem Vollzug von Schadenersatz und Entschädigung: daher
Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde.

Velbert, 01.Nov.2024

Albin L. Ockl

Klage vom 03.10.2024 mit den Kapiteln AGV-01 und AGV-02

AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),
mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)
Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)
75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:
> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Zu AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),
mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)
Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

Sieh **Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Grob-Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen

Sieh **Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott von Güteverfahren** in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Professionelles Wissensmanagement mit historischen Dokumenten über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche, Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm
Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,
mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . . **"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Praxis-Seminare, insgesamt
57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin mit Demo- und Beratungsständen
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8 &e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001.
Hohe Verluste mit Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Sieh **Anlage VE-03:**
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38 an das Landessozialgericht
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),
ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für

Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am (Ober-)Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024
Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)
BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024

(Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert,
mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren
in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit,
mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier
nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser

respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.
> **Anlage VB-2352 Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF, mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,

Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Zu AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)
75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:
> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Das Zerschlagungsopfer hat sich seine Täter nicht aussuchen können.
Täter mit persönlicher Verantwortung für die politisch motivierten Zerschlagungen Z1-Z5, mit erdrückender Beweislage längst geklärt:

Gerhard Schröder **(1998-2005 Bundeskanzler, Jahrgang 1944)**
heute sanktionierter „Lobbyist“eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes, Krieg verursachender Profiteur mit Riesenschaden für Deutschland, Europa und die freie Welt.
Schröder war als Ministerpräsident im Plenum seiner Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg, der Unterzeichner hat ihn persönlich eingeladen, in Abstimmung mit einem qualifizierten Congressleiter, und sein Thema vorgeschlagen:
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
(Scroll down after link to ONLINE'91)
Anlass der Einladung. Wahlkampf an der Basis
missbraucht für Verteufelung des Computers als „Jobkiller“, bis 1990

nach der Wiedervereinigung, Themenvorschlag für seinen ONLINE'91-Referatsbeitrages mit Congressleiter und mit „Fingerspitzen-Gefühl“ abgestimmt.

Dr. Angela Merkel **(2005-2021 Bundeskanzlerin, Jahrgang 1954,** Fortsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis 2021), Bundesministerin aus der ehemaligen DDR seit der Wende (1991), mit einem Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier seit 2005, direkt persönlich involviert, mit Enteignung des Digitalgipfels seit 2006 (Zerstörung der Existenz-Grundlage), in herausgehobener Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg** **mit Russland/Putin-Nähe**, ohne Reue und Selbstkritik nicht nur für ihre Russland-Politik. Die Bundeskanzlerin hat intensive Bemühungen des Klägers um den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen unterbunden. Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in Verbindung mit demonstrativem Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler und der ARD-Vorsitzenden Monika Piel (nach mehreren Anschreiben und Verfassungsbeschwerde) nachgewiesen.

Frank-Walter Steinmeier **(1999-2005 Chef des Bundeskanzleramtes, Jahrgang 1956,** Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder, nach 2005 als Stellvertreter der Bundeskanzlerin in der GROKO, heute Bundespräsident), direkt persönlich involviert mit Zerschlagung seiner Existenzgrundlage,
wurde anlässlich der ONLINE'91 von Schröder als Medienreferent eingestellt, nach 2005 in führender politischer Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg** **(10 Tage nach seiner Wiederwahl) mit Russland/Putin-Nähe**

Dr. Markus Söder, CSU, Ministerpräsident Bayerns seit 2019 (Staatsminister seit 2007), Schirmherr des neu ernannten 4.Volksstamms in Bayern, der Sudetendeutschen, Jahrgang 1967, in politischer Kumpanei mit der Bundeskanzlerin einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung, mit gemeinsamer Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München,
persönlich verantwortlich für eine Treib-und Hetzjagd unter Beteiligung sudetendeutscher Kommunalpolitiker gegen seinen Bruder, bis in den wirtschaftlichen Ruin und **bis in den Tod in 2012**, mit Nachlass-Insolvenz am Geburtsort des Klägers, mit langjähriger Unterstützung durch das Verwaltungsgericht Regensburg.

Dr. Ole Schröder, heute im Vorstand der SCHUFA Holding AG, Schlüsselbedeutung für **Datenschutz-Skandal** mit „Hass“ im SCHUFA-Netz, bis März 2011 Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU, Chef des Bundeskanzleramts im Kabinett von Merkel I, hat zusammen mit der Bundeskanzlerin intensive Bemühungen des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen verhindert), danach unter Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), sowie seine Frau, **Kristina Schröder,** Bundesministerin im Kabinett Merkel II, Niederschlagung der Petition mit Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags in 2010/2011.

Siehe **Anlage VE-01:** Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024, Seite 11:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf

Judikativer Boykott aller Klagen zu über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 und mit Datenschutz-Skandal

Weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes: Sabotage der Klageverfahren und Güteverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland, mitverantwortlich für Datenschutz in Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers
> Unbestreitbar: Persönliche Verantwortung von Merkel / Söder zu politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin Eva-Maria Michel (1997-2022), mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF, mit Wissen aller Bundespräsidenten, mit Wissen aller Ministerpräsidenten aller Bundesländer, mit Wissen aller Staatsorgane.

75 Jahre Grundgesetz sollten endlich ausreichen, um die Respektierung von Grundrechten im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal zu erreichen. Bis heute werden Gerichtsverfahren und Güteverfahren wegen grundgesetzlichen Anspruch (Art.34 GG) auf Rehabilitierung und Schadenersatz verhindert, am Landgericht Wuppertal und am Verwaltungsgericht Berlin u.a. wie z.B.
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Sieh Gerichtsverfahren mit judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal:
2 O 70/15 Klage gegen die Deutsche Bundesregierung,
2 O 163/16 Klage gegen die Bayerische Staatsregierung.
Sieh Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin und am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg:

Der Verfasser wurde nach judikativen Boykott am Landgericht Wuppertal in 2017 gezwungen, beide Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin und Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (**Aktenzeichen: OVG 11 RM 3/23,** OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)
fortzusetzen, die erneut entschieden haben, die Gerichtsverfahren **nach judikativem Boykott eines Güteverfahrens in 2023** erneut an Zivilgerichte abzuschieben.
Sieh **Anlage LSG-37**
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352 (Boykott Güteverfahren)
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
nicht mehr nachvollziehbar, offensichtlich im Zusammenhang mit der **persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)

Weisungsgebundene Staatsanwälte erfinden in Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträger ständig neue Verfahren, um Rehabilitierung und Schadenersatz (Schadenersatz-Sabotage) abzuschieben und zu verhindern:
Soziale Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu sozialer Aussperrung, sozialer Spaltung, sozialer Diskreditierung mit Datenschutz-Skandal und Eskalation heuchlerischer Güteveranstaltungen zu entwürdigenden, verfassungswidrigen Schauprozessen.
Das sind die wahren Gründe für judikativem Boykott von Güterichter-Verfahren
Heuchelei und Oberflächlichkeit ist keine akzeptable Option für Güteveranstaltungen, selbstverständlich wird auch eine hinreichende Qualität von Unterlagen zur Durchführung benötigt, um die der Kläger sehr besorgt ist.

Zu klären ist, ob das angelieferte Beweismaterial der
Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal (Klagen mit judikativem Boykott am Landgericht) verfügbar ist:
2 O 70/15 Klage gegen die Deutsche Bundesregierung (Z1)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
2 O 163/16 Klage gegen die Bayerische Staatsregierung (Z2)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Das angelieferte Beweismaterial am Landgericht
umfasst 6 große ELBA-Ordner (Z1: 4 Ordner, Z2: 2 Ordner)

Weiteres Beweismaterial
zu den politisch motivierten Zerschlagungen Z3, Z4, Z5 mit durchgeführten Gerichtsverfahren verfügbar.

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des

Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Opfer verhöhnende Dreistigkeit der Forderungsaufstellung der RAe caspers mock des beklagten Sozialversicherungsträgers
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit 2011 mit abschließenden Verfassungsbeschwerden
Hier letzte Verfassungsbeschwerden seit 2022

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

> Neue Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert
gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

> Neue Verfassungsbeschwerde (hier) vom 01.01.2023 gegen 27.Kammer am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22
wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286/380)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 (judikativer Boykott von Güteverhandlungen)
weil Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz nicht nur im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 sabotiert werden,
sondern auch im (ober)verwaltungsgerichtlichen Verfahren OVG 11 M 21/21 (VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
weil weisungsgebundene Staatsanwälte mit sozialer Zerschlagung politisch motivierte Zerschlagung fortsetzen, jede Kausalität leugnen und selbst „Güteverhandlungen" verhindern
weil mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht / Sozialgericht zum Amtsgericht) nur noch Justiz-Versagen erzwungen wird

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 380)

Das Zerschlagungsopfer hat sich seine Täter nicht aussuchen können.
Täter mit persönlicher Verantwortung für die politisch motivierten Zerschlagungen Z1-Z5, mit erdrückender Beweislage längst geklärt:
In den politisch motivierten Zerschlagungen Z4 und Z5 (soziale Zerschlagung mit Datenschutz-Skandal sind auch Sozialgerichte involviert bzw. der Sozialversicherungsträger und weisungsgebundene Staatsanwälte mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto im Zuge der sozialen Zerschlagung involviert). Immunitätsschutz der Haupttäter ist der wesentliche Grund für Güteverfahren.
Güteverfahren sind legitime Verfahren, verfassungswidrige „Hybridverfahren" sind dafür nicht erforderlich.

Fortsetzung gemäß Anlage VB-2352:
OVG 11 RM 2/22 (judikativer Boykott von Güteverhandlungen)
Aktenzeichen: OVG 11 RM 3/23 (OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Brutal verfassungswidrig:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 82.Lebensjahr
> brutal verfassungswidrig
Staatsorgane übergreifend, **Gerichte und Verfahren übergreifend,** Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend, mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen

Hier: Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)

Albin L. Ockl, (Kläger und Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren) gegen
Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte und Beschwerdegegnerin, Täter mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte)

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Verfassungsbeschwerden seit 2010
Brutal verfassungswidrig: Wenn Grundrechte im Deutschen Bundestag und im Bayerischen Landtag (z.B. Petitionsgrundrecht) zur Verfestigung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 zusätzlich missbraucht werden, ohne Wissen der Petenten!
1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf

2010: Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München, niedergeschlagen von der CDU/CSU-Fraktion unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (Altbundeskanzlerin/Ministerpräsident von Bayern)
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit totalem Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen
2023: Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Fortsetzung unter Begründung zu **Güteverfahren >**
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, 2023 im 82.Lebensjahr,
erzwungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000, zerschlagen durch verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion (60.Lebensjahr), mit politischer Zielsetzung der Zerschlagung, ohne Antwort auf Hilferufe

mit qualifizierten Projektvorschlägen für digitales Innovationswachstum, mit extremistischer Ausuferung der Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin seit 2011 (70.Lebensjahr), zwischenzeitlich Klage am Landgericht Wuppertal mit Trennung nach Wohnort (2 O 70/15) und Geburtsort (2 O 163/16), danach Fortsetzung der Verfahren mit Schreiben des Verwaltungsgerichts Berlin vom 03.März 2017 (76.Lebensjahr), Zerschlagung mit Beteiligung von ARD und ZDF, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

(Fortsetzung des Güteverfahrens mit laufender Nummerierung)

164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF, mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert

Der Kläger und Beschwerdeführer hat mit Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Stellung genommen zum Schreiben (OVG 11 RM 3/23 vom 9.Juni 2023, eingegangen am 16.06.2023) mit
Antrag auf Durchführung des Güterichterverfahren ohne Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte des Beklagten, unterstützt durch Vollstreckungsgericht und Obergerichtsvollzieherin mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO:
Güterichterverfahren zu 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen.
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 12.05.2023 wegen Bescheidung

nach Zusendung termingerechter Verfassungsbeschwerden vom 10.April 2023 (1 BvR 149/23) und 31.März 2023 (2 BvR 538/23) mit Schriftsatz vom 22´04.2023
Die Stellungnahme in den Kapiteln 161 bis 163:
Kapitel 161. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
Totales Justiz-Versagen zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011
Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz
unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010
> Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3) mit Rückendeckung durch das Bundeskanzleramt
> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4) mit Weisungsbefugnis des Bundeskanzleramts
> Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,
mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten vom Kanzleramtsminister,

> mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation
Kapitel 162. Antrag auf Durchführung des Güterichterverfahren mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO
Güterichterverfahren zu 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen.
> Güterichterverfahren unter Respektierung von Grundrechten gegen beklagten Täter, der Güterichter-Verfahren mit weisungsgebundenen Staatsanwälten bekämpft.
> Güterichterverfahren gegen beklagten Täter, der mit weisungsgebundenen Staatsanwälten Schadenersatz-Sabotage betreibt, nach Polizei-Terror im Januar 2023 zum Psycho-Terror parallel zum Güterichter-Verfahren gegen Zerschlagungsopfer, dem vom Täter aufgezwungen:
> Pfändungsschutz-Konto mit niedrigen Pfändungsschutzgrenzen, ohne Kreditkarte, selbst ohne Dispo-Kredit
> verfassungswidrige Sozialversicherungen mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 gegen Rentner im 82.Lebensjahr
> Internet-Link zum Güteverfahren:
Konfliktlösungen ohne Gewinner und Verlierer? Täter und Opfer auf Augenhöhe? Erklärungsbedürftig!
Brutal verfassungswidrig: Opferverhöhnung im Güterichter-Verfahren
> Antrag auf direkte Kostenübernahme durch den Täter bei Anreise des Opfers zum Oberverwaltungsgericht
> Antrag auf Vorverfahren zum Güterichterverfahren wegen erdrückender Beweislage am Wohnort des Klägers
> zu über 25 Jahren Europäische Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution und danach
> zu 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Kapitel 163. (Wiederholung von 155.) Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage
>Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa **in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin** u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
Aktueller Zusatz: Nicht nur alle Intendanten von ARD und ZDF, **sondern auch alle Landesregierungen der Bundesländer waren über die politisch motivierte Zerschlagung informiert** (Anlage OVG2023-07)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 231)

Wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge hat der Kläger das Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerde angerufen. Die Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen
von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa **in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a**.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010**:
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004) auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
ONLINE und KOMMTECH:Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur **Vorbereitung der Wiedervereinigung**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, **erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000**, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite
im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter
persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)

2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. **Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert**. Sieh Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)
Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)
2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, unter **persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten**
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes Deutscher Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit **verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)**

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin

Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen.

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln der Verfassungsbeschwerde sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Mit den beiliegenden Verfassungsbeschwerde muss endlich eine Bescheidung zum Antrag auf Durchführung eines qualifizierten Güteverfahrens erreicht werden.

Der Beschwerdeführer hat eine erdrückende Beweislage vorgelegt:
Weltweit größtes Congressangebot mit professioneller Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Besonders diskriminierend: Aus einer Vielzahl qualifizierter **Anschreiben an die Alt-Bundeskanzlerin** kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: **Wie lange noch?**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
> Scroll down after link (> page 9 ff)

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 18)

Besonders frustrierend: Der Beschwerdeführer hat sich besonders darum bemüht, den
Alt-Bundeskanzler mit Unterstützung durch Congressleiter an den Computereinsatz heranzuführen, weil unter ihm an seiner Parteibasis der Computer als „Jobkiller“ verteufelt wurde. Der Altbundeskanzler hat mit politisch motivierter Zerschlagung, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, auf seine Weise „gedankt“: Sieh
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down to ONLINE 1991
> > > 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin,
unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
mit nachgewiesener Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF, mit sozialer Zerschlagung aus verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften u.v.a.m.
sind nicht hinnehmbar.

Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit verfassungswidriger Kranken- und Pflegeversicherung, gegen Sabotierung und Boykottierung von Rehabilitierung und Schadenersatz aus 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74)

Es ist brutal verfassungswidrig, dass der Beklagte, Täter politisch motivierter Zerschlagungen, mit Staatsanwälten, mit Vertragspartnern aus einem Staatsvertrag und mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Staatsgewalt missbraucht, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu sabotieren**: mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren zu verheerenden Folgewirkungen, die mit politisch motivierten Zerschlagungen in Gang gesetzt wurden, die vom Opfer im 82.Lebensjahr nicht mehr verhindert werden können, und **es ist brutal verfassungswidrig,** wenn Gerichte in Gerichtsverfahren, die seit 2011 andauern, Klagen unterdrücken, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu boykottieren.** Das ist totales Justiz-Versagen.

Der Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nach 26 Jahren Europäische Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in 2003
ist hinreichend begründet. Die Bescheidung dieses Antrags ist mehrfach mit Verfassungsbeschwerde eingefordert.
Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, jetzt im 83.Lebensjahr, erwartet, dass der Weg zu Rehabilitierung und Schadenersatz endlich freigegeben wird. Bis heute hat das das Opfer in seinem gesamten Leben keinen einzigen Pfennig Fördergelder und keinen einzigen Cent Schadenersatz erhalten.
Für Weltklasse-Höchstleistungen zur digitalen Evolution in Deutschland und Europa.

Velbert, 03.10.2024

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage WU-07: Nachweis mit sowjetischem Kriegsdokument gemäß AGV-02
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Anlage WU-06: Brutal verfassungswidrig
Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters mit wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit mit Zielsetzung verfassungswidriger Rechtsanwendungen unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten in Gerichte übergreifenden Verfahren politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren gegen Rentner im 84. Lebensjahr
Anlage WU-06 a) Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters vom 17.10.2024 entgegen Antrag auf Mehrrichter-Verfahren mit **wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit** am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24) u.a.
Anlage WU-06 b) Mitteilung des Sozialgerichts Düsseldorf (S 46 P 302/24) vom 25.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit **wiederholtem, verfassungswidrigem Mobbing** der RAe des Sozialversicherungsträgers in beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024
Anlage WU-06 c) Mitteilung des Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen vom 28.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024 mit Begründung zur **Beitragserhöhung vom 20.11.2020 zu verfassungswidriger Sozial-Grundversicherung (Pflegeversicherung)** ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutz-Konto zum **Schutz vor staatlichen Übergriffen mit Rentenplünderung-Skandal**

Anlagen der Klage vom 03.10. 2024:

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,
Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen" verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen

staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit
Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche
Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm
Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,

mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001
Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),

ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine
Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024
Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)

BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren
in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit,
mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier
nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)

NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF, mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des

Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:
Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)
als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vorgelegt
BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010**:
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)
Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt
2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)
2005:Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer

politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern(Z2, Beweise 2), unter
persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes.
Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen,
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer

verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin
Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351 und Anlage VB-2352

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07
Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die **Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.

Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:

Rückblick 26 Jahre ONLINE:

> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1
>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE
>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf
>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe
>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003 Die gesamte Congressmesse

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse

http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin zugesandt:

Anlage OVG2023-01: Erneute Zusendung der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)
Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher
Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen

> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Anlage OVG2023-01:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Neue Verfassungsbeschwerde
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,
Beweise und Klage unterdrückt werden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Anlagen im Schriftsatz vom 12.Dez.2022

Anlage OVG2022-01:
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal, am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage VB-2304:
27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR/WDR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
nach verfassungswidrigem Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler Schröder:
Altbundeskanzler, sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung am 08.12.2022 ohne Zugang des Zerschlagungsopfers zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept. 2021 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2021-31:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2018 (1BvR 1959/21) zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren am VG Berlin
OVG 11 M 21/21 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
(VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur bundesweiten Sippenzerschlagung,
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit **Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page 155)

Anlage OVG2021-01 (Anlage LG-00)
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Anlage OVG2021-02
Zweite Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 15.06.2014)
mit erdrückender Beweislage in 4 großen Beweis-Ordnern
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
'Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 24)
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter
Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 03)

Umfangreiche Beweisanlagen zur zweiten Klage in 4 Ordnern:

Anlagen im Beweis-Ordner 1

Von den in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit Nationalem IT-Gipfel und dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation:
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Beweis-Ordner 1
Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm
Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation
Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Beweis-Ordner 2
Europäische Congressmessen für digitale Evolution
mit Nationalem IT-Gipfel im jährlichen Turnus vor und nach der
Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …
Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf
ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Professioneller Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 3.00 im Beweis-Ordner 3: Übersicht Ordner 3

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, **Dr. Martin Weigele**
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf
Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, **Innovationsmarkt irreversibel vernichtet**
Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"
Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .**"
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz - ohne Chance für Verständnis
Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback
Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg
Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)
Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004
Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004
Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik
Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf
Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf
Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung

nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – ohne Chance gegen betonierte Umverteilungspolitik

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche – ohne Chance bei Bundesregierung und EU-Kommission

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf
Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf
Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Wand des Schweigens!

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf
Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf
Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf
Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf
Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf
Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf
Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf
Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher Missbrauch des Petitionsgrundrechtes
Deutscher Bundespräsident lässt „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf
Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf
Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) **an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlagen im Beweis-Ordner 4
Weiter führende Beweismittel über politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und durch staatliche Diskriminierung Anlagen zur Ermittlung des Schadenersatz-Anspruches für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
Erste Anzeichen für politisches Umdenken

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik
Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und

Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration
> > > 32 ganztägige Symposien + 5 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012) Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie
Bundesminister Alexander Dobrindt (2014) schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in **Ordner 3:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger (Feb.2015) & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlage OVG2021-03: 24 mal angemahnt
Ständige Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017

Anlage OVG2021-03a:
1. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen **mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als**
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des

Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17**, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17**, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), **erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.**
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens

mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Anlage OVG2021-03b:
2. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in

Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist **Rehabilitierungsanspruch**.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Anlage OVG2021-03c:
3. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)
nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage OVG2021-03d:
4. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: **Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld**
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlage OVG2021-03e:
5. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Anlage OVG2021-03f:
6. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage
86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller

Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit
Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut
(Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Anlage OVG2021-03g:
7. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden,

ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet:
Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Anlage OVG2021-03h:
8. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung
89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Anlage OVG2021-03i:
9. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)
Anlage OVG2021-03j:
10. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?
93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Anlage OVG2021-03k:
11. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage OVG2021-03l:
12. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Anlage OVG2021-03m:
13. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998,
20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018
mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als
Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa: Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03n:
14. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst,
nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft,
mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst

in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:
Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz
wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und **Heimat**
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden **und Zerschlagung der bayerischen Heimat**
Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Anlage OVG2021-03o:
15. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)
Anlage OVG2021-03p:
16. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Anlage OVG2021-03q:
17. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Anlage OVG2021-03r:
18. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!
121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmaßnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Anlage OVG2021-03s:
19. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeforder
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03t:
20. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Anlage OVG2021-03u:
21. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Anlage OVG2021-03v:
22. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
mit wiederholtem Antrag auf
Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998
(20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
130. Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und
wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz
131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft
gedeckt mit Mauer des Schweigens
unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland
zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung
öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller
Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden
hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen
Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen,
diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung
aus dem Bundeskanzleramt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

Anlage OVG2021-03w:
23. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.
132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019
mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheibchenweise bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !
Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann
Derart skandalös: Warum?
Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft
Politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter
Zerschlagungsopfer musste
scheibchenweise die ganze Wahrheit ausgraben
gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer
Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht
Staatliches Unrecht ist das Resultat einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998
mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter
134. > 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen

Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter
Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
> 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter
> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunksperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten
21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz
9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!
Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist
Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf

Anlage OVG2021-03x:
24. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer rechtsanwaltlichen Vertretung
über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn
136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung
Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)
mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und
wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)
mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen

und kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden
Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne
137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch Verwaltungsgericht Berlin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68)
Anlagen im Schriftsatz vom 16.Feb.2020
Anlage VGB2020-01 (Anlage Jura-01)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020
wegen Fortsetzung eines nicht mehr hinzunehmenden Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einem verfassungswidrigen Urteil ohne Wissen des verurteilten Opfers
(Kompaktversion mit Kapitelübersicht)
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 241)
Anlage VGB2020-02
Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten:
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität; Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln,
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg,
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
mit Anlage Jura-01 (s.o.), Jura-02, Jura-03
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-UNI01.pdf

Alle bisher an das Verwaltungsgericht Berlin zugesandten Anlagen und Legende aller Schriftsätze seit 15.06.2014:
Sieh Folgeseiten, in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS200 0-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68+17)

Anlage OVG2021-04: Beschlüsse und Gerichtsbescheide
Anlage OVG2021-04a: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017
Anlage OVG2021-04b: Gerichtsbescheid VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021
Anlage OVG2021-04c: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-05:
Aus Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 Anlage VB-29 (29a-29c) in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21: **Söder / Huml / Eck** direkt beteiligt an politisch motivierter Sippenzerschlagung
VB-29a) Sudetendeutscher Stammesverband, Vierter

Stammesverband in Bayern mit Schirmherrn **Dr. Markus Söder**
Direkte, persönliche Beteiligung an politisch motivierter Sippenzerschlagung zur Unterstützung krimineller Umverteilungspolitik der CSU in Bayern durch
Melanie Huml, CSU, seit 2003 im Bayerischen Landtag, seit 2007 Staatssekretärin der Bayerischen Staatsregierung, seit 2018 Staatsministerin für Gesundheit und Pflege
Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, danach Staatssekretär im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
VB-29b) Niederschlagung der Petition an den Bayerischen Landtag durch Melanie Huml mit Schreiben vom 16.08.2010, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern (Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern
> > > www.damwild-ockl.de/doku/innenstaatssekr.jpg)
VB-29c) Klageerhebung vom 06.Juli 2016 am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16 bis Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17)
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und
wegen kapitaler Vermögensschäden
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge:
Wendelin Josef Ockl, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth
Albin Ludwig Ockl, Dipl.-Ing., alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders
(Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch den Freistaat Bayern,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese
vertreten von dem leitenden Staatsminister,
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Anlage OVG2021-06:
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018
Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. Anschreiben (a) und 2. Anschreiben (b)
> > > http://planning.euro-on line.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Bundespräsident antwortet nicht
trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden
trotz höflicher Bitte um Unterstützung als Brückenbauer gemäß der Sicht seiner Rolle als Bundespräsident

Anlage VB-10 im Schriftsatz vom 08.Aug.2019
Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung
nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).
Anlage VB-11
Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit
> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 77)
> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017
> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-0
Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Anlage VB-12
Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)
Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß
Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf
Scroll down after link (page 34)
Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren** mit beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage VB-0
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019
Anlage VG190102-01
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018
Anlage VG181126-01
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und
mit Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
Anlage VG181126-02
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018
und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018
Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter

Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018
Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:
Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018
Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)
Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1

ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens
(teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84
Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. "Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach

Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

Landgericht Wuppertal
Beschwerdegericht zu
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
Klage gegen
Bundesrepublik Deutschland

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 15.Nov.2024

Hier: Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Nicht-Bescheidung von:

Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
in Beschluss-gleicher Mitteilung vom 17.10.2024 (eingegangen am 24.10.2024) nach zwei Telefonaten mit zuständigem Bearbeiter
Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz (inkl. angemessene Entschädigung gemäß Ausführungen) und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 01 / 89 / 189)

Begründung der Anhörungsrüge mit Unterschrift auf Seite 9:

<u>LGW-07</u>. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Nicht-Bescheidung von:
Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024
(Kapitel LGW-03, AGV-04, AGV-05, AGV-06)
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24 (Kapitel AGV-01, AGV-02)
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
Nicht nur über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen, sondern lebenslange Familienzerschlagung und Skandale
Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Güteverfahren-Skandal, Justiz-Skandale am laufendem Bande
Jahre lange Verweigerung von Güteverfahren ist verfassungswidrig: Europäische Menschenrechte werden mit Füßen getreten: Sieh Art.6 EMRK
Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch jahrelange Verweigerung und Manipulation von Güteverfahren
Unerträglich: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert gemäß Anlage WU-08

<u>Anlage WU-08</u>: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (?, weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941).

2024: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Verweigerung und Manipulation von Güteverfahren
Güteverfahren in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg abgeschlagen:
Sieh **<u>Anlage VE-02</u>: Wegen judikativem Boykott von Güteverfahren** in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin in 1984 und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung

1. Güteverfahren in 2024 am Amtsgericht Velbert:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen
> > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend: Soziale Zerschlagung durch **Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen)** ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
..... usw.
Anschließend musste der Kläger einen von weisungsgebundenen

Staatsanwälten vorbereiteten, Gerichte übergreifenden, Zeit raubenden verfassungswidrigen Shitstorm mit Verfassungsbeschwerden abarbeiten.

2. Güteverfahren in 2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24(hier): Sieh AGV-06, **Nicht mehr vorstellbar: Amtsgericht manipuliert und verweigert Gerichtsverfahren mit wahrheitswidrigen Begründungen in einem Schreiben, das vom Urkundsbeamten beglaubigt ist**
Wahrheitswidrig, weil Klageschrift entgegen der richterlichen Behauptung unterschrieben ist und vom zuständigen Bearbeiter bestätigt wird. Wahrheitswidrigkeit ermittelt, weil Kläger auf Akteneinsicht bestanden hat und per Telefonat am 29.10.2024 seine Unterschrift bestätigt wurde und nicht unterlassen wurde.
Beklagte will nicht lesen, kann nicht lesen, seit 2010: Lesen heißt, Inhalte erfassen, Zusammenhänge erkennen, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen verhindern nach dem Lesen.
Nämlich: Anlagen werden nicht kommentarlos vorgelegt, sondern schon im Hinweis auf die Anlage eine erste Stellungnahme/Übersicht mit erkennbaren Zusammenhang vorgenommen: Sieh Anlage WU-06a)
Beklagte verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen am Deutschen Bundestag, am Bayerischen Landtag, für Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort des Klägers, weil Petitionen zwar zugelassen, aber Grundrechte nicht respektiert werden.
Beklagte lässt Klagen durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2011 sabotieren,
Beklagte mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ist verantwortlich **für Freiheitsberaubungen, Psychoterror, Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, Datenschutz-Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen**
Kläger hat Mehrrichter-Verfahren beantragt, weil ein Einzelrichter nicht in der Lage ist, der Menschenrechte verachtenden Zerschlagung unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin, ihrer Helfer und Helfershelfer, unter Respektierung der Grundrechte gewachsen zu sein, ohne wahrheitswidrig zu werden.
Faktenlage:
Über 80 Jahre Familienzerschlagung, über 25 Jahre Zerschlagung eines Inhaber-geführten Familien-Unternehmens mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum der Digital-Branche seit 1998, dem Gründungsjahr von Google.
Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen!
Wert von Alphabet Inc. (Google) im Aug.2024: 1.972 Mrd US-Dollar, also ca. 2 Billionen US-Dollar, entspricht rund doppeltem Steueraufkommen von Deutschland.

Güteverfahren müssen angemessen sein, dürfen nicht manipuliert werden, schon gar nicht bei über 80 Jahre Familienzerschlagung, haben nichts mit Lügen und Betrügen zu tun:

Daher Güteverfahren am Amtsgericht mit Mehrrichter-Verfahren

mit Rückgabe des Digital-Gipfels wegen Weiterentwicklung zu KI-Gipfel, um Deutschland zur führenden KI-Nation in Europa zu machen, mit einem qualifizierten Familien-Unternehmen, gemäß

AGV-05. Einzufordern mit der Klage:
Rückgabe des Digital-Gipfel als Schlüssel für eine Zeitenwende für ganz Deutschland und Europa,
Neustart mit Schadenersatz und Entschädigung für Weiterentwicklung eines Familien-Unternehmens (auch als Familien-Stiftung machbar) zu einem führenden Innovationszentrum für eine bessere Zukunft mit Künstlicher Intelligenz in Deutschland und Europa
Benutzerfreundliche Digitalisierung mit mehr Qualität und Effizienz für zukunftssichere Arbeitsplätze, optimierbar mit künstlicher Intelligenz, anstatt
Digitalisierung-Notstand mit stornierten Chip-Fabriken und Milliarden-Subventionen ohne Perspektive in einer schrumpfenden Wirtschaft:
Beste Voraussetzung für erfolgreiches Deutschland als führende KI-Nation in Europa nach Beseitigung des Digitalisierung-Notstandes.

AGV-08. Güteverfahren am Amtsgericht mit Mehrrichter-Verfahren für Rückgabe des Digital-Gipfels,
seine Weiterentwicklung zu einem führenden KI/AI-Gipfel in Europa auf dem Weg von Deutschland zur führenden KI-Nation in Europa mit einem qualifizierten Familien-Unternehmen,
das bis zur Zerschlagung Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum erbracht hat (2001) mit einem voll digitalisierten Familien-Unternehmen und mit katastrophalem Einbruch nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, der weltweit größten Auktion aller Zeiten,
mit Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland.
Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, nach Aufbau und Entwicklung seiner herstellerneutralen ONLINE-Seminarreihe seit 1971, führend in Europa, u.a. auch mit einem mehrtägigen Seminar ONLINE III zur Ausbildung von Datenschutz-Beauftragten,
wegen professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement für Deutschland und Europa,
mit ersten KI-Congressen in den 1980er Jahren, mit einer Europäischen Congressmesse in der geteilten Hautstadt Berlin (1984) vor dem Mauerfall ohne Subventionen und
mit hochqualifizierten Zeugen aus aktiver Beteiligung auf den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und
mit hochqualifiziertem Nachweis durch historische Dokumente im Congressmesse-Archiv: über 1100 ISBN-nummerierte Congressbände, eine Vielzahl von Messe-Katalogen und detaillierten Programmbroschüren der Europäischen Congressmessen mit den weltweit größten Congressprogrammen in deutscher und englischer Sprache

Wie war das möglich? Das Familienunternehmen hat eine professionelle Digitalisierung und eine professionell geleitete, z.T.automatisierte Lieferkette (SCM Supply Chain Management) in jahrelanger Entwicklung aufgebaut, ohne einen einzigen Pfennig/Cent Subvention zu erhalten und bis heute 0 Schadenersatz.

Professionelle Digitalisierung des Familienunternehmens im Jahr 2000 als Basis für ein Innovationszentrum:
PC-unterstützte Arbeitsplätze in einem PC-Netz auf Ethernet-Basis mit mehreren Servern (4) im Untergeschoss eines repräsentativen Firmensitzes
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf

Digitalisierte Basis des Innovationszentrum in 2000:
Datenbank für alle PC-Arbeitsplätze mit
High Speed Internet Access (1,5 Mbit/s) & Streaming Media (Multimedia on Demand, YouTube-Gründung erst in 2005)
> > > http://www.euro-online.de/stream/
TK-Anlage mit
Computer Telephony Integration (CTI)
Telefonieren mit Maus-Klick auf gespeicherte Telefon-Nummer in der Datenbank
Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im gesamten deutschen Messewesen)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Xerox Document Centre im Netz mit Professionell Finisher (C- und Z-Falz für Briefe und Broschüren, für Werbekampagnen-Management und Herstellung von ISBN-numerierten Congressbänden, in 2003 mit äußerst zuverlässigen Werkstudentinnen aus China, denen er gerne nach Abschluss ihres Studiums ein Angebot gemacht hätte. Aber:

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > https://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > https://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > https://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Niemand in Deutschland hatte/hat ein vergleichbares Know-how als **Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum**
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter aller deutscher Gerichte nicht aberkennen können:

"8 Congresse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 ganztägigen Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu 32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche** waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit
zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen der innovationsorientierten Aussteller und
abschließenden, ganztägigen Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter. Diese Congressmessen, die mit dem

weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den heutigen
"Nationalen IT-Gipfel" (heute unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

1984, als der Eiserne Vorhang noch existent war, fand die Europäische Congressmesse des Klägers als Unterstützung für Berlin ohne Fördermittel im ICC Berlin statt. Sieh Anlage VE-02.
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Der Senat von Berlin hat die Kongressteilnehmer zu einem Empfang geladen. Kein Geringerer als der damalige Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt hat den Senatsempfang eröffnet.
Dr. Günter Rexrodt hat als Bundeswirtschaftsminister die Eröffnungsrede auf der ONLINE'96 in Hamburg gehalten. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde der Kläger und Berlin-Förderer wegreguliert. Sieh Anlage VE-02.
Nach der ONLINE'84 in Berlin wäre eine Förderung zur Weltmesse ONLINE sinnvoll gewesen. Statt dessen wurde eine 1.Weltmesse CeBIT'86 gegründet. ONLINE mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum + CeBIT mit Weltklasse-Business-Wachstum haben eine hervorragende Ausgangsbasis für das digitale Zeitalter geschaffen. Der Altbundeskanzler (1998-2005), der in den 80er Jahren den Computer als Jobkiller verteufelt hat (bei Wahlkämpfen an der Basis), hat
im Jahr 2000 die digitale Innovationselite in Deutschland (Kundenstamm der ONLINE) eliminiert, als Dotcom-Blase diffamiert, mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, der weltweit größten Auktion, die jemals durchgeführt worden ist, mit über 50 Mrd € für den Staatshaushalt und die Automobilbranche gefördert, mit einem Wirtschafts-Einbruch, der ihm in 2005 die Kanzlerschaft gekostet hat.
Die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, bis heute totgeschwiegen: Das Inhaber-geführte Familienunternehmen mit professioneller Digitalisierung, hatte Null Chancen. Sieh oben:
ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive. Familien-Unternehmen werden von Mitgliedern der Familien mit einer nachfolgenden Generation weitergeführt. Die Ehefrau des Klägers hat als Oberstudienrätin am **Immanuel-Kant-Gymnasium Heiligenhaus** den Schuldienst aufgegeben, um an leitender Stelle im Unternehmen mitzuarbeiten. Seine Kinder mit erfolgreich abgeschlossener Universitätsausbildung waren bereit, in einem voll digitalisierten Familienunternehmen mitzuarbeiten, mit Weltklasse-Höchstleistungen, aber ohne Perspektive.

Die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 dauern bis heute an:
2024: Digitalisierungsnotstand auf allen Ebenen
Digitalisierung-Notstand mit stornierten Chip-Fabriken und Milliarden-Subventionen ohne Perspektive in einer schrumpfenden Wirtschaft.
KI-Quasselrunden selbst als Talk-Veranstaltungen im Fernsehen.
Der Kläger erinnert sich an die 80er Jahre, in denen Trödelmarkt-Veranstalter auch Computermärkte organisierten.
Das KI-Zeitalter bringt unvermeidbar einen Umbruch in Wirtschaft und Verwaltung, in Politik und Gesellschaft.

Auch die Weltmesse CeBIT musste in 2018 eingestellt werden trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, weil Business-Wachstum ohne Innovationswachstum nicht möglich ist.

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum haben 0 DM Subventionen erhalten, der Kläger hat bis dato 0 EUR Schadenersatz erhalten, muss ein Pfändungsschutzkonto benutzen, zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, einen Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto und einen Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz ertragen.

Der Kläger ist nicht Schuldner, sondern das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 und lebenslanger Familienzerschlagung seit Geburt (1941). Kostenübernahme durch die beklagte Täterin! Daher Fortsetzung des Güteverfahrens mit Mehrrichter-Verfahren ohne judikative Befangenheit einzufordern.

Velbert, 15.Nov.2024

Albin L. Ockl

Begründung der sofortigen Beschwerde vom 01.Nov.2024 :

LGW-03. Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten und untauglichen Forderungen in Beschluss-gleicher Mitteilung vom 17.10.2024 (Anlage WU-06)
Von judikativem Boykott zu judikativer Manipulation in Gerichte übergreifenden Nonstop-Verfahren politischer motivierter Zerschlagungen mit anschließender sozialer Zerschlagung und mit Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubung und Psycho-Terror u.v.a.m.
Nach Telefonaten vom 28.10.2024 / 29.10.2024 mit zuständigem Bearbeiter am Amtsgericht Velbert sinngemäß: Richter hat die Seite mit der Unterschrift überschlagen, ordnungsgemäße Unterschrift ist vorhanden, Antrag auf Akteneinsicht so abgewehrt.
Zu bekämpfen: Fortsetzung der staatsanwaltlichen Sabotage der Klage mit Aktivierung sozialgerichtlicher Verfahren mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen, die dem Kläger mit politisch motivierter Zerschlagung nach dem 70.Lebensjahr aufgezwungen wurden.
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort, mit politischer Kumpanei sind die Fortsetzung von
lebenslanger Familienzerschlagung über mehr als 80 Jahre seit Hitler, die das Vorstellungsvermögen eines jungen Einzelrichters übersteigen, eines Einzelrichters, der die Respektlosigkeit der beklagten Bundesregierung vor Grundrechten nicht erkennen will, den Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal im letzten Verfahren ohne Stellungnahme hingenommen hat und offensichtlich längst nicht mehr unabhängig von der Beklagten entscheiden kann.
Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch von einem Deutschen Bundestag, egal mit welcher Mehrheit, nicht verändert werden können und bei Rechtsanwendungen zu respektieren sind. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland.
Zu erwarten: Erhöhter juristischer Druck durch Beklagte mit eigenen Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälten, beklagt wegen staatsanwaltlicher Sabotage der Klageverfahren seit Beginn der Klageverfahren, mit extremistischer Ausuferung zu mehrfacher Freiheitsberaubung, zu unbeschreiblichem Psycho-Terror mit sozialer Zerschlagung, mit einem Datenschutz-Skandal, mit einem Rentenplünderung-Skandal u.v.a.m.
Daher: Antrag auf Mehrrichter-Verfahren nicht verhandelbar.
Lebenslange Familienzerschlagung seit Hitler
mit extremistischer Fortsetzung von
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 gemäß AGV-01
unter persönlicher Verantwortung unter Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) gegen einen Staatsbürger im 84.Lebensjahr,
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001/2003
Zerschlagung 2 mit tödlichem Ausgang für seinen Vater (1945) und seinen Bruder (2012)

Corpus delicti 1940: Kunstmühle, bei der bayerische Großbauern (nahezu alle NSDAP-Mitglieder) ihr Getreide anliefern und in Warteschlangen warten mussten, um Mehl zu erhalten nach Warten in der Warteschlange (am Geburtsort, NSDAP-Großbauern haben sich gerächt mit Aufhebung der Kriegsdienstbefreiung)
Corpus delicti 1998: Künstliche Intelligenz (KI), Weiterentwicklung der Digitalisierung, in den Europäischen Congressmessen des Klägers bereits in den 1980er Jahren mit separaten Congressen bearbeitet, vorbereitet und seit 1998/2003 zerschlagen (am Wohnort: Firmensitz eines Inhaber-geführten Familienunternehmens mit Weltklasse-Höchstleistungen)
Heute deutsche Spitzenpolitiker auf dem von der Altbundeskanzlerin nach 2005 geraubten Digitalgipfel (aktuell 2024 in Frankfurt / Main):
Deutschland muss führende KI-Nation in Europa werden, deutsche Spitzenpolitiker wissen aber nicht, wie das geht, weil leistungsfähige Congresse in Verbindung mit einem qualifiziertem Innovationszentrum zur Umsetzung benötigt werden.
Auf dem Weg von der Kunstmühle zur Künstlichen Intelligenz mit lebenslanger Familien-Zerschlagung abgestraft!
Geraubter Digitalgipfel ist kein Wunschkonzert, sondern erfordert eine qualifizierte Unterstützung wie durch die Europäischen Congressmessen des Klägers in Verbindung mit einem qualifizierten Innovationszentrum, ohne Digitalisierungsnotstand, wie heute ohne fatale Auswirkungen für eine schrumpfende Wirtschaft.
Alle Familien-Mitglieder in Verbindung mit der Zerschlagung des Familien-Unternehmens mussten eigene Wege gehen, um zu überleben, um die hasserfüllte Zerschlagungswut einer katastrophalen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik über mehr als 25 Jahre und ihre Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 zu überleben, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von mehreren Klagen auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Entschädigung, trotz einer Vielzahl einer Beweisen und hochqualifizierter Zeugen : Sieh letztes Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 mit sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen das Urteil vom 26.06.2024, einer Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten und mit Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung.

Daher Antrag auf Fortsetzung der
Klage am Amtsgericht mit Mehr-Richter-Verfahren
mit dem Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde.
Güteverfahren haben nichts mit Lügen und Betrügen zu tun, geschweige denn mit Verfahrens-Manipulation.
Zu klären:
Warum über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit anschließender sozialer Zerschlagung?
Warum Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag gleichzeitig niedergeschlagen?
Von einer „blinden, taubstummen“ Altbundeskanzlerin mit einem skrupellosen „Trittbrettfahrer“ aus Bayern. Wie kann die Wahrheit in anderer Weise verbalisiert werden? Gerne, wie denn?
Bis heute war eine Aufarbeitung nicht möglich, wegen judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage!
In Güteverfahren: Nicht nur Schadenersatz, sondern auch Entschädigung für erlittenes Unrecht, lebenslang erlitten.

Nicht nur Schadenersatz für materielle Werte, sondern viel mehr Entschädigung für immaterielle Werte unter Respektierung von Ewigkeitsrechten.

Zu beantragen: Fortsetzung der
Klage am Amtsgericht mit Kapitel AGV-04.

AGV-04. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Ewigkeitsgarantie der unantastbaren Grundrechte
gemäß Art.79 Abs.3 GG:
Seit 1941, über 80 Jahre lebenslange Familienzerschlagung unter Hitler trotz Kriegsdienstbefreiung seines Vaters wegen Versorgung/Ernährung der Heimatbevölkerung (beerdigt in Kramatorsk, Ost-Ukraine, 1945), danach Zwangsabgabe des Mühlenbetriebs und Zwangsabgabe von Wohnraum an Flüchtige aus Sudetenland am Geburtsort, Fortsetzung der lebenslangen Familienzerschlagung mit über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (heute eines der weltweit wertvollsten Unternehmen), nach Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
> am Geburtsort: Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder (Anerbe) in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und Nachlass-Insolvenz,
> am Wohnort: Politisch motivierte Zerschlagungen
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, nach Aufbau und Entwicklung seiner herstellerneutralen ONLINE-Seminarreihe seit 1971, führend in Europa, u.a. auch mit einem mehrtägigen Seminar ONLINE III zur Ausbildung von Datenschutz-Beauftragten,
wegen professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement für Deutschland und Europa,
mit ersten KI-Congressen in den 1980er Jahren, mit einer Europäischen Congressmesse in der geteilten Hautstadt Berlin (1984) vor dem Mauerfall ohne Subventionen und
mit hochqualifizierten Zeugen aus aktiver Beteiligung auf den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und
mit hochqualifiziertem Nachweis durch historische Dokumente im Congressmesse-Archiv: über 1100 ISBN-nummerierte Congressbände, eine Vielzahl von Messe-Katalogen und detaillierten Programmbroschüren der Europäischen Congressmessen mit den weltweit größten Congressprogrammen in deutscher und englischer Sprache
2010: Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (parallel, zeitgleich), Antrag auf Rückgabe des Digitalgipfels wegen Zwangsenteignung durch politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort,
Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München in 2011, danach Zwangsversteigerung und Zwangsverkauf des Geschäftshauses am Wohnort
Antrag auf Rückgabe des Digitalgipfels wegen Enteignung durch politisch motivierte Zerschlagungen
Über 20 Jahre Zeit verloren zur Weiterentwicklung des Digitalgipfels auf den Europäischen Congressmessen

Nach Niederschlagung der Petitionen:
2012 am Geburtsort: Bruder nimmt sich das Leben nach einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin mit anschließender Nachlass-Insolvenz (Einziger Erbe: Kläger)
2013/2014 am Wohnort: Zwangsversteigerung / Zwangsverkauf des Geschäftshauses (repräsentative Gründerzeit-Villa als Firmensitz) zur Tilgung aller Bankschulden
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf
Nach Entschuldung: Einrichtung eines Pfändungsschutz-Konto.
Seit 2011: Nonstop-Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, aufgezwungen nach Niederschlagung der Petitionen
Judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage mehrfach wiederholter Klagen auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Entschädigung und mit Güteverfahren, weil ohne Unterstützung durch qualifizierte Rechtsanwälte, wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren,
bis heute sabotiert von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),
mit verfassungswidrigem Übermaß: Menschenrechte mit Füßen getreten mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Psycho-Terror bis zum Datenschutz-Skandal (Datenschutz nur für böse Leute?) und mit Rentenplünderung-Skandal ohne Skrupel auf Pfändungsschutz-Konto, dieses zum Schutz vor staatlichen Übergriffen.
Die Europäischen Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

AGV-05. Einzufordern mit der Klage:
Rückgabe des Digital-Gipfel als Schlüssel für eine Zeitenwende für ganz Deutschland und Europa,
Neustart mit Schadenersatz und Entschädigung für Weiterentwicklung eines Familien-Unternehmens (auch als Familien-Stiftung machbar) zu einem führenden Innovationszentrum für eine bessere Zukunft mit Künstlicher Intelligenz in Deutschland und Europa
Benutzerfreundliche Digitalisierung mit mehr Qualität und Effizienz für zukunftssichere Arbeitsplätze anstatt Digitalisierung-Notstand mit stornierten Chip-Fabriken und Milliarden-Subventionen ohne Perspektive in einer schrumpfenden Wirtschaft:
Beste Voraussetzung für erfolgreiches Deutschland als führende KI-Nation in Europa nach Beseitigung des Digitalisierung-Notstandes.
Einbringung in das Familien-Unternehmen durch Kläger:
Historische Originale des Congressmesse-Archivs in 1-Jahres-Abstand seit den 1970er Jahren: Über 1100 Congressbände (ISBN-nummeriert seit 1984) zu über 260 Congressen (4-tägig)
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 + Messekataloge + Programmbroschüren + Planungsunterlagen u.a.m.
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden und Petitionseingaben (Fortsetzung) notwendig, weil Amtsgericht und Beklagte ein Riesen-Problem haben und nicht erkennen wollen:
Verfassungswidrige Justiz zu politisch motivierten Zerschlagungen durch die Beklagte, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Täterin
Von Zerschlagungsorgien deutscher Parlamente zu Gerichte übergreifende Nonstop-Verfahren über 14 Jahre lang zu manipulierten Gerichtsverfahren am Amtsgericht.
Existenz vernichtende Niederschlagung der Petitionen (2010-2011) am Deutschen Bundestag in Berlin und am Bayerischen Landtag in München ohne Respektierung unantastbarer Grundrechte ist verfassungswidrig und Ursache für Gerichte übergreifende Nonstop-Verfahren seit 2011.

Petitionseingaben des Klägers am Deutschen Bundestag in Berlin bzw. Fortsetzung nach der Stellungnahme des BMWi vom 31.05.2010, nachlesbar mit Mausklick auf Internet-PDFs:

Im Schreiben vom 28.06.2010 folgende Punkte ausgeführt:
1. Die Stellungnahme des BMWi ist unqualifiziert.
2. Stellungnahme des BMWi ist irreführend
3. Stellungnahme des BMWi: Gipfel der Unwahrheit
4. Entgegen der Stellungnahme des BMWi: Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
5. Das BMWi hat Deutschland großen Schaden zugefügt
6. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
7. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb

8. Stellungnahme des BMWi zu Grundrechten betroffener Unternehmer: Fehlanzeige, Grundgesetz vor Telekommunikationsgesetz
9. Stellungnahme des BMWi ist nicht nur verantwortungslos, sie ist eine Unverschämtheit gegenüber dem Deutschen Bundestag
10. Punkte der parlamentarischen Prüfung
Ausführungen zu diesen Punkten nachlesbar mit Mausklick:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 12.07.2010:**
11. Wir klagen an: Verbrecherische Lüge des BMWi
12. Wir klagen an: Unternehmens-Genozid des innovationsorientierten ITK-Mittelstand
13. Stellungnahme des BMWi: Unerträgliche Infamie
14. Stellungnahme des BMWi: Diffamierung unserer Kooperationswilligkeit in Fortsetzung
15. Diffamierung unserer Anschreiben an das Bundeskanzleramt und das BMWi
16. Personelle Verantwortung der UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
17. Aufarbeitung der geschilderten Vorgänge seit der UMTS-Auktion 2000
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet1207.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 30.07.2010:**
18. Deutschland-Vision ohne UMTS-Auktion 2000 & ohne verheerende Folgewirkungen am Beispiel Estland & USA
19. Aufarbeitung und personeller Neuanfang: Voraussetzung für Trendwende
20. Erlöse aus der Mobilfunkversteigerung 2010: Priorität für Schadensbeseitigung aus UMTS-Auktion 2000
21. Was Deutschland und China gemeinsam haben: Menschenrechtsprobleme!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet3007.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 09.08.2010**
22. Unsere Petition zu unseren Grundrechten: Hilferuf wehrloser Bürger
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet0908.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 23.08.2010**
23. Beweis und Zeugnis für unglaubliche Vorgänge der UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen aus der Sicht eines führenden Großunternehmens
24. UMTS-Auktion 2000 mit transatlantischer Schadensdimension: Erkenntnisse und Konsequenzen nach 10 Jahren
25. Deutschland 2010: ITK-Innovationsfähigkeit verloren. Innovationsfähigkeit wiedererlangen?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet2308.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 18.10.2010**
26. Verfassungsbeschwerde zu unserem Petitionsverfahren
27. Gegenstand dieser Verfassungsbeschwerde
28. Hintergrund zu unserem Petitionsverfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet1810.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 02.12.2010**
29. Präsentation unseres Congressband-Archivs als sichtbarer Beweis (Antrag)
30. Zeugenbefragung als Mittel der Beweisführung (Antrag)
31. Besondere Befugnisse für den Petitionsausschuss gemäß Art 45c (2) des Grundgesetzes
32. Rehabilitierung unserer Congressmessen mit einem Centrum für Innovationstransfer und Innovationseffizienz

33. Petitionsausschuss muss jetzt handeln !
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet0212.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 15.12.2010**
34. IKT-Standort Deutschland 2009 mit weiterhin rückläufiger Marktbedeutung: Niedergang der ITK-Branche geht in das 11. Jahr!
35. Telekommunikationsgesetz: Kein Freibrief für ein Jahrhundert-Desaster
36. Eil-Antrag: Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels zur Wiedergewinnung der Innovationsfähigkeit in der ITK-Branche
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet1512.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 03.01.2011**
37. Massive Grundrechtsverletzungen ohne Abwehrmöglichkeit mit Negativ-Folgen für das System Deutschland
38. Nicht akzeptable Grundeinstellung: Unbequeme Probleme abwehren, Zuständigkeit ablehnen, Verantwortung abschieben
39. Ohne Wirkung definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundespräsidenten
40. Ohne Antwort definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundestagspräsidenten
41. Ohne Entscheidung nicht nachvollziehbar: Verfassungsbeschwerde zur Nutzung unseres Petition-Grundrechtes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Fortsetzung **im Schreiben vom 29.01.2011**
42. Informationsskandal: 10 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
43. Wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Aufgaben noch gerecht?
44. Unsere Petition beim Deutschen Bundestag: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?
45. Unsere Anträge beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags entsprechend dem Bundesgesetz gemäß Art 45c (2) GG
46. Unsere Anträge & Petition-Ziele: Warum sollten öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten Unterstützung geben?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Einspruch an den Petitionsausschuss **im Schreiben vom 19.12.2011**
47. Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses ist ein Skandal, weil dadurch nur seine Untätigkeit begründet und verdeckt werden soll
48. Abschlussprozedur im Deutschen Bundestag mit einer wahrheitswidrigen, unqualifizierten Beschlussempfehlung ist verabscheuungswürdig
49. Diffamierende Argumentation mit gravierenden Mängeln in der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses
50. Grundgesetzwidrig: Petitionsausschuss verweigert und verhindert Anerkennung der Grundrechte
51. Klageerhebung gegen die Bundesrepublik Deutschland mit einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren
52. Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerden im Oktober 2011
53. Handlungsbedarf für den Petitionsausschuss: Unterstützung der laufenden Gerichtsverfahren und Verfassungsbeschwerden
> > > Siehe oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf

Der Anspruch auf Rückgabe des Digital-Gipfels und auf Anerkennung eines weiter zu entwickelnden Innovationszentrums wurde immer wieder eingefordert, z.B. unter Punkt 22, 28, 50 u.a..

Petitionseingaben des Klägers am Bayerischen Landtag in München:

Petitionseingaben vor der Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit (Staatsminister Markus Söder mit Staatssekretärin Melanie Huml), nachlesbar mit Mausklick auf Internet-PDFs:
Die Petition wurde mit Eingabe vom 16.05.2010 eingereicht und die Beschwerden gemäß dem vorgegebenen Online-Formular des Bayerischen Landtags aufgelistet. Petition-Text mit Mausklick:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf

Die Beschwerden sind ausführlich beschrieben in einem Brief vom 12. Mai 2010 an Herrn Wolfgang Lippert, Landrat von Tirschenreuth. Der Brief nimmt Stellung zu den Punkten:
1. Rechtswidrige Errichtung eines Pumphauses auf dem Hofgrundstück meines Bruders
2. Kriminell: Wichtige Dokumente der Flurbereinigung vorenthalten
3. Grenzfeststellung entlang des Mühlbaches: schnellstmöglich und rechtsverbindlich nach Anerkennung der Grundstücks- und Wasserrechte
4. Stützmauer der Uferbefestigung aus der Mitte des Mühlbachs sofort entfernen
5. Wasserrechte: Wehranlage mit Hammerweiher. Kriminell: Zugang zum Eichpfahl verweigert
6. Kriminell: Retentionsräume der Hammerweiher beseitigt, Vertiefungen der Weiher in dem angegebenen Volumen wiederherzustellen
7. Antrag auf Erstattung bisheriger und weiterer Rechtskosten
8. Gipfel krimineller Energie: Beseitigung eines kreativen und leistungsfähigen Handwerksbetriebs
9. Bürgermeister: Wiederwahl im Jahre 2008 manipuliert, volle Verantwortung für rechtswidrige und kriminelle Vorgänge, Mitverantwortung des Gemeinderates
Dieser Brief wurde am 25.05.2010 als PDF an die Petitionsstelle im Bayerischen Landtag zugesandt und per Post vom Petenten nachgereicht. Der Brief ist nachlesbar im Internet mit Mausklick:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/landrat-TIR1.pdf

Der Petent war verwundert, dass weder der angeschriebene Landrat noch eine der Gemeinde Leonberg übergeordnete Stelle der Bezirksregierung Bemühungen unternommen haben, die rechtswidrigen Zustände in der Gemeinde Leonberg im Zusammenhang mit den Beschuldigungen des Petenten zu überprüfen und aus den Erkenntnissen Maßnahmen zugunsten des Petenten einzuleiten. Aus diesem Grunde wurde die **Argumentation mit Schreiben vom 21.07.2010 erweitert:**
10. Flurbereinigung 1987: Kriminelle Grundlage andauernder Rechtswidrigkeiten
11. Rechtswidrig: Wasserrechte entgegen den Vorgaben der Flurbereinigung beseitigt (Fortsetzung von Punkt 5)
12. Grundgesetzwidrige Enteignung: Privater Mühlbach ist kein Anliegerbach (Fortsetzung von Punkt 3)
13. Gesetzwidrige und verbrecherische Kumpanei von Wirtschaft und Verwaltung in Gemeinde Leonberg
14. Grundrechte des Petenten und Konsequenzen
Die Ausführungen zu den Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausklick:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet2107-w-ockl.pdf

Fortsetzung der Argumentation mit Schreiben vom 12.08.2010
15.Grundrechte im Landkreis Tirschenreuth: Hilferuf eines wehrlosen Bürgers
16. Repressalien bayerischer Verwaltung contra Grundrechte

17. Lebensmittelkontrolle des Landratsamtes: Krimineller Amtsmissbrauch contra Grundrechte
18. Lebensmittelkontrolle des Landratsamtes: Sofortige Entfernung des Pumphauses
19. Repressalien contra Grundrechte: Unerhört und ohne Vergleich in Deutschland
20. Weitere Repressalien gegen Grundrechte des Petenten?
Die Ausführungen zu den Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausklick:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet1208-w-ockl.pdf

Markus Söder war bereits als Staatsminister Schirmherr des 4.Volksstamm in Bayern (Sudetendeutsche Flüchtige, Zerschlagung am Geburtsort mit maßgeblicher Beteiligung von sudetendeutschen Klassenkamerad und Klassenkameradin an der Volksschule in Leonberg (1947-1952), später Bürgermeister von Mitterteich/Leonberg bzw. Landrat von Tirschenreuth (Ehefrau), in Zusammenwirken mit der Nachfolgegeneration ehemaliger NSDAP-Großbauern, unter persönlicher Beteiligung des genannten Staatsministers und seiner Staatssekretärin).

AGV-06. Einzufordern mit der Klage, weil:
Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch nicht mit 2/3 Mehrheit im Deutschen Bundestag geändert werden können.
Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, das gilt auch für §253 Abs.2 Nr.2 und §130 Abs.4
Nicht mehr vorstellbar:
Amtsgericht manipuliert und verweigert Gerichtsverfahren mit wahrheitswidrigen Begründungen in einem Schreiben, das vom Urkundsbeamten beglaubigt ist
Wahrheitswidrig, weil Klageschrift entgegen der richterlichen Behauptung unterschrieben ist.
Wahrheitswidrigkeit ermittelt, weil Kläger auf Akteneinsicht bestanden hat und per Telefonat am 29.10.2024 seine Unterschrift bestätigt wurde und nicht unterlassen wurde.
Beklagte will nicht lesen, kann nicht lesen, seit 2010: Lesen heißt, Inhalte erfassen, Zusammenhänge erkennen, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen verhindern nach dem Lesen.
Nämlich: Anlagen werden nicht kommentarlos vorgelegt, sondern schon im Hinweis auf die Anlage eine erste Stellungnahme/Übersicht mit erkennbaren Zusammenhang vorgenommen: Sieh Anlage WU-06 a)
Beklagte verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen am Deutschen Bundestag, am Bayerischen Landtag, für Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort des Klägers, weil Petitionen zwar zugelassen, aber Grundrechte nicht respektiert werden.
Beklagte lässt Klagen durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2011 sabotieren,
Beklagte mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ist verantwortlich für Freiheitsberaubungen, Psychoterror, Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, Datenschutz-Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen
Kläger hat Mehrrichter-Verfahren beantragt, weil ein Einzelrichter nicht in der Lage ist, der Menschenrechte verachtenden Zerschlagung unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin, ihrer Helfer und Helfershelfer, unter Respektierung der Grundrechte gewachsen zu sein, ohne wahrheitswidrig zu werden.
Faktenlage:
Über 80 Jahre Familienzerschlagung, über 25 Jahre Zerschlagung eines Inhaber-geführten Familien-Unternehmens mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum der Digital-Branche seit 1998, dem Gründungsjahr von Google.
Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen!
Wert von Alphabet Inc. (Google) im Aug.2024: 1.972 Mrd US-Dollar, also ca. 2 Billionen US-Dollar, rund doppeltes Steueraufkommen von Deutschland.

Vorgelegtes Berechnungsmodell für Schadenersatz völlig ungenügend und ungeeignet für Güteverfahren
zu über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit Geburt des Klägers, mit der Vater und Bruder in den Tod gezwungen wurden, in dem hier nicht einmal die Auszahlung gewährleistet ist, auch wenn sofortige Anlieferung möglich wäre, aber nicht ist.
Güteverfahren zu Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, sind kein grundrechtsfreier Raum, müssen angemessen sein. Rechtsanwendungen zu Güteverfahren sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Es geht um Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes (schon in 2000 mit einem voll digitalisierten Unternehmen, ohne Zerschlagung heute garantiert mit KI), Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen,
am Wohnort (Z1), am Geburtsort (Z2), unter Mitwirkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3), extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen (Z4), mit verfassungswidrigen Übermaß (Z5), mit Datenschutz-Skandal, mit Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubungen, Psycho-Terror u.a.m.
Kläger hat sich intensiv gewehrt nach erzwungener Einstellung seiner Europäischen Congressmessen seit 2003, ohne jede Chance. Er war gezwungen, seine Familie zu schützen, seine Frau und seine Kinder.
Seine Kinder, nach erfolgreichem Abschluss der Universitätsausbildung zum Zeitpunkt der staatlichen UMTS-Auktion 2000 bereit, in das Familien-Unternehmen einzutreten, mussten gezwungener Maßen, entgegen aller Planungen, getrennte Wege gehen.
Kläger hat definitiv Anspruch auf ein Sonderverfahren, das angemessen ist und dieser Jahrhundert-Zerschlagung einigermaßen gerecht werden kann.

Situation: Nach Manipulation der Klage-Eröffnung durch Überschlagen (Überlesen) der Unterschrift durch Einzelrichter, und obwohl Mehrrichter-Verfahren mit Richtern ohne Befangenheit beantragt und unerlässlich in Anbetracht des Klageumfang gegen weisungsgebundene Staatsanwälte und zusätzliche Anwälte der Beklagten, sowie mit Antrag auf ein angemessenes Sonderverfahren, darüber hinaus die sofortige Einstellung von Kontopfändungen unverändert auf Pfändungsschutz-Konto bis zu abgeschlossenem Vollzug von Schadenersatz und Entschädigung: daher
Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde.

Velbert, 01.Nov.2024

Albin L. Ockl

Klage vom 03.10.2024 mit den Kapiteln AGV-01 und AGV-02

AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),
mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)
Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021),
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)
75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:
> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Zu AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),
mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)
Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

Sieh **Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Grob-Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen

Sieh **Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott von Güteverfahren** in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Professionelles Wissensmanagement mit historischen Dokumenten über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche, Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm
Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,
mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . . **"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Praxis-Seminare, insgesamt
57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin mit Demo- und Beratungsständen
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8 &e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001.
Hohe Verluste mit Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Sieh **Anlage VE-03:**
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38 an das Landessozialgericht
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),
ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für

Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am (Ober-)Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024
Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)
BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024

(Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert,
mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren
in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit,
mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier
nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser

respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.
> **Anlage VB-2352 Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF, mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,

Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Zu AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)
75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:
> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Das Zerschlagungsopfer hat sich seine Täter nicht aussuchen können.
Täter mit persönlicher Verantwortung für die politisch motivierten Zerschlagungen Z1-Z5, mit erdrückender Beweislage längst geklärt:

Gerhard Schröder **(1998-2005 Bundeskanzler, Jahrgang 1944)**
heute sanktionierter „Lobbyist“eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes, Krieg verursachender Profiteur mit Riesenschaden für Deutschland, Europa und die freie Welt.
Schröder war als Ministerpräsident im Plenum seiner Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg, der Unterzeichner hat ihn persönlich eingeladen, in Abstimmung mit einem qualifizierten Congressleiter, und sein Thema vorgeschlagen:
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
(Scroll down after link to ONLINE'91)
Anlass der Einladung. Wahlkampf an der Basis
missbraucht für Verteufelung des Computers als „Jobkiller“, bis 1990

nach der Wiedervereinigung, Themenvorschlag für seinen ONLINE'91-Referatsbeitrages mit Congressleiter und mit „Fingerspitzen-Gefühl“ abgestimmt.

Dr. Angela Merkel **(2005-2021 Bundeskanzlerin, Jahrgang 1954,** Fortsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis 2021), Bundesministerin aus der ehemaligen DDR seit der Wende (1991), mit einem Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier seit 2005, direkt persönlich involviert, mit Enteignung des Digitalgipfels seit 2006 (Zerstörung der Existenz-Grundlage), in herausgehobener Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg** **mit Russland/Putin-Nähe**, ohne Reue und Selbstkritik nicht nur für ihre Russland-Politik. Die Bundeskanzlerin hat intensive Bemühungen des Klägers um den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen unterbunden. Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in Verbindung mit demonstrativem Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler und der ARD-Vorsitzenden Monika Piel (nach mehreren Anschreiben und Verfassungsbeschwerde) nachgewiesen.

Frank-Walter Steinmeier **(1999-2005 Chef des Bundeskanzleramtes, Jahrgang 1956,** Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder, nach 2005 als Stellvertreter der Bundeskanzlerin in der GROKO, heute Bundespräsident), direkt persönlich involviert mit Zerschlagung seiner Existenzgrundlage,
wurde anlässlich der ONLINE'91 von Schröder als Medienreferent eingestellt, nach 2005 in führender politischer Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg** **(10 Tage nach seiner Wiederwahl) mit Russland/Putin-Nähe**

Dr. Markus Söder, CSU, Ministerpräsident Bayerns seit 2019 (Staatsminister seit 2007), Schirmherr des neu ernannten 4.Volksstamms in Bayern, der Sudetendeutschen, Jahrgang 1967, in politischer Kumpanei mit der Bundeskanzlerin einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung, mit gemeinsamer Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München,
persönlich verantwortlich für eine Treib-und Hetzjagd unter Beteiligung sudetendeutscher Kommunalpolitiker gegen seinen Bruder, bis in den wirtschaftlichen Ruin und **bis in den Tod in 2012**, mit Nachlass-Insolvenz am Geburtsort des Klägers, mit langjähriger Unterstützung durch das Verwaltungsgericht Regensburg.

Dr. Ole Schröder, heute im Vorstand der SCHUFA Holding AG, Schlüsselbedeutung für **Datenschutz-Skandal** mit „Hass“ im SCHUFA-Netz, bis März 2011 Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU, Chef des Bundeskanzleramts im Kabinett von Merkel I, hat zusammen mit der Bundeskanzlerin intensive Bemühungen des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen verhindert), danach unter Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), sowie seine Frau, **Kristina Schröder,** Bundesministerin im Kabinett Merkel II, Niederschlagung der Petition mit Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags in 2010/2011.

Siehe **Anlage VE-01:** Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024, Seite 11:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf

Judikativer Boykott aller Klagen zu über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 und mit Datenschutz-Skandal

Weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes: Sabotage der Klageverfahren und Güteverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland, mitverantwortlich für Datenschutz in Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers
> Unbestreitbar: Persönliche Verantwortung von Merkel / Söder zu politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin Eva-Maria Michel (1997-2022), mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF, mit Wissen aller Bundespräsidenten, mit Wissen aller Ministerpräsidenten aller Bundesländer, mit Wissen aller Staatsorgane.

75 Jahre Grundgesetz sollten endlich ausreichen, um die Respektierung von Grundrechten im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal zu erreichen. Bis heute werden Gerichtsverfahren und Güteverfahren wegen grundgesetzlichen Anspruch (Art.34 GG) auf Rehabilitierung und Schadenersatz verhindert, am Landgericht Wuppertal und am Verwaltungsgericht Berlin u.a. wie z.B.
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Sieh Gerichtsverfahren mit judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal:
2 O 70/15 Klage gegen die Deutsche Bundesregierung,
2 O 163/16 Klage gegen die Bayerische Staatsregierung.
Sieh Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin und am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg:

Der Verfasser wurde nach judikativen Boykott am Landgericht Wuppertal in 2017 gezwungen, beide Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin und Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (**Aktenzeichen: OVG 11 RM 3/23,** OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)
fortzusetzen, die erneut entschieden haben, die Gerichtsverfahren **nach judikativem Boykott eines Güteverfahrens in 2023** erneut an Zivilgerichte abzuschieben.
Sieh **Anlage LSG-37**
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352 (Boykott Güteverfahren)
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
nicht mehr nachvollziehbar, offensichtlich im Zusammenhang mit der **persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)

Weisungsgebundene Staatsanwälte erfinden in Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträger ständig neue Verfahren, um Rehabilitierung und Schadenersatz (Schadenersatz-Sabotage) abzuschieben und zu verhindern:
Soziale Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu sozialer Aussperrung, sozialer Spaltung, sozialer Diskreditierung mit Datenschutz-Skandal und Eskalation heuchlerischer Güteveranstaltungen zu entwürdigenden, verfassungswidrigen Schauprozessen.
Das sind die wahren Gründe für judikativem Boykott von Güterichter-Verfahren
Heuchelei und Oberflächlichkeit ist keine akzeptable Option für Güteveranstaltungen, selbstverständlich wird auch eine hinreichende Qualität von Unterlagen zur Durchführung benötigt, um die der Kläger sehr besorgt ist.

Zu klären ist, ob das angelieferte Beweismaterial der
Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal (Klagen mit judikativem Boykott am Landgericht) verfügbar ist:
2 O 70/15 Klage gegen die Deutsche Bundesregierung (Z1)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
2 O 163/16 Klage gegen die Bayerische Staatsregierung (Z2)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Das angelieferte Beweismaterial am Landgericht
umfasst 6 große ELBA-Ordner (Z1: 4 Ordner, Z2: 2 Ordner)

Weiteres Beweismaterial
zu den politisch motivierten Zerschlagungen Z3, Z4, Z5 mit durchgeführten Gerichtsverfahren verfügbar.

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des

Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Opfer verhöhnende Dreistigkeit der Forderungsaufstellung der RAe caspers mock des beklagten Sozialversicherungsträgers
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit 2011 mit abschließenden Verfassungsbeschwerden
Hier letzte Verfassungsbeschwerden seit 2022

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf

> Neue Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert
gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

> Neue Verfassungsbeschwerde (hier) vom 01.01.2023 gegen 27.Kammer am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22
wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286/380)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 (judikativer Boykott von Güteverhandlungen)
weil Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz nicht nur im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 sabotiert werden,
sondern auch im (ober)verwaltungsgerichtlichen Verfahren OVG 11 M 21/21 (VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
weil weisungsgebundene Staatsanwälte mit sozialer Zerschlagung politisch motivierte Zerschlagung fortsetzen, jede Kausalität leugnen und selbst „Güteverhandlungen" verhindern
weil mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht / Sozialgericht zum Amtsgericht) nur noch Justiz-Versagen erzwungen wird

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 380)

Das Zerschlagungsopfer hat sich seine Täter nicht aussuchen können.
Täter mit persönlicher Verantwortung für die politisch motivierten Zerschlagungen Z1-Z5, mit erdrückender Beweislage längst geklärt:
In den politisch motivierten Zerschlagungen Z4 und Z5 (soziale Zerschlagung mit Datenschutz-Skandal sind auch Sozialgerichte involviert bzw. der Sozialversicherungsträger und weisungsgebundene Staatsanwälte mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto im Zuge der sozialen Zerschlagung involviert). Immunitätsschutz der Haupttäter ist der wesentliche Grund für Güteverfahren.
Güteverfahren sind legitime Verfahren, verfassungswidrige „Hybridverfahren" sind dafür nicht erforderlich.

Fortsetzung gemäß Anlage VB-2352:
OVG 11 RM 2/22 (judikativer Boykott von Güteverhandlungen)
Aktenzeichen: OVG 11 RM 3/23 (OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Brutal verfassungswidrig:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 82.Lebensjahr
> brutal verfassungswidrig
Staatsorgane übergreifend, **Gerichte und Verfahren übergreifend,** Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend, mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen

Hier: Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)

Albin L. Ockl, (Kläger und Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren) gegen
Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte und Beschwerdegegnerin, Täter mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte)

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Verfassungsbeschwerden seit 2010
Brutal verfassungswidrig: Wenn Grundrechte im Deutschen Bundestag und im Bayerischen Landtag (z.B. Petitionsgrundrecht) zur Verfestigung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 zusätzlich missbraucht werden, ohne Wissen der Petenten!
1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf

2010: Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München, niedergeschlagen von der CDU/CSU-Fraktion unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (Altbundeskanzlerin/Ministerpräsident von Bayern)
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit totalem Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen
2023: Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Fortsetzung unter Begründung zu **Güteverfahren >**
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, 2023 im 82.Lebensjahr,
erzwungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000, zerschlagen durch verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion (60.Lebensjahr), mit politischer Zielsetzung der Zerschlagung, ohne Antwort auf Hilferufe

mit qualifizierten Projektvorschlägen für digitales Innovationswachstum, mit extremistischer Ausuferung der Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin seit 2011 (70.Lebensjahr), zwischenzeitlich Klage am Landgericht Wuppertal mit Trennung nach Wohnort (2 O 70/15) und Geburtsort (2 O 163/16), danach Fortsetzung der Verfahren mit Schreiben des Verwaltungsgerichts Berlin vom 03.März 2017 (76.Lebensjahr), Zerschlagung mit Beteiligung von ARD und ZDF, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

(Fortsetzung des Güteverfahrens mit laufender Nummerierung)

164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF, mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert

Der Kläger und Beschwerdeführer hat mit Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Stellung genommen zum Schreiben (OVG 11 RM 3/23 vom 9.Juni 2023, eingegangen am 16.06.2023) mit
Antrag auf Durchführung des Güterichterverfahren ohne Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte des Beklagten, unterstützt durch Vollstreckungsgericht und Obergerichtsvollzieherin mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO:
Güterichterverfahren zu 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen.
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 12.05.2023 wegen Bescheidung

nach Zusendung termingerechter Verfassungsbeschwerden vom 10.April 2023 (1 BvR 149/23) und 31.März 2023 (2 BvR 538/23) mit Schriftsatz vom 22´04.2023
Die Stellungnahme in den Kapiteln 161 bis 163:
Kapitel 161. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005),
unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
Totales Justiz-Versagen zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011
Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
> Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1) mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
> Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz
unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010
> Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3) mit Rückendeckung durch das Bundeskanzleramt
> Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4) mit Weisungsbefugnis des Bundeskanzleramts
> Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,
gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,
mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service gegen Rentner im Schlafanzug,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,
mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,
> Weisungsbefugnis des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten vom Kanzleramtsminister,

> mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010
> mit kapitalen Vermögensschäden
> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation
Kapitel 162. Antrag auf Durchführung des Güterichterverfahren mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO
Güterichterverfahren zu 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen.
> Güterichterverfahren unter Respektierung von Grundrechten gegen beklagten Täter, der Güterichter-Verfahren mit weisungsgebundenen Staatsanwälten bekämpft.
> Güterichterverfahren gegen beklagten Täter, der mit weisungsgebundenen Staatsanwälten Schadenersatz-Sabotage betreibt, nach Polizei-Terror im Januar 2023 zum Psycho-Terror parallel zum Güterichter-Verfahren gegen Zerschlagungsopfer, dem vom Täter aufgezwungen:
> Pfändungsschutz-Konto mit niedrigen Pfändungsschutzgrenzen, ohne Kreditkarte, selbst ohne Dispo-Kredit
> verfassungswidrige Sozialversicherungen mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 gegen Rentner im 82.Lebensjahr
> Internet-Link zum Güteverfahren:
Konfliktlösungen ohne Gewinner und Verlierer? Täter und Opfer auf Augenhöhe? Erklärungsbedürftig!
Brutal verfassungswidrig: Opferverhöhnung im Güterichter-Verfahren
> Antrag auf direkte Kostenübernahme durch den Täter bei Anreise des Opfers zum Oberverwaltungsgericht
> Antrag auf Vorverfahren zum Güterichterverfahren wegen erdrückender Beweislage am Wohnort des Klägers
> zu über 25 Jahren Europäische Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution und danach
> zu 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Kapitel 163. (Wiederholung von 155.) Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage
>Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa **in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin** u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
Aktueller Zusatz: Nicht nur alle Intendanten von ARD und ZDF, **sondern auch alle Landesregierungen der Bundesländer waren über die politisch motivierte Zerschlagung informiert** (Anlage OVG2023-07)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 231)

Wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge hat der Kläger das Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerde angerufen. Die Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen
von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa **in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a**.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010**:
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004) auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
ONLINE und KOMMTECH:Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur **Vorbereitung der Wiedervereinigung**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, **erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000**, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite
im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter
persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)

2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. **Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert**. Sieh Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)
Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)
2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, unter **persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten**
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes Deutscher Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit **verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)**

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin

Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen.

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln der Verfassungsbeschwerde sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Mit den beiliegenden Verfassungsbeschwerde muss endlich eine Bescheidung zum Antrag auf Durchführung eines qualifizierten Güteverfahrens erreicht werden.

Der Beschwerdeführer hat eine erdrückende Beweislage vorgelegt:
Weltweit größtes Congressangebot mit professioneller Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Besonders diskriminierend: Aus einer Vielzahl qualifizierter **Anschreiben an die Alt-Bundeskanzlerin** kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: **Wie lange noch?**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
> Scroll down after link (> page 9 ff)

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 18)

Besonders frustrierend: Der Beschwerdeführer hat sich besonders darum bemüht, den
Alt-Bundeskanzler mit Unterstützung durch Congressleiter an den Computereinsatz heranzuführen, weil unter ihm an seiner Parteibasis der Computer als „Jobkiller“ verteufelt wurde. Der Altbundeskanzler hat mit politisch motivierter Zerschlagung, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, auf seine Weise „gedankt“: Sieh
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down to ONLINE 1991
> > > 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin,
unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
mit nachgewiesener Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF, mit sozialer Zerschlagung aus verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften u.v.a.m.
sind nicht hinnehmbar.

Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit verfassungswidriger Kranken- und Pflegeversicherung, gegen Sabotierung und Boykottierung von Rehabilitierung und Schadenersatz aus 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74)

Es ist brutal verfassungswidrig, dass der Beklagte, Täter politisch motivierter Zerschlagungen, mit Staatsanwälten, mit Vertragspartnern aus einem Staatsvertrag und mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Staatsgewalt missbraucht, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu sabotieren**: mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren zu verheerenden Folgewirkungen, die mit politisch motivierten Zerschlagungen in Gang gesetzt wurden, die vom Opfer im 82.Lebensjahr nicht mehr verhindert werden können, und **es ist brutal verfassungswidrig,** wenn Gerichte in Gerichtsverfahren, die seit 2011 andauern, Klagen unterdrücken, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu boykottieren.** Das ist totales Justiz-Versagen.

Der Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nach 26 Jahren Europäische Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in 2003
ist hinreichend begründet. Die Bescheidung dieses Antrags ist mehrfach mit Verfassungsbeschwerde eingefordert.
Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, jetzt im 83.Lebensjahr, erwartet, dass der Weg zu Rehabilitierung und Schadenersatz endlich freigegeben wird. Bis heute hat das das Opfer in seinem gesamten Leben keinen einzigen Pfennig Fördergelder und keinen einzigen Cent Schadenersatz erhalten.
Für Weltklasse-Höchstleistungen zur digitalen Evolution in Deutschland und Europa.

Velbert, 03.10.2024

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (?, weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941).

Anlagen der Klage vom 01.11.2024

Anlage WU-07: Nachweis mit sowjetischem Kriegsdokument gemäß AGV-02
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Anlage WU-06: Brutal verfassungswidrig
Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters mit wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit mit Zielsetzung verfassungswidriger Rechtsanwendungen unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten in Gerichte übergreifenden Verfahren politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren gegen Rentner im 84. Lebensjahr
Anlage WU-06 a) Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters vom 17.10.2024 entgegen Antrag auf Mehrrichter-Verfahren mit **wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit** am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24) u.a.
Anlage WU-06 b) Mitteilung des Sozialgerichts Düsseldorf (S 46 P 302/24) vom 25.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit **wiederholtem, verfassungswidrigem Mobbing** der RAe des Sozialversicherungsträgers in beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024
Anlage WU-06 c) Mitteilung des Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen vom 28.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024 mit Begründung zur **Beitragserhöhung vom 20.11.2020 zu verfassungswidriger Sozial-**

Grundversicherung (Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutz-Konto zum **Schutz vor staatlichen Übergriffen mit Rentenplünderung-Skandal**

Anlagen der Klage vom 03.10. 2024:

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,
Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen" verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch

motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit
Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche
Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm

Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,
mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001
Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für

verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),
ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine
Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer

skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)
BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit, mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.

an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164.** **Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,
mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:
Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)
als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vorgelegt
BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010:**
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern**.**
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)
2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern(Z2, Beweise 2), unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes.
Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen,

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin
Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351 und Anlage VB-2352

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07
Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die **Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance**

gegen Umverteilungspolitik
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.
Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:
Rückblick 26 Jahre ONLINE:
> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1
>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE
>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf
>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe
>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003 Die gesamte Congressmesse
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse
http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin zugesandt:

Anlage OVG2023-01: Erneute Zusendung der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)
Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher
Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen

> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Anlage OVG2023-01:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Neue Verfassungsbeschwerde
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,
Beweise und Klage unterdrückt werden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Anlagen im Schriftsatz vom 12.Dez.2022

Anlage OVG2022-01:
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal, am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage VB-2304:
27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR/WDR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
nach verfassungswidrigem Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler Schröder:
Altbundeskanzler, sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung am 08.12.2022 ohne Zugang des Zerschlagungsopfers zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept. 2021 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2021-31:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2018 (1BvR 1959/21) zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren am VG Berlin
OVG 11 M 21/21 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
(VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur bundesweiten Sippenzerschlagung,
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit **Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page 155)

Anlage OVG2021-01 (Anlage LG-00)
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Anlage OVG2021-02
Zweite Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 15.06.2014)
mit erdrückender Beweislage in 4 großen Beweis-Ordnern
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
'Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 24)
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter
Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 03)

Umfangreiche Beweisanlagen zur zweiten Klage in 4 Ordnern:

Anlagen im Beweis-Ordner 1

Von den in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit Nationalem IT-Gipfel und dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation:
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Beweis-Ordner 1
Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm
Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation
Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Beweis-Ordner 2
Europäische Congressmessen für digitale Evolution
mit Nationalem IT-Gipfel im jährlichen Turnus vor und nach der
Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …
Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf
ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Professioneller Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 3.00 im Beweis-Ordner 3: Übersicht Ordner 3

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, **Dr. Martin Weigele**
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf
Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, **Innovationsmarkt irreversibel vernichtet**
Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"
Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .**"
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz - ohne Chance für Verständnis
Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback
Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg
Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)
Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004
Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004
Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik
Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf
Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf
Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung

nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – ohne Chance gegen betonierte Umverteilungspolitik

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche – ohne Chance bei Bundesregierung und EU-Kommission

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf
Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf
Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Wand des Schweigens!

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf
Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf
Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf
Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf
Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf
Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf
Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf
Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher Missbrauch des Petitionsgrundrechtes
Deutscher Bundespräsident lässt „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf
Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf
Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) **an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlagen im Beweis-Ordner 4
Weiter führende Beweismittel über politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und durch staatliche Diskriminierung Anlagen zur Ermittlung des Schadenersatz-Anspruches für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
Erste Anzeichen für politisches Umdenken

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik
Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und

Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration
> > > 32 ganztägige Symposien + 5 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012) Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie
Bundesminister Alexander Dobrindt (2014) schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in **Ordner 3:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger (Feb.2015) & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlage OVG2021-03: 24 mal angemahnt
Ständige Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017

Anlage OVG2021-03a:
1. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen **mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als**
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des

Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17**, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17**, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), **erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.**
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens

mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Anlage OVG2021-03b:
2. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in

Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist **Rehabilitierungsanspruch**.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Anlage OVG2021-03c:
3. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)
nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage OVG2021-03d:
4. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: **Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld**
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlage OVG2021-03e:
5. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Anlage OVG2021-03f:
6. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage
86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller

Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit
Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut
(Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Anlage OVG2021-03g:
7. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden,

ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Anlage OVG2021-03h:
8. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung
89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Anlage OVG2021-03i:
9. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)
Anlage OVG2021-03j:
10. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?
93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Anlage OVG2021-03k:
11. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage OVG2021-03l:
12. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Anlage OVG2021-03m:
13. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998,
20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018
mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als
Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa: Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03n:
14. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst,
nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft,
mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst

in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:
Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz
wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und **Heimat**
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden **und Zerschlagung der bayerischen Heimat**
Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Anlage OVG2021-03o:
15. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)
Anlage OVG2021-03p:
16. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Anlage OVG2021-03q:
17. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Anlage OVG2021-03r:
18. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!
121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmaßnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Anlage OVG2021-03s:
19. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeforder
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03t:
20. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Anlage OVG2021-03u:
21. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Anlage OVG2021-03v:
22. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
mit wiederholtem Antrag auf
Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998
(20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
130. Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und
wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz
131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft
gedeckt mit Mauer des Schweigens
unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland
zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung
öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller
Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden
hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen
Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen,
diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung
aus dem Bundeskanzleramt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

Anlage OVG2021-03w:
23. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.
132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019
mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheibchenweise bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !
Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann
Derart skandalös: Warum?
Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft
Politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter
Zerschlagungsopfer musste
scheibchenweise die ganze Wahrheit ausgraben
gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer
Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht
Staatliches Unrecht ist das Resultat einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998
mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter
134. > 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen

Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
> 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter
> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunksperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten
21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz
9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!
Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist
Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf

Anlage OVG2021-03x:
24. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer rechtsanwaltlichen Vertretung
über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn
136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung
Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)
mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und
wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)
mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen

und kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden
Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne
137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch Verwaltungsgericht Berlin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68)
Anlagen im Schriftsatz vom 16.Feb.2020
Anlage VGB2020-01 (Anlage Jura-01)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020
wegen Fortsetzung eines nicht mehr hinzunehmenden Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einem verfassungswidrigen Urteil ohne Wissen des verurteilten Opfers
(Kompaktversion mit Kapitelübersicht)
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 241)
Anlage VGB2020-02
Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten:
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität; Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln,
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg,
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
mit Anlage Jura-01 (s.o.), Jura-02, Jura-03
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-UNI01.pdf

Alle bisher an das Verwaltungsgericht Berlin zugesandten Anlagen und Legende aller Schriftsätze seit 15.06.2014:
Sieh Folgeseiten, in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS200 0-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68+17)

Anlage OVG2021-04: Beschlüsse und Gerichtsbescheide
Anlage OVG2021-04a: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017
Anlage OVG2021-04b: Gerichtsbescheid VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021
Anlage OVG2021-04c: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-05:
Aus Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 Anlage VB-29 (29a-29c) in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21: **Söder / Huml / Eck** direkt beteiligt an politisch motivierter Sippenzerschlagung
VB-29a) Sudetendeutscher Stammesverband, Vierter

Stammesverband in Bayern mit Schirmherrn **Dr. Markus Söder**
Direkte, persönliche Beteiligung an politisch motivierter Sippenzerschlagung zur Unterstützung krimineller Umverteilungspolitik der CSU in Bayern durch
Melanie Huml, CSU, seit 2003 im Bayerischen Landtag, seit 2007 Staatssekretärin der Bayerischen Staatsregierung, seit 2018 Staatsministerin für Gesundheit und Pflege
Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, danach Staatssekretär im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
VB-29b) Niederschlagung der Petition an den Bayerischen Landtag durch Melanie Huml mit Schreiben vom 16.08.2010, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern (Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern
> > > www.damwild-ockl.de/doku/innenstaatssekr.jpg)
VB-29c) Klageerhebung vom 06.Juli 2016 am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16 bis Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17)
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und
wegen kapitaler Vermögensschäden
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge:
Wendelin Josef Ockl, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth
Albin Ludwig Ockl, Dipl.-Ing., alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders
(Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch den Freistaat Bayern,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese vertreten von dem leitenden Staatsminister,
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Anlage OVG2021-06:
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018
Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. Anschreiben (a) und 2. Anschreiben (b)
> > > http://planning.euro-on line.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Bundespräsident antwortet nicht
trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden
trotz höflicher Bitte um Unterstützung als Brückenbauer gemäß der Sicht seiner Rolle als Bundespräsident

Anlage VB-10 im Schriftsatz vom 08.Aug.2019
Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung
nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).
Anlage VB-11
Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit
> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 77)
> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017
> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-0
Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Anlage VB-12
Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)
Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß
Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf
Scroll down after link (page 34)
Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren** mit beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage VB-0
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019
Anlage VG190102-01
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018
Anlage VG181126-01
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und
mit Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
Anlage VG181126-02
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018
und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin
nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018
Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter

Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018
Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:
Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018
Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)
Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1

ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens
(teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84
Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. "Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach

Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

Amtsgericht Velbert
10 C 234/24
Klage gegen
Bundesrepublik Deutschland

Nedderstraße 40
42549 Velbert

Velbert, 01.Jan.2025

Hier: Ablehnungsgesuch gemäß §41 ZPO Abs.6./7./8.
gegen Einzelrichter am Amtsgericht Dr. Krieger und Fortsetzung nach Verfassungsbeschwerde vom 01.Dez.2024 und nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 15.11.2024 wegen Nicht-Bescheidung von:
Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
in Beschluss-gleicher Mitteilung vom 17.10.2024 (eingegangen am 24.10.2024) nach zwei Telefonaten mit zuständigem Bearbeiter
Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz (inkl. angemessene Entschädigung gemäß Ausführungen) und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 01 / 89 / 189 / 297)

Begründung der Fortsetzung mit Unterschrift auf Seite 22:

AGV-09. Ablehnungsgesuch gemäß §41 ZPO Abs.6./7./8.
gegen Einzelrichter am Amtsgericht Dr. Krieger
nach Verfassungsbeschwerde vom 01.Dez.2024 mit Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren, einem Mehrrichterverfahren mit unabhängigen Richtern gemäß Kapitel BVERFG-414
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 01/20)
Aufzuklären nicht nur materieller Schadenersatz,
sondern vielmehr immaterielle Schäden durch
judikativem Boykott, staatsanwaltliche Sabotage, überlange und Gerichte übergreifende Verfahren, verfassungswidriges Übermaß und warum keine Chance mit Unterstützung durch RAe?
und einiges mehr, auch am bayerischen Geburtsort nach Erkenntnissen aus lebenslanger Familienzerschlagung durch „NSDAP-Großbauern“ ohne vergleichbare STASI-Aufarbeitung, aber mit Erbe an Folgegenerationen in Kumpanei mit sudetendeutschen Klassenkameraden der Volksschul-Zeit und danach im kommunalen Management gegen Bruder (Anerbe) mit Hetze in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlassinsolvenz unter der Schirmherrschaft des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten (Schirmherr des 4.bayerischen Volksstamm der Sudetendeutschen, parallele Niederschlagung der Petitionen im Bayerischen Landtag in Kumpanei mit Altbundeskanzlerin im Deutschen Bundestag).
Nach Tod des Vaters 1945 in der Ukraine: Zwangsabgabe des Kunstmühlenbetriebs an und Zwangsabgabe von Wohnraum an sudetendeutsche Vertriebene unter Steuerung von NSDAP-Großbauern, die selbst vom Kriegsdienst befreit waren.
Heute: Völliges Versagen eines Grundgesetzes, das auch nach 75 Jahren den Anspruch, solche Zustände wie unter Hitler zu verhindern, nicht erfüllen konnte!
Mit einem abhängigen Einzelrichter am Amtsgericht und mit beklagten, weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck einer beklagten Ampel-Regierung nach Ampel-Aus mit andauernden Pfändungsschutz-Skandal.
Jetzt lückenlose Aufarbeitung Vorrang vor allen anderen Folgewirkungen: Weisungsgebundene Staatsanwälte mit einem abhängigen Richter sollten endlich den Weg freimachen.

AGV-10. Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren: Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa:
> Von Kunstmühlenbetrieb (Spitzenleistung der Getreideverarbeitung vor über 80 Jahren in Bayern) bis zur Künstlichen Intelligenz (Spitzenleistung der Digitalisierung mit ersten Kongressen zu KI bereits in den 1980er Jahren)
> Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
> Hemmungslose politisch motivierte Zerschlagungen durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), ohne sich Gedanken zu machen, welchen Schaden sie Deutschland, Europa, dem Kläger und seiner Familie zufügt haben,
ohne Grundrechte zu respektieren,
mit einem Deutschen Bundestag und seiner Ausschüsse, die Grundrechte in gleicher Weise zu respektieren haben
> Kein Zufall: Vater des Klägers beerdigt in Kramatorsk (Ost-Ukraine, 1945 Opfer des Hitler-Unternehmen Barbarossa trotz Kriegsdienstbefreiung, weil unabkömmlich für Ernährung der Heimatbevölkerung, aber kein NSDAP-Mitglied)
> Aufzuarbeiten: Politisch motivierte Zerschlagungen als Fortsetzung lebenslanger Familienzerschlagung seit Hitler, wegen Ukraine-Krieg aktueller denn je!

AGV-11. Schröder / Merkel / Ampel-Aus / Wahl des Deutschen Bundestags: Fördern und Fordern
mit grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
Mit Künstlicher Intelligenz für die Zukunft von Deutschland und Europa erfolgreich zu sein mit Orientierung am Weltmarktführer, mit einer Weiterentwicklung der Europäischen Congressmessen nach Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum vor der politisch motivierten Zerschlagung, mit einer Weiterentwicklung seines Familienunternehmens nach lebenslanger Familienzerschlagung
> nach Abhilfe-Bemühen für einen Altbundeskanzler, der beim Wahlkampf an der Basis (1990) den Computer als Jobkiller verteufelt hat, mit seiner Einladung in das Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm
Klick auf >>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
> für einen Altbundeskanzler, der später das Internet als Dot-Com-Blase verteufelt und damit für die Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der UMTS-Auktion 2000 missbraucht hat (heute Digitalisierung-Notstand)
> für einen Altbundeskanzler, der mit Männerfreundschaft den russischen Präsidenten in den Ukraine-Krieg (seit 2022) geführt hat u.v.a.m.
> mit Niederschlagung von 2 Petitionen, simultan und parallel an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München durch politische Kumpanei der Altbundeskanzlerin mit einem Bayerischen Staatsminister (heute Ministerpräsident)
Desolate Faktenlage für KI in Deutschland: Grundsätzlicher Kurswechsel, weil
> Europa weit hinter USA (KI-Weltmarktführer mit 60% Weltmarkt-Anteil, mit wachsendem Vorsprung vor China und Rest der Welt)

> Deutschland hinter UK, Indien, VAE, Frankreich, Südkorea.
> Förderung der Abhilfe von Mängel und Notständen: Lean Management, Lean Government, Bürokratieabbau, Privatisierung, Fachkräfte-Einsparung, Effizienz-Steigerung der Arbeitsplätze u.a.m.
Hoher Investitionsbedarf für Fortschritte und Innovationswachstum der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz mit Orientierung am Weltmarktführer:
Europäische Congressmessen adressieren nicht den Endbenutzer, sondern Entscheider mit Multiplikatorwirkung!

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 297)

AGV-09. Ablehnungsgesuch gemäß §41 ZPO Abs.6./7./8.
gegen Einzelrichter am Amtsgericht Dr. Krieger
nach Verfassungsbeschwerde vom 01.Dez.2024 mit Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren, einem Mehrrichterverfahren mit unabhängigen Richtern gemäß Kapitel BVERFG-414
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 01/20)
Aufzuklären nicht nur materieller Schadenersatz,
sondern vielmehr immaterielle Schäden durch
judikativem Boykott, staatsanwaltliche Sabotage, überlange und Gerichte übergreifende Verfahren, verfassungswidriges Übermaß und warum keine Chance mit Unterstützung durch RAe?
und einiges mehr, auch am bayerischen Geburtsort nach Erkenntnissen aus lebenslanger Familienzerschlagung durch „NSDAP-Großbauern“ ohne vergleichbare STASI-Aufarbeitung, aber mit Erbe an Folgegenerationen in Kumpanei mit sudetendeutschen Klassenkameraden der Volksschul-Zeit und danach im kommunalen Management gegen Bruder (Anerbe) mit Hetze in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlassinsolvenz unter der Schirmherrschaft des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten (Schirmherr des 4.bayerischen Volksstamm der Sudetendeutschen, parallele Niederschlagung der Petitionen im Bayerischen Landtag in Kumpanei mit Altbundeskanzlerin im Deutschen Bundestag).
Nach Tod des Vaters 1945 in der Ukraine: Zwangsabgabe des Kunstmühlenbetriebs an und Zwangsabgabe von Wohnraum an sudetendeutsche Vertriebene unter Steuerung von NSDAP-Großbauern, die selbst vom Kriegsdienst befreit waren.
Heute: Völliges Versagen eines Grundgesetzes, das auch nach 75 Jahren den Anspruch, solche Zustände wie unter Hitler zu verhindern, nicht erfüllen konnte!
Mit einem abhängigen Einzelrichter am Amtsgericht und mit beklagten, weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck einer beklagten Ampel-Regierung nach Ampel-Aus mit andauernden Pfändungsschutz-Skandal.
Jetzt lückenlose Aufarbeitung Vorrang vor allen anderen Folgewirkungen: Weisungsgebundene Staatsanwälte mit einem abhängigen Richter sollten endlich den Weg freimachen.

Der Kläger (Beschwerdeführer),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren unter persönlicher Verantwortung von mit Immunität geschützten Spitzenpolitikern (sieh Kapitel AGV-02), mit missgünstigen Helfern und Helfershelfern,
Kläger seit 2011 nach Petitionen an den
Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und an den
Bayerischen Landtag in München (2010),
musste und muss miterleben,
wie sein grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG) von einem Gericht an das andere weitergeschoben wird (**judikativer Boykott** sogar von Güteverfahren), **wie staatsanwaltliche Sabotage** mit Ver- und Behinderung von weiteren Klagen und mit verfassungswidriger Eintreibung von Gerichtskosten nach judikativem Boykott jetzt von weisungsgebundenen Staatsanwälten auch noch missbraucht wird zur **Fortsetzung der Rentenplünderung** auf Pfändungsschutz-Konto

(Pfändungsschutz wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen unter Weisungsdruck der Beklagten) bis zu
Schädigung mit Grundbuch-Eintragungen des Privat-Hauses.

Fakt ist:
a) Der abgelehnte Einzelrichter hat das 1.Güteverfahren (Dauer 16 Min. mit Videowandvernetzung) auf eine einzige Frage reduziert: „Haben Sie bezahlt? Ja oder Nein?“
vor einer hinter einer Videowand vernetzten Hassgemeinschaft.
Sieh **Anlage LSG-33**
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/ hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des klagenden Sozialversicherungsträgers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..

Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „*Hybrid-Sitzung*“(?) mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem verfassungswidrigen Shitstorm, der vom Kläger in zeitraubenden Verfahren abzuwehren war.

Fakt ist:
b) **Der abgelehnte Einzelrichter** hat die Eröffnung des 2.Güteverfahren manipuliert / abgelehnt mit der Behauptung, die Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland wäre nicht unterschrieben, entgegen der Wahrheit, die einfach „nur“ gebeugt wurde.
Sieh **Anlage VE-09**
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2924 wegen
Abwehr eines verfassungswidrigen, manipulierten 2.Güteverfahrens am Amtsgericht Velbert zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland
mit/nach Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen

Urteile vom 19.März 2024 / 26.Juni 2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23, eines 1.Güteverfahren als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten mit Zurückweisung aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11, Anlage VB-2415) und nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 (AR 5755/24) gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 01)

Fakt ist:
c) Der Kläger hat ein **Mehrrichter-Verfahren** beantragt entsprechend der längst geklärten Vorgänge (Spitzenpolitiker und Justiz mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage haben Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten) mit **Zerschlagung 1 (Z1), Zerschlagung 2 (Z2), Zerschlagung 3 (Z3), Zerschlagung 4 (Z4), Zerschlagung 5 (Z5).**
Der abgelehnte Einzelrichter hat sich erneut selbst eingesetzt, ohne auf diesen Antrag einzugehen und die Eröffnung des 2.Güteverfahrens mit Beugung der Wahrheit verhindert (manipuliert).

Fakt ist:
d) Für ein Güteverfahren ist eine unabhängige Gütegemeinschaft erforderlich und **nicht eine feindliche Hassgemeinschaft**. Vertrauen des Klägers in eine angemessene Gütevereinbarung ist erforderlich. Vertrauen, das ständig gebrochen wird, gibt es nicht mehr. Ein Einzelrichter als Sprachrohr einer feindlichen Hassgemeinschaft aus über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen kann nur bekämpft werden.
Die vom Einzelrichter zu verantwortenden Gerichtsverfahren sind in Zerschlagung Z4 (Soziale Zerschlagung) und
Zerschlagung Z5 (verfassungswidriges Übermaß) enthalten. Daher **§41 ZPO Abs.6./7./8. u.a.m. wegen Ablehnung.**

AGV-10. Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren: Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker
wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa:
> Von Kunstmühlenbetrieb (Spitzenleistung der Getreideverarbeitung vor über 80 Jahren in Bayern) bis zur Künstlichen Intelligenz (Spitzenleistung der Digitalisierung mit ersten Kongressen zu KI bereits in den 1980er Jahren)
> Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
> Hemmungslose politisch motivierte Zerschlagungen durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), ohne sich Gedanken zu machen, welchen Schaden sie Deutschland, Europa, dem Kläger und seiner Familie zufügt haben,
ohne Grundrechte zu respektieren,
mit einem Deutschen Bundestag und seiner Ausschüsse, die Grundrechte in gleicher Weise zu respektieren haben
> Kein Zufall: Vater des Klägers beerdigt in Kramatorsk (Ost-Ukraine, 1945 Opfer des Hitler-Unternehmen Barbarossa trotz Kriegsdienstbefreiung, weil unabkömmlich für Ernährung der Heimatbevölkerung, aber kein NSDAP-Mitglied)
> Aufzuarbeiten: Politisch motivierte Zerschlagungen als Fortsetzung lebenslanger Familienzerschlagung seit Hitler, wegen Ukraine-Krieg aktueller denn je!

Fakt ist:
e) Lebenslange Familienzerschlagung, die nach wie vor in Z2 (am Geburtsort) unerträgliche Auswirkungen zeigt und über Z1 neu entfacht wurde (Schröder/Merkel/Söder). **Missgünstige Zeitgenossen wittern ihre Chance bei Zerschlagung durch Immunität-geschützte Spitzenpolitiker**. Ungeheuerlich: Selbst Richter boykottieren Gerichtsverfahren. Weisungsgebundene Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck einer beklagten Bundesregierung. **Genauso unerträglich wie Antisemitismus!**
Sieh Kapitel AGV-06 (Verfassungsbeschwerde Seite 17):
Kläger hat Mehrrichter-Verfahren beantragt,
weil ein Einzelrichter, als Sprachrohr einer feindlichen Hassgemeinschaft, nicht in der Lage ist, um Menschenrechte verachtenden Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin, ihrer missgünstigen Helfer und Helfershelfer, unter Respektierung der Grundrechte zu beurteilen, ohne wahrheitswidrig zu werden.

Faktenlage:
Über 80 Jahre Familienzerschlagung, über 25 Jahre Zerschlagung eines Inhaber-geführten Familien-Unternehmens mit und wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Spitzen-Innovationswachstum der Digital-Branche seit 1998, dem Gründungsjahr von Google. Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen - ohne Ende! Wie lange noch?
Wert von Alphabet Inc. (Google, gegründet 1998) Dez.2024:
2.323 Mrd US-Dollar, also über 2 Billionen US-Dollar, also mehr als das doppelte Steueraufkommen von Deutschland.

Fakt ist:
f) Z2, Z3, Z4, Z5 ausschließlich wegen Z1 verursacht. Z4 (Soziale Zerschlagung, verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen) wird mit Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren (staatsanwaltliche Sabotage) seit 2011 vorrangig so intensiv betrieben, dass selbst für Verfahren zur kausalen Z1 nicht die erforderliche Zeit bleibt.
Materielle und immaterielle Schadensbewertungen über einen längeren Zeitraum mit beträchtlicher Schadenserhöhung sind zu bewerten, allein von der Beklagten zu verantworten.

Fakt ist:
g) Zerschlagung Z1: Kläger hat bereits mehrfach Zinseszins-Rechnungen vorgelegt, ständig mit dem Ergebnis des judikativen Boykotts am Verwaltungsgericht Regensburg, am Landgericht Wuppertal, am Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Verwaltungsgericht Berlin trotz ständiger Verfassungsbeschwerden seit 2010:

> **1.Schadensberechnung** an Bundesrepublik Deutschland / Landgericht Wuppertal 2 O 70/15 mit judikativem Boykott zu Z1:
Beweise 1 für Zerschlagung 1 (Z1)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 17)
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage (Anlage 7.7 Gesamtübersicht Teil 1 Schadenersatzanspruch wegen materieller Nachteile Teil 1 mit Einforderung weiterer Ansprüche beim Verwaltungsgericht Berlin)

> **2.Schadensberechnung** an Bundesrepublik Deutschland / Verwaltungsgericht Berlin nach zweimaliger Klage-Erhebung:
2011 an Verwaltungsgericht Köln und Weiter-Verschiebung an Verwaltungsgericht Berlin
Schadenersatzberechnung Z1 mit Schriftsatz vom 28.Aug.2017 (auf Papier:121 Seiten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)
Z1 Schadenersatz-Anspruch: 36 Mio EUR plus 14 Mio als angemessene Entschädigung wegen Zerschlagung eines voll digitalisierten Familienbetriebs mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne Wiederaufbau bis jetzt.
Das Finanzierungsvolumen für den Wiederaufbau einer KI-gestützten Organisationsbasis (Informationstransfer für digitales Innovationswachstum mit professionellem, zeitgemäßem Wissensmanagement im KI-Zeitalter mit Innovationen in Technik, Wirtschaft und Gesellschaft) gemäß

Rehabilitierungsanspruch nach 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen und überlangen Nonstop-Gerichtsverfahren, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen, mit Neuaufbau wird auf zusätzlich 50 Mio EUR geschätzt.
Schadenersatz Z1 plus Rehabilitierung: (50 + 36 + 14) Mio € = 100 Mio € plus Zinsen seit 2024 plus Weiterentwicklung einer KI-gestützten Organisationsbasis)
Schadenersatzberechnung Z1 plus angemessene Entschädigung auch ohne Wiederaufbau.

Zu beachten:
Erste Klage-Erhebung vor dem Verwaltungsgericht Köln mit Schriftsatz vom 11.03.2011 und Weiterverschiebung an Verwaltungsgericht Berlin
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf
Beschluss (1 K 1530/11) des Verwaltungsgerichts Köln vom 22. März 2011 mit Verweisung des Verfahrens an das Verwaltungsgericht Berlin
Zweite Klage-Erhebung vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Schriftsatz vom 15.06.2014 und Weiterverschiebung an Verwaltungsgericht Berlin
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)

Verweisung des Schadenersatzanspruchs an Landgericht Wuppertal, Aufteilung des Schadenersatzanspruchs
für Z1: 2 O 70/15
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
für Z2: 2 O 163/16
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal Rückholung der **Schadenersatzverfahren durch Verwaltungsgericht Berlin**
für Z1, Z2: **VG 27 K 308.14**
und Z3 in Abstimmung mit Verwaltungsgericht Düsseldorf später eingeschlossen und mit judikativem Boykott wieder ausgeschlossen!

Hinweis:
Das Zerschlagungsopfer hat sich seine Täter (Immunität-geschützte Spitzenpolitiker) nicht aussuchen können.
Täter mit persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder für die politisch motivierten Zerschlagungen Z1-Z5, mit erdrückender Beweislage längst geklärt.
Darüber hinaus offensichtlicher Zusammenhang mit > > >
Seit 2000 Richterin am Verwaltungsgericht Berlin, von März 2017 bis April 2022 beurlaubt, seit Mai 2022 wieder in Teilzeit: Elke Büdenbender, Ehefrau von Frank-Walter Steinmeier (ehemals Kanzleramtschef 1999-2005). Derart auffällig > > > **Judikativer Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** seit 2022!

Judikativer Boykott der Ersten Klage in 2011
nach Niederschlagung der Petitionen (2012 bis in den Tod seines Bruders mit Nachlassinsolvenz am Geburtsort)
2014 Erneute Klage und Abschiebung der **Zweiten Klage an Landgericht Wuppertal, 2017 nach judikativem Boykott**
Rückholung der Klagen Z1 und Z2 durch Verwaltungsgericht Berlin, und Z3 in Abstimmung mit Verwaltungsgericht Düsseldorf später eingeschlossen

Judikativer Boykott am Verwaltungsgericht Berlin mit Verweisung an Zivilgerichte in 2022:
Sieh **Anlage LSG-37 an Landessozialgericht in NRW**
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler (1998-2005) und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352 Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

> Schadensberechnung an Freistaat Bayern / Verwaltungsgericht Regensburg angeblich wegen letzter Betriebsschließung ohne Verschulden seines Bruders mit Hetze bis in den Tod (2012): 567.670,53 € + Zinsen seit 2012
> > > https://www.damwild-ockl.de/doku/VGE2-Lkontrolle.pdf
Scroll down after link (page 19)

2.Berechnung wegen Zerschlagung am Geburtsort / Landgericht Wuppertal 2 O 163/16, Beweise 2 für Zerschlagung 2
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf
Scroll down after link (page 17)

Fakt ist:
h) Politisch motivierte Zerschlagung am Geburtsort (Z2): Hetze gegen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod aus Verzweiflung (2012) nach lebenslanger Familienzerschlagung seit Hitler, unter NSDAP-Großbauern und geflüchteten Sudetendeutschen (Volksschul-Kameraden des Klägers im kommunalen Management), abschließend mit Söder als Schirmherrn des 4.Volksstamm in Bayern in politischer Kumpanei mit Altbundeskanzlerin nach parallelen Petitionen an Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag in 2010, nachgewiesen/niedergeschlagen am Bayerischen Landtag von Staatssekretärin Melanie Huml unter Staatsminister Markus Söder in 2010/2011):
Materielle Verluste: **Kunstmühle** mit automatisierter Mehl-Erzeugung und wassergetriebener Energie-Erzeugung, **Qualitäts-Backwaren-Erzeugung** mit überregionaler Auszeichnung, mit Damwild-Gehege, mit Lieferung an über 40 Verkaufsstellen. Nachlassinsolvenz, durch kommunale Kläranlage verseuchtes Geburtshaus abgerissen, Immobiliengrund, Geschäftsimmobilie, vermietete Wohnimmobilie wegen Schuldentilgung an neue Eigentümer.
> > > https://www.damwild-ockl.de/
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf
Immaterielle und materielle Nachteile: 1**0 Mio €**

Fakt ist:
i) Zusätzliche Forderung zu Z2: Aufhebung der Grundbuch-Eintragungen, erzwungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal 2 O 163/16 erzwungen und vom Kläger zurückgewiesen:
Irrwitzige Forderungen mit Pfändungs- und Einziehungsverfügung des Finanzamtes vom 07.02.2018 als Teil eines teuflischen, Menschenrechte verhöhnenden Unrechtssystems :
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-Bay01.pdf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Fakt ist:
j) Der Kläger hatte früher eine Kontoverbindung zur Commerzbank, bestehend aus der Zeit eines längst zurückbezahlten Hypotheken-Darlehens der EURO-HYPO AG: Grundbuch-Eintragungen nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal 2 O 163/16 sind ein Hohn und kein Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.
Sieh Anlage VE-10 und VE-11 mit Schriftsatz an Amtsgericht Velbert.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-Bay01.pdf
Scroll down after link (page 21)
Sieh **Anlage VE-10 und Anlage VE-11**

Fakt ist:
k) Politisch motivierte Zerschlagung unter massiver Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
Nach judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Verwaltungsgericht Berlin an Amtsgericht Velbert. Sieh
Kapitel 180 im Schriftsatz vom 03.März 2023 an Verwaltungsgericht Düsseldorf
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/WDR2023-0.pdf
Scroll down after link (page 001)
180. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig mit grundrechtsgleichem Anspruch auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
gegen Widerspruchsbescheid des Beklagten und
gegen Zwangsvollstreckung, wegen 100 % Mittäterschaft des Beklagten an den politisch motivierten Zerschlagungen von Beginn an,
weil politisch motivierte Zerschlagungen nicht nur am Wohnort (Z1), sondern auch am Geburtsort (Z2) seit 25 Jahren (seit 1998) mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod, mit Nachlass-Insolvenz, mit einer skrupellosen Täter-Phalanx unter Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin,
gegen den Kläger mit kapitalen Verstößen gegen jede Medienordnung, mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF unter Federführung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit 1997 und stellvertretende WDR-Intendantin seit 2008 bis 2022 (Z3), 25 Jahre lang,
mit Missbrauch multimedialer Raubkopien aus seinen Congressmessen, mit Versagung von Politmagazinen über politisch motivierte Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Verhinderung des Wiederaufbaus seiner Europäischen Congressmessen. Daher:
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Verfassungsbeschwerde
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem

Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wurde,
Beweise und Klage unterdrückt wurden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023
„25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998“,
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)
mit Anlage WDR-02/23
Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegebenen Anlagen einschließlich der separaten Beilage von Programmbroschüren, Congressmesse-Katalogen und 14 Congress- und Tutorial-Bänden der Europäischen Congressmesse ONLINE'98, auf der multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Management-Symposien der Congresse unter **persönlicher Verantwortung von Eva-Maria Michel, WDR-Justitiarin seit 1997**, angefertigt und ohne unser Wissen für weitere Veranstaltungen missbraucht wurden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 256)
Entschädigung mit Schadenshöhe: 5 Mio €

Fakt ist:
I) Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung (Z4) in Gerichte übergreifenden Verfahren
Soziale Zerschlagung (Z4) mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (diskriminierende Sonderlösungen für Grundversicherungen der Krankenversicherung und Pflegeversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto (zum Schutz gegen staatsanwaltliche Übergriffe) seit 2010
mit Nonstop-Gerichtsverfahren nach Petition an den Deutschen Bundestag seit 2011
mit Datenschutz-Skandal (mit Hass im SCHUFA-Netz) und
mit Rentenplünderung-Skandal seit 2021 (seit 80.Lebensjahr, skrupellose Pfändung bis zum Pfändungslimit)
Gerichte übergreifende Verfahren am Amtsgericht Velbert und Sozialgericht Düsseldorf
(zur Zeit am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)
L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf))
Verfassungswidriger Missbrauch des Sozialstaats für politisch motivierte Zerschlagungen (es gibt keinen grundrechtsfreien Raum im Sozialstaat) seit 2010
Entschädigung mit Schadenshöhe: 5 Mio € (abhängig von Entscheidungen am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf
Scroll down after link (page 69)

> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise4.pdf
Sieh weitere Stellungnahmen in Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 01)

Fakt ist:
m) Entschädigung wegen verfassungswidrigem Übermaß (Z5):
nicht erschöpfend, nur wesentliche Vorgänge zu
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 Beweise 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Fortsetzung lebenslanger Familienzerschlagung, mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung,
mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn,
am Wohnort (Z1) in NRW und am Geburtsort in Bayern (Z2)
mit Verlust eines Menschenlebens (2012 Todesopfer, Z2)
mit kapitalen Vermögensschäden (Z1 und Z2)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz (Politik-Versagen) in andauernden Gerichtsverfahren (Justiz-Versagen) unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3: ÖRR-Skandal / Schlesinger-Skandal / Eva-Maria-Michel-Skandal), der nicht nur bei der Zerschlagung helfen wollte, sondern auch seine Politmagazine für das Opfer gesperrt hat unter persönlicher Verantwortung von WDR-Justiziarin seit 1997 und stellvertretender WDR-Intendantin seit 2008 bis 2022
und Missbrauch von Sozialgesetzen zu sozialer Zerschlagung (Z4)
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Verfassungswidrige Strafverfahren / Ordnungswidrigkeitsverfahren / Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert wegen Verfassungswidrigem Missbrauch des Sozialstaats für politisch motivierte Zerschlagungen (es gibt keinen grundrechtsfreien Raum im Sozialstaat) seit 2010: dem Opfer wurde verfassungswidrige Sozialversicherungen aufgezwungen und es wurde dann mit Nonstop-Gerichtsverfahren bis heute gejagt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf
mit Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal mit hasserfüllten Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz in krimineller Kumpanei mit
Dr. Ole Schröder, heute im Vorstand der SCHUFA Holding AG, Schlüsselbedeutung für **Datenschutz-Skandal** mit „Hass“ im SCHUFA-Netz, bis März 2011 Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU, Chef des Bundeskanzleramts im Kabinett von Merkel I, hat zusammen mit der Altbundeskanzlerin intensive Bemühungen des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen verhindert), danach unter Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU).
Verfassungswidrige Strafverfahren / Ordnungswidrigkeitsverfahren / Nonstop-Verfahren seit 2011 und zweimal Freiheitsberaubung mit verfassungswidrigen JVA-Service für sabotierende, weisungsgebundene Staatsanwälte

1.Freiheitsberaubung im Juni 2014 ohne Haftbefehl und mit Klage-Erzwingungsverfahren beim Oberlandesgericht Düsseldorf und Rechtsbeschwerde am Bundesgerichtshof sowie

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 vom 14.Feb.2016
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
mit
BVERFG-03(2AR). „Herrschaft des Unrechts“ in einem Rechtsstaat sieht so aus:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt.
Art.1 Abs.1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“
Gewalttätiger Polizist: ***„Halt endlich deine dreckige Fresse“***
2.Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018 mit dunkelrotem, nicht kopierfähigen Haftbefehl und mit Wissen des Bundespräsidenten, der keine „Brücke bauen“ wollte.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)
Das Opfer, zu diesem Zeitpunkt 77-jähriger Rentner im Schlafanzug, das keinen physischen Widerstand geleistet hat, forderte Respekt ein mit Hinweis auf Art.1 Abs.1 des Grundgesetzes (Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt). Ein gewalttätiger Polizist (4-Mann-Team + Schlüssel-Gehilfen) konterte:
"Das ist das Grundrecht auf Gefangennahme“
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 27)

Fakt ist:
n) Zeuge zu Datenschutz-Skandal: Sieh Verfassungsbeschwerde vom 17.09.2024
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (AR 2655/24)
vom 17.09.2024
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 334)
Anlage VB-2416 (aus Anlage SGH der Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 Seite 84)
Nachweis für Datenschutz-Kompetenz des Beschwerdeführers:
Seminar-Prospekt der Seminarreihe >online< an der Technischen Akademie e.V. Wuppertal aus 1976
Anlage SGH:
Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob** und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation)

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren.

Fakt ist:
o) Demonstrativer Rücktritt von
Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010 unmittelbar nach Bitte um Unterstützung seiner Petition an den Deutschen Bundestag:
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Demonstrativer Rücktritt von
WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
nach Bitte um Unterstützung seiner Petition an den Deutschen Bundestag: **„** An
Frau Monika Piel, ARD-Vorsitzende und Intendantin des WDR
Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats
Petition Pet 1-17-09-703-005442 Velbert, 29.01.2011
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
Daher:
Entschädigung mit Schadenshöhe: 5 Mio €

Fakt ist:
p) Politisch motivierte Zerschlagung des Familien-Unternehmens. Der Schaden betrifft alle Familienmitglieder!
Die Ausbildung der Kinder des Klägers war auf die Fortsetzung des Familienunternehmens ausgerichtet, sie haben sich mit einem erfolgreichem Studium an der RWTH Aachen und an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main auf den Firmeneintritt vorbereitet, im Jahr nach der UMTS-Auktion 2000, im Jahr 2001, nach der ONLINE 2001 haben die verheerenden Folgewirkungen dieser Auktion voll durchgeschlagen und die Fortsetzung bis heute verhindert.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6)
Sieh Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt! Das Ende des Familienunternehmens mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum

Entschädigung mit Schadenshöhe: zu bewerten.

Fakt ist:
q) Wiederaufbau des Familienunternehmens mit unveränderter Zielsetzung der Europäischen Congressmessen Familienunternehmen mit führender Technikunterstützung entsprechend dem aufgezeigten Stand digitaler Innovationen. Deutschland auf dem Weg zur führenden KI-Nation in Europa mit Orientierung am Weltmarktführer! Erschließung der Problemlösungspotentiale mit künstlicher Intelligenz mit aktueller KI-Unterstützung
Künstliche Intelligenz ist eine neue Dimension in der Weiterentwicklung der Digitalisierung

zu digitalisierter Automation, eine digitale Technologie, die es Computer und Maschinen ermöglicht, menschliche Intelligenz und Problemlösungsfähigkeiten zu simulieren.

Weder der Kläger ebenso wie sein Vater und sein Bruder noch die zerschlagenen Familienunternehmen haben je auch nur einen einzigen Pfennig Subvention und keinen einzigen Cent als Schadenersatz erhalten, aber Tod und Hetze bis in den Tod!

Einzufordern ist eine angemessene Entschädigung für materiellen und immateriellen Schaden für schnellen Wiederaufbau und für schnelle Erreichung ausgewiesener Leistungsfähigkeit gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG.

AGV-11. Schröder / Merkel / Ampel-Aus / Wahl des Deutschen Bundestags: Fördern und Fordern
mit grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
Mit Künstlicher Intelligenz für die Zukunft von Deutschland und Europa erfolgreich zu sein mit Orientierung am Weltmarktführer, mit einer Weiterentwicklung der Europäischen Congressmessen nach Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum vor der politisch motivierten Zerschlagung, mit einer Weiterentwicklung seines Familienunternehmens nach lebenslanger Familienzerschlagung
> nach Abhilfe-Bemühen für einen Altbundeskanzler, der beim Wahlkampf an der Basis (1990) den Computer als Jobkiller verteufelt hat, mit seiner Einladung in das Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm
Klick auf >>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
> für einen Altbundeskanzler, der später das Internet als Dot-Com-Blase verteufelt und damit für die Eliminierung der digitalen Innovationselite mit der UMTS-Auktion 2000 missbraucht hat (heute Digitalisierung-Notstand)
> für einen Altbundeskanzler, der mit Männerfreundschaft den russischen Präsidenten in den Ukraine-Krieg (seit 2022) geführt hat u.v.a.m.
> mit Niederschlagung von 2 Petitionen, simultan und parallel an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München durch politische Kumpanei der Altbundeskanzlerin mit einem Bayerischen Staatsminister (heute Ministerpräsident)
Desolate Faktenlage für KI in Deutschland: Grundsätzlicher Kurswechsel, weil
> Europa weit hinter USA (KI-Weltmarktführer mit 60% Weltmarkt-Anteil, mit wachsendem Vorsprung vor China und Rest der Welt)
> Deutschland hinter UK, Indien, VAE, Frankreich, Südkorea.
> Förderung der Abhilfe von Mängel und Notständen: Lean Management, Lean Government, Bürokratieabbau, Privatisierung, Fachkräfte-Einsparung, Effizienz-Steigerung der Arbeitsplätze u.a.m.
Hoher Investitionsbedarf für Fortschritte und Innovationswachstum der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz mit Orientierung am Weltmarktführer:
Europäische Congressmessen adressieren nicht den Endbenutzer, sondern Entscheider mit Multiplikatorwirkung!

Künstliche Intelligenz ist eine neue Dimension in der Weiterentwicklung der Digitalisierung
zu digitalisierter Automation, eine digitale Technologie, die es Computer und Maschinen ermöglicht, menschliche Intelligenz und Problemlösungsfähigkeiten zu simulieren und umzusetzen.
In Deutschland müssen Problemlösungsfähigkeiten „entfesselt" werden. Dies ist mit einer Ministerial-Bürokratie nicht zu schaffen, weil diese den Lobbyisten hoffnungslos ausgesetzt ist und sogar selbst abgebaut werden muss. Bis auf ganz wenige Ausnahmen spielt Europa beim Thema KI und generell im Digitalsektor eine untergeordnete Rolle.

Wirtschaft und Verwaltung brauchen längst eine Strukturreform mit wachsendem Reformbedarf:
Zentrale Planwirtschaft mit übermäßiger Bürokratie und mit anspruchsvoller, aber Menschenrechte verachtender Sozialpolitik hat schon in der DDR nicht funktioniert.
Software-Hersteller SAP zeigt, wie es geht und reformiert sich als wertvollstes Unternehmen von Deutschland auf Rang 32 der neuen Weltrangliste (Dez.2024): Künstliche Intelligenz begründet die Notwendigkeit neuer Jobs mit Wegfall von 10.000 alten Stellen weltweit. Dies war der Anfang. Diese Veränderung in der Organisationsstruktur eines führenden IT-Unternehmen wird sich in Wirtschaft und Verwaltung fortsetzen.
Politisch motivierte Zerschlagungen mit Fortsetzung durch soziale Zerschlagung zeigen einen riesigen Reformbedarf in Deutschland mit Vorrang für Schadenersatz:
Leidtragende sind Staatsbürger, die zu rechtlosen Untertanen degradiert, deformiert und manipuliert werden.
Datenschutz-Skandale, Rentenplünderung-Skandale, Pfändungsschutz-Skandale, juristische Skandale sind die Folge und von Leidtragenden mit Recht, aber kaum zu bekämpfen.
Über 25 (80) Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 waren vermeidbar, wenn Grundrechte bei Rechtsanwendungen respektiert worden wären: Übermaß der Verfassungswidrigkeit.

Kein Weiter so!
Desolate Faktenlage: Weisungsgebundene Staatsanwälte pfänden weiter mit und ohne Verwendungszweck, ohne Respektierung von Grundrechten wie eine geheime Notstand-Regierung mit „dunkler Energie“, missbrauchen Pfändungsschutz-Konten, um Haushaltsprobleme zu lösen . . .
Gerichte übergreifende Aushebelung von Grundrechten der Ewigkeitsklausel, ungeheuerliche Respektlosigkeit vor dem Grundgesetz in einem demokratischen Sozialstaat, Manipulation von Gerichte übergreifenden Gütelösungen nach Ampel-Aus ohne Respekt vor Grundrechten.
Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum.
Kläger hat diese und jede andere Form von Respektlosigkeit nicht zu ertragen:
Respektlosigkeit zu Wissensmanagement und zu Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in über 260 Congressen mit historischen Congressbänden
(ISBN-nummeriert, über 1.100 Exemplare plus Messekataloge und Programmbroschüren im Archiv).
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003,
sind in seiner Bibliothek sorgfältig archiviert und werden in das Familien-Unternehmen / Familienstiftung eingebracht
Es gibt keine 2. Buchreihe in Deutschland und weltweit, mit der die kontinuierliche Entwicklung von IT und Telekommunikation in jährlichem Turnus, in dieser hochwertigen und umfassenden Form dokumentiert wurde.

Kläger hat mit Management-Symposien seiner Congresse nachweislich geschafft, nur ein Beispiel:
Abwicklung des Bundesministeriums für Post und Fernmeldewesen, zuerst das Fernmeldewesen, dann die Post, mit nachhaltigem Erfolg

für die Telekom und für die Post, sieh auch **letzten Postminister Dr. Wolfgang Bötsch auf der ONLINE'97 in Hamburg:**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
Scroll down after link (page 7)

Einzufordern: Grundsätzlicher Kurswechsel und Neuausrichtung in Deutschland und Europa mit Unterstützung der Europäischen Congressmessen inkl. Digital-Gipfel seiner Familienstiftung, zu finanzieren mit grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
mit einzuforderndem Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (Gründungsjahr von Google) und früher. Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen und Respektierung von Grundrechten!

Einzufordern gemäß grundgesetzlichem Anspruch nach Art.34 GG nicht unter 250 Mio EUR, für Schadenersatz, Entschädigung und Wiederaufbau, notfalls auch mehr.

Die CEBIT hat einen Verlustausgleich von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 in den Sand gesetzt, trotz und wegen Unterstützung durch bekannte Lobbyisten.
Am Deutschen Bundestag sind 27.000 Lobbyisten gemeldet. Tatsächlich sind es mehr. In jüngster Erinnerung: Auswüchse während der Corona-Krise. Die Ministerial-Bürokratie wird nicht abgebaut, sondern erweitert, indem Branchen-Lobbyisten auch noch ein eigenes Bundesministerium fordern.

Der Kläger:
„Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als Zukunftsperspektive gepriesen, aber ohne Abhilfe z.B.
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter
Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums“
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Der Kläger kann bis heute nicht erkennen, dass der künftigen Bedeutung von KI für Deutschland und Europa im Wahlkampf zum Deutschen Bundestag Rechnung getragen wird.

Der wachsende KI-Rückstand wird ein zusätzlicher Notstand, der ein Innovationen-basiertes Wirtschaftswachstum mit Notständen aller Art verhindern wird.

Die Ausführungen werden nicht nur dem Amtsgericht Velbert, sondern auch an das Landgericht Wuppertal (16 T 256/24) zugesandt.

Siehe auch
Begründung der Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024
BVERFG-412, BVERFG-413, BVERFG-414
Begründung der Anhörungsrüge vom 15.Nov.2024.
Kapitel LGW-07, AGV-08,
Begründung der sofortigen Beschwerde vom 01.Nov.2024:
Kapitel LGW-03, AGV-04, AGV-05, AGV-06
Begründung der **Klage vom 03.10.2024** mit den Kapiteln
AGV-01 und AGV-02

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin,
unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
mit nachgewiesener Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF, mit sozialer Zerschlagung aus verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften u.v.a.m.
sind nicht hinnehmbar.

Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit verfassungswidriger Kranken- und Pflegeversicherung, gegen Sabotierung und Boykottierung von Rehabilitierung und Schadenersatz aus 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74)

Es ist brutal verfassungswidrig, dass die Beklagte, Täterin politisch motivierter Zerschlagungen, mit Staatsanwälten, mit Vertragspartnern aus einem Staatsvertrag und mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Staatsgewalt missbraucht, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu sabotieren**: mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren zu verheerenden Folgewirkungen, die mit politisch motivierten Zerschlagungen in Gang gesetzt wurden, die vom Opfer im 82.Lebensjahr nicht mehr verhindert werden können, und **es ist brutal verfassungswidrig,** wenn Gerichte in Gerichtsverfahren, die seit 2011 andauern, Klagen unterdrücken, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu boykottieren.** Das ist totales Justiz-Versagen.

Der Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nach 26 Jahren Europäische Congressmessen mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in 2003
ist hinreichend begründet. Die Bescheidung dieses Antrags ist mehrfach mit Verfassungsbeschwerde eingefordert.
Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen erwartet, dass der Weg zu Rehabilitierung und Schadenersatz endlich freigegeben wird.
Bis heute hat das
das Opfer in seinem gesamten Leben keinen einzigen Pfennig Fördergelder und keinen einzigen Cent Schadenersatz erhalten.
Für Weltklasse-Höchstleistungen zur digitalen Evolution in Deutschland und Europa.

Velbert, 01.Jan.2025

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als die Zukunftsperspektive gepriesen, aber ohne Abhilfe in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage VE-09
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 wegen
Abwehr eines verfassungswidrigen, manipulierten
2.Güteverfahrens am Amtsgericht Velbert zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland
mit/nach Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen Urteile vom 19.März 2024 / 26.Juni 2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23, eines 1.Güteverfahren als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
mit Zurückweisung aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11, Anlage VB-2415)
und nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 (AR 5755/24) gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage VE-10
Schreiben vom 21.07.2023 an die Commerzbank AG mit Bitte um verständliche Erklärung, warum die belastenden Grundbuch-Eintragungen des ursprünglichen Hypotheken-Darlehen der EUROHYPO AG bis heute nicht gelöscht sind.
Das Schreiben mit Fax-Bestätigung wurde nicht beantwortet.

Anlage VE-11
Nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16):
Grundbucheintragungen sind kein Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen. Commerzbank (Bundesanteile) und weisungsgebundene Staatsanwälte verhindern Löschung der Grundbucheintragungen, obwohl alle Zahlungsverpflichtungen aus früherem Hypotheken-Darlehen erfüllt sind
a) Verfassungswidrige Einspruchsentscheidung des Finanzamt Landshut vom 15.03.2018 (Z2)
b) Einspruch vom 6.März 2018 gegen Finanzamt Landshut mit Zusendung an Commerzbank AG
c) Beschwerde an die Commerzbank AG vom 26.Feb.2018 mit Anlage des Schreibens vom 26.04.2016 an das Grundbuchamt des Amtsgericht Velbert
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-Bay01.pdf
Scroll down after link (page 21)

Anlage der Anhörungsrüge vom 15.Nov.2024
Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (?, weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941).

Anlagen der sofortigen Beschwerde vom 01.11.2024

Anlage WU-07: Nachweis mit sowjetischem Kriegsdokument gemäß AGV-02
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Anlage WU-06: Brutal verfassungswidrig
Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters mit wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit mit Zielsetzung verfassungswidriger Rechtsanwendungen unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten in Gerichte übergreifenden Verfahren politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren gegen Rentner im 84. Lebensjahr
Anlage WU-06 a) Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters vom 17.10.2024 entgegen Antrag auf Mehrrichter-Verfahren mit **wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit** am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24) u.a.
Anlage WU-06 b) Mitteilung des Sozialgerichts Düsseldorf (S 46 P 302/24) vom 25.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit **wiederholtem, verfassungswidrigem Mobbing** der RAe des Sozialversicherungsträgers in beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024
Anlage WU-06 c) Mitteilung des Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen vom 28.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024 mit Begründung zur **Beitragserhöhung vom 20.11.2020 zu verfassungswidriger Sozial-**

Grundversicherung (Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutz-Konto zum **Schutz vor staatlichen Übergriffen mit Rentenplünderung-Skandal**

Anlagen der Klage vom 03.10. 2024:

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,
Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen" verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch

motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit
Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche
Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm

Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,
mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001
Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für

verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),
ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine
Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer

skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)
BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit, mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.

an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164.** **Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,
mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:
Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)
als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vorgelegt
BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010:**
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern**.**
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)
2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern(Z2, Beweise 2), unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes.
Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen,

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin
Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351 und Anlage VB-2352

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07
Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die **Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance**

gegen Umverteilungspolitik
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.
Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:
Rückblick 26 Jahre ONLINE:
> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1
>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE
>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf
>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe
>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003 Die gesamte Congressmesse
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse
http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin zugesandt:

Anlage OVG2023-01: Erneute Zusendung der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)
Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher
Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen

> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Anlage OVG2023-01:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Neue Verfassungsbeschwerde
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,
Beweise und Klage unterdrückt werden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Anlagen im Schriftsatz vom 12.Dez.2022

Anlage OVG2022-01:
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal, am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage VB-2304:
27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR/WDR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
nach verfassungswidrigem Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler Schröder:
Altbundeskanzler, sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung am 08.12.2022 ohne Zugang des Zerschlagungsopfers zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept. 2021 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2021-31:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2018 (1BvR 1959/21) zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren am VG Berlin
OVG 11 M 21/21 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
(VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur bundesweiten Sippenzerschlagung,
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit **Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page 155)

Anlage OVG2021-01 (Anlage LG-00)
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Anlage OVG2021-02
Zweite Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 15.06.2014)
mit erdrückender Beweislage in 4 großen Beweis-Ordnern
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
'Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 24)
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter
Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 03)

Umfangreiche Beweisanlagen zur zweiten Klage in 4 Ordnern:

Anlagen im Beweis-Ordner 1

Von den in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit Nationalem IT-Gipfel und dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation:
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Beweis-Ordner 1
Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm
Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation
Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Beweis-Ordner 2
Europäische Congressmessen für digitale Evolution
mit Nationalem IT-Gipfel im jährlichen Turnus vor und nach der
Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …
Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf
ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Professioneller Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 3.00 im Beweis-Ordner 3: Übersicht Ordner 3

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, **Dr. Martin Weigele**
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf
Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, **Innovationsmarkt irreversibel vernichtet**
Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"
Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .**"
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz - ohne Chance für Verständnis
Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback
Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg
Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)
Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004
Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004
Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik
Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf
Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf
Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung

nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – ohne Chance gegen betonierte Umverteilungspolitik

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche – ohne Chance bei Bundesregierung und EU-Kommission

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf
Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf
Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Wand des Schweigens!

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf
Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf
Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf
Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf
Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf
Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf
Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf
Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher Missbrauch des Petitionsgrundrechtes
Deutscher Bundespräsident lässt „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf
Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf
Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) **an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlagen im Beweis-Ordner 4
Weiter führende Beweismittel über politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und durch staatliche Diskriminierung Anlagen zur Ermittlung des Schadenersatz-Anspruches für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
Erste Anzeichen für politisches Umdenken

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik
Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und

Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration
> > > 32 ganztägige Symposien + 5 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012) Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie
Bundesminister Alexander Dobrindt (2014) schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in **Ordner 3:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger (Feb.2015) & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlage OVG2021-03: 24 mal angemahnt
Ständige Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017

Anlage OVG2021-03a:
1. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen **mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als**
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des

Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17**, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17**, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), **erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.**
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens

mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Anlage OVG2021-03b:
2. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in

Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist **Rehabilitierungsanspruch**.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Anlage OVG2021-03c:
3. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)
nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage OVG2021-03d:
4. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: **Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld**
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlage OVG2021-03e:
5. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Anlage OVG2021-03f:
6. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage
86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller

Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit
Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut
(Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Anlage OVG2021-03g:
7. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden,

ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Anlage OVG2021-03h:
8. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung
89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Anlage OVG2021-03i:
9. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)
Anlage OVG2021-03j:
10. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?
93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Anlage OVG2021-03k:
11. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage OVG2021-03l:
12. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Anlage OVG2021-03m:
13. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998,
20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018
mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als
Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa: Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03n:
14. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst,
nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft,
mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst

in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:
Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz
wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und **Heimat**
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden **und Zerschlagung der bayerischen Heimat**
Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Anlage OVG2021-03o:
15. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)
Anlage OVG2021-03p:
16. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Anlage OVG2021-03q:
17. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Anlage OVG2021-03r:
18. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!
121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmaßnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Anlage OVG2021-03s:
19. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeforder
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03t:
20. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Anlage OVG2021-03u:
21. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Anlage OVG2021-03v:
22. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
mit wiederholtem Antrag auf
Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998
(20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
130. Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und
wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz
131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft
gedeckt mit Mauer des Schweigens
unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland
zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung
öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller
Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden
hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen
Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen,
diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung
aus dem Bundeskanzleramt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

Anlage OVG2021-03w:
23. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.
132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019
mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheibchenweise bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !
Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann
Derart skandalös: Warum?
Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft
Politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter
Zerschlagungsopfer musste
scheibchenweise die ganze Wahrheit ausgraben
gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer
Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht
Staatliches Unrecht ist das Resultat einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998
mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter
134. > 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen

Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter
Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
> 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter
> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunksperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten
21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz
9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!
Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist
Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf

Anlage OVG2021-03x:
24. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer rechtsanwaltlichen Vertretung
über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn
136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung
Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)
mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und
wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)
mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen

und kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden
Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne
137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch Verwaltungsgericht Berlin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68)
Anlagen im Schriftsatz vom 16.Feb.2020
Anlage VGB2020-01 (Anlage Jura-01)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020
wegen Fortsetzung eines nicht mehr hinzunehmenden Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einem verfassungswidrigen Urteil ohne Wissen des verurteilten Opfers
(Kompaktversion mit Kapitelübersicht)
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 241)
Anlage VGB2020-02
Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten:
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität; Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln,
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg,
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
mit Anlage Jura-01 (s.o.), Jura-02, Jura-03
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-UNI01.pdf

Alle bisher an das Verwaltungsgericht Berlin zugesandten Anlagen und Legende aller Schriftsätze seit 15.06.2014:
Sieh Folgeseiten, in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS200 0-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68+17)

Anlage OVG2021-04: Beschlüsse und Gerichtsbescheide
Anlage OVG2021-04a: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017
Anlage OVG2021-04b: Gerichtsbescheid VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021
Anlage OVG2021-04c: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-05:
Aus Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 Anlage VB-29 (29a-29c) in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21: **Söder / Huml / Eck** direkt beteiligt an politisch motivierter Sippenzerschlagung
VB-29a) Sudetendeutscher Stammesverband, Vierter

Stammesverband in Bayern mit Schirmherrn **Dr. Markus Söder**
Direkte, persönliche Beteiligung an politisch motivierter Sippenzerschlagung zur Unterstützung krimineller Umverteilungspolitik der CSU in Bayern durch
Melanie Huml, CSU, seit 2003 im Bayerischen Landtag, seit 2007 Staatssekretärin der Bayerischen Staatsregierung, seit 2018 Staatsministerin für Gesundheit und Pflege
Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, danach Staatssekretär im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
VB-29b) Niederschlagung der Petition an den Bayerischen Landtag durch Melanie Huml mit Schreiben vom 16.08.2010, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern (Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern
> > > www.damwild-ockl.de/doku/innenstaatssekr.jpg)
VB-29c) Klageerhebung vom 06.Juli 2016 am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16 bis Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17)
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und
wegen kapitaler Vermögensschäden
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge:
Wendelin Josef Ockl, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth
Albin Ludwig Ockl, Dipl.-Ing., alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders
(Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch den Freistaat Bayern,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese
vertreten von dem leitenden Staatsminister,
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Anlage OVG2021-06:
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018
Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. Anschreiben (a) und 2. Anschreiben (b)
> > > http://planning.euro-on line.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Bundespräsident antwortet nicht
trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden
trotz höflicher Bitte um Unterstützung als Brückenbauer gemäß der Sicht seiner Rolle als Bundespräsident

Anlage VB-10 im Schriftsatz vom 08.Aug.2019
Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung
nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).
Anlage VB-11
Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit
> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 77)
> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017
> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-0
Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Anlage VB-12
Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)
Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß
Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf
Scroll down after link (page 34)
Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren** mit beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage VB-0
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019
Anlage VG190102-01
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018
Anlage VG181126-01
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und
mit Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
Anlage VG181126-02
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018
und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018
Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter

Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018
Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:
Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018
Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)
Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1

ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens
(teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84
Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. "Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach

Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202-498-3504

Landgericht Wuppertal
16 T 256/24

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 23.Jan.2025

Hier: Verfassungswidriger Shitstorm einer Hassgemeinschaft mit staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens nach Art.34 GG mit Eskalation von 2. Güteverfahren zu 4 Hassverfahren, mit massiver Wahlbeeinflussung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes,
nach erneuter Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 wegen judikativem Boykott am Landgericht,
an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin:
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24, 10 C 286 / 24 und
Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
Einspruch mit
Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 (AR 7589/24) und
Verfassungsbeschwerde vom 01.Sept.2024 (AR 5755/24)

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Scroll down after link (page 01 / 89 / 189 / 297 / hier 384)

Begründung

LGW-12. Verfassungswidriger Shitstorm einer Hassgemeinschaft mit staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) nach Art.34 GG
mit Nachweis von Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
mit Einbringung eines angemessenen Schadenersatzes in eine Familienstiftung für eine
Europäische KI-Offensive für Deutschland und Europa
mit Nachweis von mehreren KI-Congressen schon in den 1980er Jahren
mit Eskalation von 2. Güteverfahren zu 4 Hassverfahren,
mit massiver Wahlbeeinflussung durch weisungsgebundene Staatsanwälte
nach Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 mit Nachweis lebenslanger Familienzerschlagung
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24 (Anlage LG-12 c)
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen,
Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 (Anlage 12 d)
Amtsgericht Velbert 10 C 286/24 (Anlage LG-12 e)
Einspruch mit
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 / 15.01.2025 (AR 7589/24)
Verfassungsbeschwerde vom 01.Sept.2024 (AR 5755/24)

Sieh **Anlage LG-12.** Erweiterung mit c, d und e von
Anlage VB-2428: Verfassungswidriger Shitstorm
Eskalation von 2.Güteverfahren zu 4 Hassverfahren, **massive Wahlbeeinflussung durch weisungsgebundene Staatsanwälte**
a) 1.Hassverfahren: Seite 96 in Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024
Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
b) 2.Hassverfahren: Verfassungswidrigem Mahnverfahren 10 C 286/24 (Amtsgericht Velbert, eingegangen am 8.Jan.2025, 1 Tag später nach Einwurf des Schriftsatzes an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426)
Umfang: 26 Seiten, von denen 11 Seiten nicht lesbar sind.
Prozessleitende Verfügung zu verfassungswidrigem Mahnbescheid vor der Bundestagswahl ist anzufechten. Das Verfahren ist als massive Wahlbeeinflussung abzuweisen, weil der Beklagte nicht nur seine Stimme abgeben möchte, sondern aktiv am

Wahlkampf teilnehmen möchte.
Beantwortung gemäß e)
c) Richter am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24), per Gesetz als Richter unzulässig, daher mit Ablehnungsgesuch, leugnet entgegen Zeugenaussage Unterschrift der Klageeröffnung nach Forderung zur Akteneinsicht, will ohne Beschwerde einfach weitermachen und kein unabhängiges Mehrrichter-Verfahren zulassen: Schreiben vom 06.01.2025 (eingegangen am 10.01.2025).
d) 3.Hassverfahren: Richterin am Amtsgericht Mettmann (32 OWi 543 Js 77/24-46/24) leugnet entgegen vorliegender Verfassungsbeschwerde vom 01.Sept.2024 (AR 5755/24) die Gültigkeit der Rechtsbeschwerde in Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß (mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto, dieses wegen Schutz vor staatlichen Übergriffen mit monatlicher Rentenplünderung bis zum Limit, mit und ohne Verwendungszweck, mit und ohne Pfändungsbeschluss, . . .),
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind brutal verfassungswidrig!
Beantwortung wird termingerecht ausgeführt.
e) Beantwortung vom 20.01.2025 zu b) Verfassungswidriges Mahnverfahren 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert:
Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.)
mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)
Ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte
Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025, zu respektieren gemäß Art.20 Abs.4 GG.
Landgericht Wuppertal (16 T 256/24) mit sofortiger Beschwerde informiert.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 334)

Sieh **Anlage WU-13.** Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 mit den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416, BVERFG-417 mit Anlagen VB-2425, VB-2426 inkl. Anlagen VE-09, VE-10, VE-11 und VB-2427, VB-2428, VB-2429 auf Seite 19.

BVERFG-415. Grundrechte sind Ewigkeitsrechte,
die vom Deutschen Bundestag nicht geändert werden können.
Güteverfahren: Respektieren der Ewigkeitsrechte ist einzufordern. Hassverfahren am Amtsgericht Velbert einschließlich Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen für soziale Zerschlagung sind mit aller Konsequenz zu bekämpfen:
Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren:
Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google,
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker
wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa.
Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, auf

Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen über mehr als ein Viertel Jahrhundert, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
mit mehreren KI-Congressen schon in den 1980er Jahren.
Anzufechtende Hoheitsakte mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

BVERFG-416. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google (Google zeigt, was möglich ist mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne politisch motivierte Zerschlagungen)
Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal am Amtsgericht Velbert:
2 Güteverfahren als Hassverfahren nach zweimaliger Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit anschließendem verfassungswidrigen Shitstorm (Hassverfahren)
Soziale Zerschlagung (Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4, Z5) mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen parallel am Amtsgericht und am Sozialgericht
mit verfassungswidrigen Mahnbescheiden, daher Widerspruch am Amtsgericht Mayen, als Fortsetzung
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (14 Jahre parallel und hintereinander ohne Abhilfe)
Verfassungswidrige Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010
mit monatlichen Pfändungen bis zum Limit, als Dauereinrichtung mit und ohne Verwendungszweck
mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):
Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Freiheitsberaubung
> Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz und Datenschutz
> Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter persönlicher Verantwortung der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers,
> Datenschutz-Skandal mit Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal des Amtsgerichtes Velbert mit Videowand-Vernetzung einer Hassgemeinschaft (Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, weisungsgebundene Staatsanwälte

unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, willfährige Richter mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadensatz, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher)
> Freiheitsberaubung (2x) mit JVA-Serviceleistungen für skrupellose Staatsanwälte
Richterin am Amtsgericht Kunze: Judikative Verantwortung für Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal weisungsgebundener Staatsanwälte auf Pfändungsschutz-Konto und mit Hass im SCHUFA-Netz
Beschwerdeführer will Wiederaufbau seines zerschlagenen Familien-Unternehmens für Weltklasse-Höchstleistungen mit Künstlicher Intelligenz als Stiftung aus Schadenersatz nach 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum mit anschließender Zerschlagung
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: - 4,1%(2020), - 0,3%(2023), - 0,2%(2024) > > > Kurswechsel mit KI
Richterin am Amtsgericht Kunze in Deutschland will Fortsetzung von Hassverfahren und verfassungswidrige Mahnbescheide trotz Widerspruch
(weil verfassungswidrig: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig) vollstrecken!
Ist die Richterin in Deutschland noch tragbar?
Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024 mit Verfassungsbeschwerde)

BVERFG-417. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 03.01.2025 (eingegangen am 16.01.2025) ohne Kenntnis der fortgesetzten Klage mit Schriftsatz vom 01.01.2025 an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426.
Antwort an Regierungsdirektorin Krause-Reul:
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.
> KI-Offensive in Deutschland für Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen zu diesen Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 109)

Der Beschwerdeführer kämpft
gegen verfassungswidrige Hassverfahren weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und
für Fortsetzung des Klageverfahrens 10 C 234/24 am Amtsgericht Velbert als unabhängiges Mehrrichter-Verfahren, wie von Anfang an beantragt

Es ist brutal verfassungswidrig, dass die Beklagte, verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagungen, mit Staatsanwälten, mit Vertragspartnern aus einem Staatsvertrag und mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Staatsgewalt missbraucht, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu sabotieren**: mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren und Hassverfahren zu verheerenden Folgewirkungen, die mit politisch motivierten Zerschlagungen in Gang gesetzt wurden, die vom Opfer im

84.Lebensjahr nicht mehr verhindert werden können, und **es ist brutal verfassungswidrig,** wenn Gerichte in Gerichtsverfahren, die seit 2011 andauern, Klagen unterdrücken, um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu boykottieren.** Das ist totales Justiz-Versagen.

Der Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren als unabhängiges Mehrrichter-Verfahren zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 nach 26 Jahren Europäische Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in 2003
ist hinreichend begründet. Die Bescheidung des Beschwerdeantrags ist mehrfach mit Rechtsmittel und Verfassungsbeschwerde eingefordert.
Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen erwartet, dass der Weg zu Rehabilitierung und Schadenersatz endlich freigegeben wird.
Bis heute hat das
Opfer in seinem gesamten Leben keinen einzigen Pfennig Fördergelder und keinen einzigen Cent Schadenersatz erhalten.
Für Weltklasse-Höchstleistungen zur digitalen Evolution auf dem Weg in das KI-Zeitalter von Deutschland, Europa und weltweit.

Velbert, 23.Jan.2025

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als die Zukunftsperspektive gepriesen, aber ohne Abhilfe
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage LG-12. Erweiterung mit c, d und e von
Anlage VB-2428: Verfassungswidriger Shitstorm
Eskalation von 2.Güteverfahren zu 4 Hassverfahren, **massive Wahlbeeinflussung durch weisungsgebundene Staatsanwälte**
a) 1.Hassverfahren: Seite 96 in Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024
Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
b) 2.Hassverfahren: Verfassungswidrigem Mahnverfahren 10 C 286/24 (Amtsgericht Velbert, eingegangen am 8.Jan.2025, 1 Tag später nach Einwurf des Schriftsatzes an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426) Umfang: 26 Seiten, von denen 11 Seiten nicht lesbar sind.
Prozessleitende Verfügung zu verfassungswidrigem Mahnbescheid vor der Bundestagswahl ist anzufechten. Das Verfahren ist als massive Wahlbeeinflussung abzuweisen, weil der Beklagte nicht nur seine Stimme abgeben möchte, sondern aktiv am Wahlkampf teilnehmen möchte.
Beantwortung gemäß e)
c) Richter am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24), per Gesetz als Richter unzulässig, daher mit Ablehnungsgesuch, leugnet entgegen Zeugenaussage Unterschrift der Klageeröffnung nach Forderung zur Akteneinsicht, will ohne Beschwerde einfach weitermachen und kein unabhängiges Mehrrichter-Verfahren zulassen: Schreiben vom 06.01.2025 (eingegangen am 10.01.2025).
d) 3.Hassverfahren: Richterin am Amtsgericht Mettmann (32 OWi 543 Js 77/24-46/24) leugnet entgegen vorliegender Verfassungsbeschwerde vom 01.Sept.2024 (AR 5755/24) die Gültigkeit der Rechtsbeschwerde in Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß (mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto, dieses wegen Schutz vor staatlichen Übergriffen mit monatlicher Rentenplünderung bis zum Limit, mit und ohne Verwendungszweck, mit und ohne Pfändungsbeschluss, . . .),
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind brutal verfassungswidrig!
Beantwortung wird termingerecht ausgeführt.
e) Beantwortung vom 20.01.2025 zu b) Verfassungswidriges Mahnverfahren 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert:
Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.) mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)
Ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte
Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025, zu respektieren gemäß Art.20 Abs.4 GG.
Landgericht Wuppertal (16 T 256/24) mit sofortiger Beschwerde informiert.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 334)

Anlage WU-13. Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025
mit den Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416, BVERFG-417.
mit Anlagen VB-2425, VB-2426 inkl. Anlagen VE-09, VE-10, VE-11
und VB-2427, VB-2428, VB-2429 auf Seite 19

BVERFG-415. Grundrechte sind Ewigkeitsrechte,
die vom Deutschen Bundestag nicht geändert werden können.
Güteverfahren: Respektieren der Ewigkeitsrechte ist einzufordern. Hassverfahren am Amtsgericht Velbert einschließlich Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen für soziale Zerschlagung sind mit aller Konsequenz zu bekämpfen:
Lebenslange Familienzerschlagung seit über 80 Jahren:
Nährboden für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google,
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker wegen Spitzenleistungen für Bayern, Deutschland und Europa.
Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile aus politisch motivierten Zerschlagungen über mehr als ein Viertel Jahrhundert, auf Wiederaufbau des Familien-Unternehmens auf aktuellem Stand fortgeschrittener Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz nach Art.34 GG.
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
mit mehreren KI-Congressen schon in den 1980er Jahren
Anzufechtende Hoheitsakte mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

BVERFG-416. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google (Google zeigt, was möglich ist mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne politisch motivierte Zerschlagungen)
Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal am Amtsgericht Velbert:
2 Güteverfahren als Hassverfahren nach zweimaliger Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit anschließendem verfassungswidrigen Shitstorm (Hassverfahren)
Soziale Zerschlagung (Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4, Z5) mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen parallel am Amtsgericht und am Sozialgericht
mit verfassungswidrigen Mahnbescheiden, daher Widerspruch am Amtsgericht Mayen, als Fortsetzung
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (14 Jahre parallel und hintereinander ohne Abhilfe)
Verfassungswidrige Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010

mit monatlichen Pfändungen bis zum Limit, als Dauereinrichtung mit und ohne Verwendungszweck
mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):
Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Freiheitsberaubung
> Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz und Datenschutz
> Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter persönlicher Verantwortung der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers,
> Datenschutz-Skandal mit Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal des Amtsgerichtes Velbert mit Videowand-Vernetzung einer Hassgemeinschaft (Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, willfährige Richter mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadensatz, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher)
> Freiheitsberaubung (2x) mit JVA-Serviceleistungen für skrupellose Staatsanwälte
Richterin am Amtsgericht Kunze: Judikative Verantwortung für Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal weisungsgebundener Staatsanwälte auf Pfändungsschutz-Konto und mit Hass im SCHUFA-Netz
Beschwerdeführer will Wiederaufbau seines zerschlagenen Familien-Unternehmens für Weltklasse-Höchstleistungen mit Künstlicher Intelligenz als Stiftung aus Schadenersatz nach 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum mit anschließender Zerschlagung
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: - 4,1%(2020), - 0,3%(2023), - 0,2%(2024)
Richterin am Amtsgericht Kunze in Deutschland will Fortsetzung von Hassverfahren und verfassungswidrige Mahnbescheide trotz Widerspruch
(weil verfassungswidrig: Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig) vollstrecken!
Ist die Richterin in Deutschland noch tragbar?
Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024 mit Verfassungsbeschwerde)

BVERFG-417. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 03.01.2025 (eingegangen am 16.01.2025) ohne Kenntnis der fortgesetzten Klage mit Schriftsatz vom 01.01.2025 an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426.
Antwort an Regierungsdirektorin Krause-Reul:
> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten.
> KI-Offensive in Deutschland für Deutschland und Europa
Die detaillierten Ausführungen zu diesen Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 109)

Anlagen im Schriftsatz vom 01.01.2025

Anlage VE-09
Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 wegen Abwehr eines verfassungswidrigen, manipulierten 2.Güteverfahrens am Amtsgericht Velbert zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland
mit/nach Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen Urteile vom 19.März 2024 / 26.Juni 2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23, eines 1.Güteverfahren als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
mit Zurückweisung aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11, Anlage VB-2415) und nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 (AR 5755/24) gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage VE-10
Schreiben vom 21.07.2023 an die Commerzbank AG mit Bitte um verständliche Erklärung, warum die belastenden Grundbuch-Eintragungen des ursprünglichen Hypotheken-Darlehen der EUROHYPO AG bis heute nicht gelöscht sind.
Das Schreiben mit Fax-Bestätigung wurde nicht beantwortet.

Anlage VE-11
Nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16): Grundbucheintragungen sind kein Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen. Commerzbank (Bundesanteile) und weisungsgebundene Staatsanwälte verhindern Löschung der Grundbucheintragungen, obwohl alle Zahlungsverpflichtungen aus früherem Hypotheken-Darlehen erfüllt sind
a) Verfassungswidrige Einspruchsentscheidung des Finanzamt Landshut vom 15.03.2018 (Z2)
b) Einspruch vom 6.März 2018 gegen Finanzamt Landshut mit Zusendung an Commerzbank AG
c) Beschwerde an die Commerzbank AG vom 26.Feb.2018 mit Anlage des Schreibens vom 26.04.2016 an das Grundbuchamt des Amtsgericht Velbert
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-Bay01.pdf
Scroll down after link (page 21)

Anlage der Anhörungsrüge vom 15.Nov.2024
Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (?, weil eingegangen am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941).

Anlagen der sofortigen Beschwerde vom 01.11.2024

Anlage WU-07: Nachweis mit sowjetischem Kriegsdokument gemäß AGV-02
> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.
Anlage WU-06: Brutal verfassungswidrig
Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters mit wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit mit Zielsetzung verfassungswidriger Rechtsanwendungen unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten in Gerichte übergreifenden Verfahren politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren gegen Rentner im 84. Lebensjahr
Anlage WU-06 a) Beschluss-gleiche Mitteilung des Einzelrichters vom 17.10.2024 entgegen Antrag auf Mehrrichter-Verfahren mit **wahrheitswidriger Unregelmäßigkeit** am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24) u.a.
Anlage WU-06 b) Mitteilung des Sozialgerichts Düsseldorf (S 46 P 302/24) vom 25.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit **wiederholtem, verfassungswidrigem Mobbing** der RAe des Sozialversicherungsträgers in beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024
Anlage WU-06 c) Mitteilung des Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen vom 28.10.2024 (eingegangen am 30.10.2024) mit beiliegendem Schreiben vom 25.10.2024 mit Begründung zur **Beitragserhöhung vom 20.11.2020 zu verfassungswidriger Sozial-**

Grundversicherung (Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutz-Konto zum **Schutz vor staatlichen Übergriffen mit Rentenplünderung-Skandal**

Anlagen der Klage vom 03.10. 2024:

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,
Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen" verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch

motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit
Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche)
Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche
Leihgabe aus Congressmesse-Archiv
2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm

Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:
ONLINE'84, 7.Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation,
mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management (Band zu Kongress I)
Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard (Band zu Kongress II)
Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze (Band zu Kongress III)
Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation (Band zu Kongress IV)
CAD/CAM und Computer-Graphik (Band zu Kongress V)
Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste (Band zu Kongress VI)
ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:
Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,
> > > Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin
> > > Fernsehen Live von der ONLINE'84
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001
Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:
Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38
Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:
> > > Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen
Rentner im 83.Lebensjahr,
Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011,
als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz", mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für

verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),
ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.
Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen
> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)
> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)
mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.
Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33
Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024
(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,
ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine
Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer

skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.
(Anlage LSG-34
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage LSG-35
> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
(Anlage LSG-35)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)
BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:
Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,
mit Plünderung von Versicherungsleistungen,
mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,
für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit, mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023
mit Anlage VB-2352
wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin
offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a.

an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 380)
NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**
Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und
gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel **164.** **Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:**
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,
mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38
> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage (Anlage LSG-38)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:
Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)
als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vorgelegt
BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.
„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).
Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“
Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
nicht trotz, sondern wegen eines
herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende
In dieser Zeit **2002-2010:**
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: 1 Jahr vor dem Mauerfall
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
> > > https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > https://www.euro-online.de/kommtech.html
2003: Ende mit 26.Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63. Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern**.**
März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8)
2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9)
2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286 ff)
2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern(Z2, Beweise 2), unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes.
Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 12)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf
Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen
> > > https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf
Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Fortsetzung von
25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte
gegen Zerschlagungsopfer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen,

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin
Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351 und Anlage VB-2352

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf
Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07
Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die **Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 9)
Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance**

gegen Umverteilungspolitik
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04
Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.
Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05
Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.
Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:
Rückblick 26 Jahre ONLINE:
> > > http://www.euro-online.de/vean.htm#x1
>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE
>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf
>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe
>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg
>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003 Die gesamte Congressmesse
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche
in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse
http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin zugesandt:

Anlage OVG2023-01: Erneute Zusendung der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-Presseteam)
Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice, kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher
Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze, Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . . Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet: Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand, Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe, Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen

> > > 32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Anlage OVG2023-01:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
Neue Verfassungsbeschwerde
nach einem Urteil am Vewaltungsgericht Düsseldorf, in dem Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,
Beweise und Klage unterdrückt werden,
mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,
unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286)

Anlagen im Schriftsatz vom 12.Dez.2022

Anlage OVG2022-01:
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal, am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage VB-2304:
27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR/WDR) auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
nach verfassungswidrigem Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler Schröder:
Altbundeskanzler, sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher, Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen, Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung am 08.12.2022 ohne Zugang des Zerschlagungsopfers zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept. 2021 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2021-31:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2018 (1BvR 1959/21) zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren am VG Berlin
OVG 11 M 21/21 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
(VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur bundesweiten Sippenzerschlagung,
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit **Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf
Scroll down after link (page 155)

Anlage OVG2021-01 (Anlage LG-00)
Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)
01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Anlage OVG2021-02
Zweite Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 15.06.2014)
mit erdrückender Beweislage in 4 großen Beweis-Ordnern
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
'Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 24)
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter
Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 03)

Umfangreiche Beweisanlagen zur zweiten Klage in 4 Ordnern:

Anlagen im Beweis-Ordner 1

Von den in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit Nationalem IT-Gipfel und dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation:
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Beweis-Ordner 1
Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm
Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation
Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Beweis-Ordner 2
Europäische Congressmessen für digitale Evolution
mit Nationalem IT-Gipfel im jährlichen Turnus vor und nach der
Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …
Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf
ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Professioneller Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 3.00 im Beweis-Ordner 3: Übersicht Ordner 3

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, **Dr. Martin Weigele**
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf
Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, **Innovationsmarkt irreversibel vernichtet**
Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"
Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .**"
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz - ohne Chance für Verständnis
Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback
Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg
Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)
Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004
Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004
Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik
Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf
Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf
Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf
Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf
Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf
Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf
Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf
Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung

nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – ohne Chance gegen betonierte Umverteilungspolitik

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf
Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf
Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf
Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche – ohne Chance bei Bundesregierung und EU-Kommission

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf
Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf
Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf
Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Wand des Schweigens!

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf
Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf
Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf
Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf
Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf
Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf
Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf
Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher Missbrauch des Petitionsgrundrechtes
Deutscher Bundespräsident lässt „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf
Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf
Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) **an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlagen im Beweis-Ordner 4
Weiter führende Beweismittel über politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und durch staatliche Diskriminierung Anlagen zur Ermittlung des Schadenersatz-Anspruches für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
Erste Anzeichen für politisches Umdenken

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik
Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und

Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration
> > > 32 ganztägige Symposien + 5 ganztägige Tutorials
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012) Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie
Bundesminister Alexander Dobrindt (2014) schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in **Ordner 3:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger (Feb.2015) & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlage OVG2021-03: 24 mal angemahnt
Ständige Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017

Anlage OVG2021-03a:
1. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
**Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)**
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen **mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als**
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des

Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17**, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17**, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), **erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.**
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens

mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Anlage OVG2021-03b:
2. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in

Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist **Rehabilitierungsanspruch**.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Anlage OVG2021-03c:
3. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)
nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Anlage OVG2021-03d:
4. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: **Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld**
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlage OVG2021-03e:
5. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Anlage OVG2021-03f:
6. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage
86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller

Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit
Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut
(Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Anlage OVG2021-03g:
7. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden,

ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet:
Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Anlage OVG2021-03h:
8. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung
89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Anlage OVG2021-03i:
9. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)
Anlage OVG2021-03j:
10. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?
93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf

Anlage OVG2021-03k:
11. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)

Anlage OVG2021-03l:
12. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.
98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 84)

Anlage OVG2021-03m:
13. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998,
20 Jahre bitteres Unrecht
mit politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €
Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018
mit Handlungsbedarf der 27.Kammer
Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als
Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung
mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!
103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa: Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03n:
14. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen
104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks
105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch
brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst,
nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft,
mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und
mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst

in NRW
"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt
"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig
Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:
Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit
108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)
Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders. . . . . .
Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält
Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz
wegen für extremistische Ausuferug staatlicher Übergriffe
109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und **Heimat**
Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen Vermögensschäden **und Zerschlagung der bayerischen Heimat**
Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers
110. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 180)

Anlage OVG2021-03o:
15. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten
111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 243)
Anlage OVG2021-03p:
16. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 285)

Anlage OVG2021-03q:
17. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen?
Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt
Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf

Anlage OVG2021-03r:
18. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden
120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!
121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates
122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmaßnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 66)

Anlage OVG2021-03s:
19. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeforder
Sieh Presseinformation
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005
Gegen eine Mauer des Schweigens:
> Deutscher Bundespräsident schweigt
> Bundeskanzlerin schweigt
> Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt
> Freistaat Bayern schweigt
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf
Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03t:
20. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!
Fehlanzeige, weil keine Antwort zu
wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt
ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft
126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände
Profiteure der Zerschlagung:
Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF
Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt
Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 181)

Anlage OVG2021-03u:
21. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
unter Weisung von
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.
Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,
wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung
Perverser Missbrauch deutscher Justiz
für soziale und psychische Zerschlagung
Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften
hier in Kumpanei mit
Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:
Zerschlagungsopfer wird zum Täter gemacht
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)

Anlage OVG2021-03v:
22. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
mit wiederholtem Antrag auf
Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998
(20 Jahre bitteres Unrecht)
Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
130. Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und
wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz
131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft
gedeckt mit Mauer des Schweigens
unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland
zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:
Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?
Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?
Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?
Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung
öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller
Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden
hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen
Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen,
diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung
aus dem Bundeskanzleramt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 296)

Anlage OVG2021-03w:
23. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.
132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019
mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen,
an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheibchenweise bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !
Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann
Derart skandalös: Warum?
Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft
Politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter
Zerschlagungsopfer musste
scheibchenweise die ganze Wahrheit ausgraben
gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer
Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht
Staatliches Unrecht ist das Resultat einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998
mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter
134. > 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen

Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter
Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
> 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter
> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunksperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten
21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz
9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!
Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist
Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf

Anlage OVG2021-03x:
24. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer rechtsanwaltlichen Vertretung
über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn
136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung
Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)
mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und
wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK)
mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen

und kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden
Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne
137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch Verwaltungsgericht Berlin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68)
Anlagen im Schriftsatz vom 16.Feb.2020
Anlage VGB2020-01 (Anlage Jura-01)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020
wegen Fortsetzung eines nicht mehr hinzunehmenden Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einem verfassungswidrigen Urteil ohne Wissen des verurteilten Opfers
(Kompaktversion mit Kapitelübersicht)
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 241)
Anlage VGB2020-02
Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten:
> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität; Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln,
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg,
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt
mit Anlage Jura-01 (s.o.), Jura-02, Jura-03
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-UNI01.pdf

Alle bisher an das Verwaltungsgericht Berlin zugesandten Anlagen und Legende aller Schriftsätze seit 15.06.2014:
Sieh Folgeseiten, in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS200 0-19-1.pdf
Scroll down after link (page 68+17)

Anlage OVG2021-04: Beschlüsse und Gerichtsbescheide
Anlage OVG2021-04a: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017
Anlage OVG2021-04b: Gerichtsbescheid VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021
Anlage OVG2021-04c: Beschluss VG 27 K 308.14 des Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-05:
Aus Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 Anlage VB-29 (29a-29c) in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21: **Söder / Huml / Eck** direkt beteiligt an politisch motivierter Sippenzerschlagung
VB-29a) Sudetendeutscher Stammesverband, Vierter

Stammesverband in Bayern mit Schirmherrn **Dr. Markus Söder**
Direkte, persönliche Beteiligung an politisch motivierter Sippenzerschlagung zur Unterstützung krimineller Umverteilungspolitik der CSU in Bayern durch
Melanie Huml, CSU, seit 2003 im Bayerischen Landtag, seit 2007 Staatssekretärin der Bayerischen Staatsregierung, seit 2018 Staatsministerin für Gesundheit und Pflege
Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, danach Staatssekretär im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
VB-29b) Niederschlagung der Petition an den Bayerischen Landtag durch Melanie Huml mit Schreiben vom 16.08.2010, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern (Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März 2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern
> > > www.damwild-ockl.de/doku/innenstaatssekr.jpg)
VB-29c) Klageerhebung vom 06.Juli 2016 am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16 bis Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17)
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und
wegen kapitaler Vermögensschäden
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge:
Wendelin Josef Ockl, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth
Albin Ludwig Ockl, Dipl.-Ing., alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders
(Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch den Freistaat Bayern,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese vertreten von dem leitenden Staatsminister,
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Anlage OVG2021-06:
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018
Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. Anschreiben (a) und 2. Anschreiben (b)
> > > http://planning.euro-on line.de/ftp/BP-1801.pdf
2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Bundespräsident antwortet nicht
trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden
trotz höflicher Bitte um Unterstützung als Brückenbauer gemäß der Sicht seiner Rolle als Bundespräsident

Anlage VB-10 im Schriftsatz vom 08.Aug.2019
Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung
nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).
Anlage VB-11
Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit
> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 77)
> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017
> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-0
Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Anlage VB-12
Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)
Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß
Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf
Scroll down after link (page 34)
Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren** mit beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage VB-0
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.
Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf
Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019
Anlage VG190102-01
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018
Anlage VG181126-01
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und
mit Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
Anlage VG181126-02
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018
und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018
Anlage VG181002-01
Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter)
mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwiderung des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 204)
mit **Anlage VG180928**
Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018
Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD
> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien
und **Anlage Presseinformation Nr.8**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018
Anlage VG180908-01
Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß
Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 24)
Anlage VG180908-02
Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**
Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter

Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018
Anlage VG180730-1
Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 25.Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018
Anlage VG180620-1
Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:
Anlage VG180505-3
Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf
wurde in Kopie versandt an
EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:
Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding,EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6
Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
Anlage VG180505-7
Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018
Anlage 18-03
Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 39)
Anlage 18-04
Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

DOK-03-1

ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8
über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

DOK-03-9
Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)
"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01
Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)
Anlage 18-02
Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017
Anlage 1 zur Zerschlagung 3:
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 200)
Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!
Antrag auf Härteleistung für
Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 16)
Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?
Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5
Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.
Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)
Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:
Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)
Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)
Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens
(teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84
Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:
Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. "Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach

Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf
Scroll down after link (page 6)